

HDI



HL 1023 U



HARVARD LAW LIBRARY

---

Received *Feb. 28, 1904*



7

c

# J a h r b ü c h e r

der

## W ü r t t e m b e r g i s c h e n R e c h t s p f l e g e

herausgegeben von den Mitgliedern des

**Oberlandesgerichts und des Verwaltungsgerichtshofs  
zu Stuttgart**

und des

**Vorstandes der Württembergischen Anwaltskammer.**

---

Generalregister zu Band 1—10

in alphabetischer und systematischer Anordnung

bearbeitet von

**Hermann Bierer,**  
Rechtsanwalt.

---

Ü b i n g e n , 1899.

Verlag der H. Laupp'schen Buchhandlung.

Digitized by Google

Rec. Febr 28, 1907

Druck von G. Laupp jr in Tübingen.

## Alphabetisches Sachregister

zu Band 1—10.

(Die fettgedruckten Zahlen bezeichnen den Band, die kleinen die Seiten.)

### A.

- Abänderung gerichtlicher Entscheidungen in Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit im Wege der Dienstaufsicht? 10, 21.
- Abgaben, Strafbefehle 4, 224.
- Abchriften, Schreibgebühren 4, 11.
- Absonderungsrecht 6, 2.
- des Pfandgläubigers im Konkurse 1, 23.
- der Ehefrau 1, 242.
- des § 44 der Konf.-O. im Falle der Anrufung der weiblichen Freiheiten 5, 130.
- Hat der Pfandgläubiger an dem Erlös aus den mitverpfändeten, vom dritten Besitzer des Pfands veräußerten beweglichen Zugehörungen ein Pfand- und A.? 5, 278.
- Ist § 38 der Konf.-O. auf Veräußerung von Gegenständen eines A. entsprechend anwendbar? 5, 278.
- Abtretung einer gegen die württb. Gebäude-Brandversicherungsanstalt zustehenden Brandentschädigungsforderung 7, 266.
- einer ärztlichen Praxis gegen Entgelt 6, 169.
- Rechtsstellung des Pflegers nach beendeter Pflegschaft gegenüber einem angeblichen Cessionar des Pfleglings? 10, 100.
- Abwesende, inwiefern im Verfahren gegen A., welche sich der Wehrpflicht entzogen haben, auf Grund der von der Kontrollbehörde auszustellenden Erklärung die Erhebung der Anklage und die Eröffnung der Untersuchung zu erfolgen hat 3, 95.
- Abwesenheitspfleger, Passivlegitimation des A. gegenüber einer Klage gegen den Abwesenden auf Herausgabe einer Erbschaft 7, 24.
- Accept eines auf die Firma gezogenen Wechsels durch den Prokuristen, welcher den gleichen Namen führt wie die von ihm vertretene Firma, ohne einen die Procura andeutenden Zusatz ist im Zweifel für die Firma erfolgt 1, 163.
- Accise, Ansatz aus dem Verkaufe des Anteils an einem Handelsgeschäft nach dem Gesetze vom 18. Juli 1824, 7, 326.
- Accisegesetz s. Ordnungsstrafen.
- Actio aquae pluviae arcendae, ihre Voraussetzungen 1, 295.
- communi dividundo s. Teilungsklage.
- de in rem verso 4, 245.
- legis Aquiliae 8, 41. 49. 299.
- quanti minoris aestimatoria 8, 258.
- redhibitoria 8, 258.
- Adoption s. Annahme an Kindesstatt.
- Ärztliche Praxis, Abtretung gegen Entgelt 6, 169.
- Aestimatorische Klage 8, 258.
- Alteneinsicht, nachträgliche, des Nebenklägers 1, 76.
- des freigesprochenen Angeklagten 1, 77.
- Aktien, Haftung eines Bankhauses

- aus dem Verkauf von A. für unrichtige, zu deren Empfehlung gemachte Angaben? 7, 72.
- Aktiengesellschaft.** Anfechtung eines Generalversammlungsbeschlusses. Der Zweck eines Aktienunternehmens hört dadurch noch nicht auf, daß der Betrieb dieses Unternehmens einer anderen Fabrik übertragen wird 3, 72.
- Zu Nr. 32 Ziff. 1 des Tarifs d. Allgemeinen Sportelgesetzes: „Gesellschaftsverträge über die Errichtung einer auf Gewinn berechneten A.“ 7, 371.
- Alimentationsansprüche** des unehelichen Kindes. Vergleich zwischen den unehelichen Eltern über die Ansprüche des Kindes? Anfechtung eines solchen Vergleichs wegen mangelnder Voraussetzung oder Anerkennung einer Nichtschuld? 9, 83.
- Zur Auslegung des § 23 Ziff. 2 G.B.G. 9, 350.
- Alimentationspflicht, Alimentationsverbindlichkeit** der Großeltern 5, 14.
- der Ehefrau und der Kinder gegenüber dem Ehemann bezw. Vater 1, 3.
- des Ehemanns 4, 162.
- Ist der Anspruch der Ehefrau auf Erhöhung der ihr von dem Ehemann während tatsächlicher Trennung der Ehe zu reichenden vertragsmäßigen Alimente gegründet, wenn sich das im Besitze des Ehemanns befindliche gemeinschaftliche Vermögen vermehrt hat, oder wenn die Alimente für das Bedürfnis der Ehefrau nicht mehr ausreichen? 4, 165.
- Alimente, rechtliche Natur** des Erbschaftsanspruchs eines Ortsarmenverbandes für geleistete A. 1, 3.
- Absicht der Erbschaftleistung 1, 35.
- Können mit der Geschäftsführungsklage A. für die Zukunft verlangt werden? 4, 172.
- Alimentenklage** gegen den außer-  
ehelichen Vater 1, 328.
- Alternative Obligation** s. Wahlrecht 1, 124.
- Amtsgerichtsanwälte.** Zur Frage der Stellvertretung der A. während des Ferienurlaubs 7, 95.
- Amtsgerichtsschreiber.** Weisenschlaf des A. mit einer Untersuchungsgefangenen fällt nicht unter das Str.G.B. § 174 1, 192.
- Amtskörperchaften.** Zu Art. 21 des Gef. v. 23. Juli 1877 über Besteuerungsrechte der A. und Gemeinden (Besteuerung von Speck, der zur Schmalzbereitung verwendet wird) 10, 234.
- Amtsnotariats-Assistenten, Krankenversicherung** 7, 218.
- Amtsrichterliche Strafbefehle** s. Strafbefehl 1, 209.
- Amtsvergehen** eines in egyptischen Diensten stehenden deutschen Reichsangehörigen. Konsulargerichtsbarkeit. Exterritorialität 4, 306.
- Analogie** 5, 364.
- Anfechtbarkeit** einer von einer Ehefrau behufs Deckung einer Sozial-Schuld gemeinschaftlich mit dem Ehemann vorgenommenen Cession durch den Konkursverwalter des Ehemanns 9, 317.
- des bei der Teilung über den Nachlass eines verstorbenen Ehegatten erklärten Verzichts auf das statutarische Ruhegebungsrecht? 9, 323.
- der zahlungshalber erfolgten Hingabe nicht acceptierter vom Gemeinschuldner ausgestellter Wechsel aus § 23 Z. 2 R.O.? 10, 315.
- Anfechtung von Rechtshandlungen** 1, 120, 121.
- § 23 Z. 2 der R.O. 3, 284.
- der Zahlung einer fälligen Schuld an den Schuldner des Anfechtungsgläubigers 8, 199.
- Umfang der Anfechtung einer Pfändung, die wegen einer von einem Ehemann und seiner Frau je zur Hälfte zu bezahlenden Forderung gegen beide Eheleute

- im Errungenschafts-Vermögen vorgenommen worden ist, seitens des Verwalters im Konkurs des Ehemanns 8, 219.
- Anfechtung, Benachteiligungsabsicht 1, 38.
- Beweislast betreffs der Kenntnis der Benachteiligungsabsicht des Gemeinschuldners seitens des Anfechtungsbeklagten im Falle des § 24 Z. 2 R.O., wenn ein Erfüllungsgeschäft angefochten wird? 9, 171.
- Ist § 190 der C.P.D. im Fall des § 4 des Anfechtungsgesetzes anwendbar? 9, 177.
- Rechtsgeschäft im Sinn des § 23 Z. 1 oder Befriedigungshandlung im Sinn des § 23 Z. 2 R.O.? 10, 318.
- Ist die Benachteiligungsabsicht ausgeschlossen durch den Umstand, daß der Gläubiger durch den Kauf der letzten verfügbaren Sachen des Schuldners nicht mehr erlangt und den übrigen Gläubigern nicht mehr entzogen hat, als was er mittelst Zwangsverkaufs hätte erreichen können und den Gläubigern entziehen können? 1, 38.
- Ausschluß der A. eines Vertrags, wenn der Anfechtende während des Prozesses fortfährt, die ihm durch den Vertrag eingeräumten Rechte auszuüben 9, 276.
- einer behufs Sicherstellung des Webringens der Ehefrau erfolgten Unterpfandsbestellung? 9, 314.
- einer mittels Aufrechnung gegen eine Schuld des Kindes erfolgten Heiratsgutsbestellung? 9, 320.
- Die A. einer Rechts-handlung ist auf die Gültigkeit und Wirksamkeit von Rechten, welche in-zwischen Dritte von dem Anfechtungsgegner erworben haben, ohne Einfluß 4, 1.
- Anfechtungsgesetz §§ 2 u. 3 Z. 1. Vorempfang von Vatergut bei fortgesetzter allgemeiner Gütergemeinschaft als anfechtbare Rechts-handlung 6, 192.
- Anfechtungsgesetz. Ist der Gerichtsstand des § 25 C.P.D. begründet für eine Klage, mit welcher der Verzicht auf ein Pfandrecht gegenüber dem Eigentümer der verpfändeten Pfiengenschaft angefochten wird? 6, 225.
- Anfechtungsrecht. Das dem Konkursverwalter zustehende Anfechtungsrecht kann nach Beendigung des Konkursverfahrens von einem Gläubiger nicht ausgeübt werden, wenn der Konkursverwalter unter Vorbehalt der Rechte des Gläubigers den anzufechtenden Anspruch im Konkurs anerkannt und befriedigt hat 2, 4.
- Die Anfechtung einer Rechts-handlung auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Juli 1879 ist nach dem Gesetz desjenigen Orts zu beurteilen, an welchem sich der durch die angefochtene Rechts-handlung aus dem Vermögen des Schuldners weggegebene Gegenstand, aus welchem der Anfechtende im Fall der Unwirksamkeit dieser Handlung Befriedigung verlangen kann, befindet, oder, sofern es sich nicht um einen an einem bestimmten Ort gelegenen Gegenstand handelt, nach dem Gesetz desjenigen Orts, an welchem der Anfechtende seine Befriedigung zu suchen hat, also des Wohnorts des Empfängers der angefochtenen Leistung 2, 187.
- Angellagter, Recht des freigesprochenen A. auf Akteneinsicht zum Zweck der Anzeige eines Verbrechens gegen einen in der Sache vernommenen Zeugen 1, 77.
- Anlage, industrielle, „Inventarwert“ 7, 129.
- Anmeldung von Warenzeichen nach dem Markenschutzgesetz 1, 133.



- Annahme an Kindesstatt, Adop-  
tionsvertrag 5, 206.
- Kann die Verrichtung eines A.  
im Wege der Dienstaufsicht auf-  
gehoben werden? 4, 210.
- Antrag s. Vertragsantrag.
- auf gerichtliche Entscheidung s.  
Steuergesetze.
- auf vorläufige Vollstreckbarkeit  
(C.P.O. § 300 Nr. 3) 3, 233.
- Anwalt s. Rechtsanwalt.
- Anwaltsgebühren s. Rechtsan-  
waltsgebühren.
- Anwaltskammer. Mitteilungen  
des Vorstands 1, 86.
- Mitteilung des Vorstands der  
A., betr. die Veröffentlichung  
der Entscheidungen des Ehren-  
gerichtshofs 4, 325.
- Beschlüsse des Vorstands, betr.  
die den Mitgliedern desselben  
obliegenden Pflichten 1, 324.
- Anweisung. Verpflichtung eines  
Angewiesenen aus der Annahme  
einer A. 6, 83.
- Apotheken, homöopathische Ver-  
eins-A. 6, 364.
- Aquilisches Gesetz, aquilische Kla-  
ge, 1, 139, 8, 41. 49. 299.
- Der obligatorisch Berechtigte  
ist zur a. Kl. regelmäßig nicht  
legitimiert 1, 137.
- Ersatzanspruch aus dem a. G.,  
Haftung für Unterlassung der  
durch eine vorausgegangene  
Thätigkeit gebotenen Schutzmaß-  
regeln 8, 299.
- Zum Begriff des widerrecht-  
lichen und schuldhaften Han-  
delns im Sinne der L. Aq. Haf-  
tung für nicht vorherzusehende  
Folgen. Konkurrierendes Ver-  
schulden 8, 49.
- Haftung eines Kutschereibe-  
setzers für eine durch Verschul-  
den seines Fahrknechts einem  
Fahrgast zugestoßene Verletz-  
ung. Beweis des Verschuldens  
des Fuhrmanns 10, 52.
- Verpflichtung einer Stadtge-  
meinde, einen öffentlichen Staf-  
felweg derart zu verwalten, daß  
das Abstürzen kleiner Kinder  
verhindert wird 10, 184.
- Arbeiter. Zulässigkeit der Scha-  
densersatzklage eines Fabrikar-  
beiters gegen den Fabrikanten  
wegen von letzterem verschul-  
deter Verschämung der Anmel-  
dung eines Anspruchs des Ar-  
beiters gegen die Berufsgenoß-  
enschaft 10, 163.
- Vertrag über Verköstigung 5,  
139.
- Arbeiterkolonien, Gebäudesteuer  
10, 229.
- Arbeitshaus, Einlieferung im  
Sinn des Unterstützungswohn-  
sitzgesetzes 1, 82.
- Arbeitslohn, Pfändung des be-  
reits ausbezahlten A. 1, 229.
- Unzulässigkeit der Pfändung  
des ausbezahlten A. am Tage  
der Auszahlung 6, 39.
- Arbeitsverdienst, Ersatz bei Kör-  
perverletzung 6, 238.
- Arbitrage-Klausel, Bedeutung im  
Getreidehandel, namentlich in  
Betreff der Feststellung der  
Probemäßigkeit der Ware 7, 33.
- Architekten-Honorar 7, 274.
- Armenanwalt. Zurückbehaltungs-  
recht des als A. bestellten Rechts-  
anwalts an den Handakten 6,  
243.
- Beiordnung der am Sitz eines  
Amtsgerichts, nicht bei demsel-  
ben zugelassenen Rechtsanwälte  
als A. in amtsgerichtlichen Pro-  
zessen 1, 86.
- Armenrecht 9, 350.
- Die Gebühr für ein Gesuch  
um Zulassung zum Armenrecht  
in II. Instanz ist nicht in den  
Bauschgebühren der I. Instanz  
enthalten 3, 148.
- Einfluß der Bewilligung des  
A. auf die im § 792 der C.P.O.  
dem Gläubiger auferlegte Ver-  
pflichtung? 9, 192.
- Armenunterstützung. Voraussetz-  
ung für die Zurückforderung  
einer irrthümlich erstatteten A.  
ist Entschuldbarkeit des Irr-  
tums. Einrede des Wegfalls  
der Bereicherung 10, 106.
- Armenverband s. Unterstützungs-  
wohnsitzgesetz.

- Arrest. Besteht an dem zwecks Abwendung eines N. hinterlegten Geldbetrag ein gesetzliches Pfandrecht des Arrestklägers? 7, 282.
- Arrestanlage, zur Begründung eines Ersatzenspruchs ist Grundlosigkeit der N. nicht genügend 1, 271.
- Arrestbefehl. Ist ein N. wegen veränderter Umstände aufzuheben, wenn seine Vollziehung wegen Fristablaufs nicht mehr möglich ist? 10, 335.
- Arrogationsvertrag. Ungültigkeit eines N. wegen mangelnder Ernstlichkeit des Willens der Kontrahenten und wegen Nichtübereinstimmung des Inhalts der über den Vertrag aufgenommenen, dem Gericht zur Bestätigung vorgelegten Urkunde mit dem Inhalt des wirklich abgeschlossenen Vertrags 5, 178.
- Arzneien. Sind unter den Ausdrücken „Arzneien“ in § 367 Z. 3 des St.G.B. und „Heilmittel“ in § 1 der Kaiserl. Verordnung vom 27. Jan. 1890, betr. den Verkehr mit Arzneimitteln auch Heilmittel für Tiere begriffen? 6, 362.
- Zu § 367 Z. 3 des St.G.B., Z. 9 des der Kaiserl. Verordnung vom 27. Jan. 1890 anliegenden Verzeichnisses und § 7 der Verfügung d. Ministeriums des Innern vom 19. Dez. 1891 6, 364.
- Unentgeltliche Abgabe der dem Handel nicht freigegebenen N. ohne polizeiliche Erlaubnis 1, 69.
- Aufenthaltenort. Die Ehefrau teilt nicht den Gerichtsstand des N. des Ehemanns 1, 42.
- Aufrechnung 3, 188.
- im Konkurs 8, 185.
- Ansehung einer mittels N. gegen eine Schuld des Kinds erfolgten Heiratsgutsbestellung? 9, 320.
- Zwischenurteil im Sinne des § 276 der C.P.O. über eine teils im Wege der N., teils in dem der Widerklage geltend gemachte Forderung? 9, 328.
- Auftrag. Verpflichtung eines Beauftragten 3, 223.
- Haftung eines Beauftragten aus unrichtiger Deklaration einer Geldsendung 8, 18.
- Handeln in fremdem N. oder für fremde Rechnung 5, 64.
- Wechsel zum Accept zu präsentieren, Schadensersatzanspruch wegen Nichtbefolgung des N. Kaufzusammenhang. Verpflichtungen und Substitutionsrecht des Beauftragten 6, 176.
- Ausdehnungsabgabe nach Art. 2 des Gef. vom 23. Mai 1890, betr. die Kommunalbesteuerung des Hausiergewerbebetriebs 6, 373.
- Auseinandersehungsverfahren bei erblosen, überschuldeten Verlassenschaften 1, 93.
- Auslagen, notwendige, des Nebenklägers in II. Instanz 1, 52.
- Ausland, Eheschließung im N. 5, 9.
- Bevormundung minderjähriger Württemberger, welche im N. ihren Wohnsitz haben 4, 378.
- Ausländer, Vermögensanfall an verschollene 5, 80.
- Auslegung eines letzten Willens. Eine nicht in der Absicht des Testators liegende Bedingung gilt als nicht beigefügt 1, 7.
- Auslieferungsvertrag, zur Auslegung des deutsch-englischen. Vorläufige Haft im Auslieferungsverfahren und Anwendung der Normen der St.P.O. 2, 47.
- Ausshank, unkontrollierte Weineinlage eines Wirts fällt nicht bloß dann unter Art. 50 des Wirtschaftsabgabenges., wenn sie zum Zweck des Ausschanks erfolgte 1, 66.
- Aussonderungsanspruch des Verläufers an von auswärts übersandten und an den Käufer abgelieferten Waren 1, 16. 158.
- auf eine Lebensversicherungssumme 1, 32.

**Aussonderungsanspruch der Ehefrau** 1, 242.  
**Aussonderungsgegenstände, Veräußerung** 5, 280.  
**Ausstattung.** Anspruch auf A. aus unehelichem Weisclaf 3, 194.  
 — Die Pflicht zur Ausstattung gemeinschaftlicher Kinder ist eine Errungenschaftslast 5, 26.  
**AVIS oder kaufmännischer Verpflichtungsschein** 6, 17.

## B.

**Bäche** 3, 208.  
**Bäume.** Abstand früher gepflanzter B. von der Grenze im Fall einer Aenderung der Grenze 9, 140.  
**Bahnamtlicher Verkauf oder Versteigerung auf Grund des Artikels 343 S.G.B.?** 10, 181.  
**Bahnschlitten.** Verpflichtung zur Führung des B. als privatrechtliche Reallast? 8, 285.  
**Bankhaus.** Haftung aus dem Verkauf von Aktien für unrichtige, zu deren Empfehlung gemachte Angaben? 7, 72.  
**Bauakkord.** Einfluß nachträglicher Abänderung des Bauplans auf die Akkordsumme 5, 138.  
**Bauakkordanten.** Haftung einer Gemeinde für ein Verschulden ihres B. Regreßrecht gegen diesen, konkurrierendes Verschulden? 10, 195.  
**Baulast an einer Brücke** 8, 384.  
**Baumentwurf.** Honorarforderung für einen bei einem Wettbewerb für ein Bauwesen auf Aufforderung des Bauherrn eingereichten B. 6, 274.  
**Baumeister.** Haftung eines Stadtbaumeisters gegenüber einem Gemeinschaftsinteressenten der Stadt wegen Mängel eines im Auftrag der Stadt gefertigten Plans? 10, 305.  
**Bauordnung.** Zur Auslegung des Art. 7 Abs. 4 9, 132.  
 — Zu Art. 15 Abs. 1 8, 355. 364.  
 — Zu Art. 28 Abstand der Hintergebäude 7, 361.

**Bauordnung.** Manierung der Einfahrten, Herstellung von Zäunen und Anpflanzungen in denselben 8, 76.

— Zu Art. 28 Abs. 1, 3, 4. Rechtsbeschwerde des Nachbarn des Baulustigen 9, 224.

**Bauverbote.** Die Bau-Ordnung kennt — abgesehen von den Fällen, in welchen die Erteilung der Bauerlaubnis in das Ermessen der Baupolizeibehörden gestellt ist — nur unbedingte und gegen jeden Baulustigen wirksame Bauverbote, von denen nur im Wege der Dispensation nach Art. 76 Ausnahmen zulässig sind 10, 219.

**Bayerischer Kondukteur.** Wird ein b. K. dadurch württembergischer Hilfsbeamter oder ein im württemb. Eisenbahndienst beschäftigter Arbeiter, daß er gemäß einem zwischen Bayern u. Württemberg getroffenen Abkommen in einem durchgehenden Zug einen bayerischen Wagen durch Württemberg begleitet? 7, 88.

**Beamte.** Amtsgerichtsschreiber keine B. im Sinn des § 174 Z. 2 und 3 des St.G.B. 1, 192.  
 — einer Berufsgenossenschaft 6, 171.

**Bedingung bei Erbseinsetzung.** Eine nicht in der Absicht des Testators liegende Bedingung gilt als der letztwilligen Verfügung nicht beigelegt 1, 7.  
 — Unächte B. 7, 105.

**Bedrohung.** Konkurrenz mit Hausfriedensbruch und Körperverletzung 3, 81.

**Beförderungs-Vertrag.** Haftung eines Kutschereibesizers für eine durch Verschulden seines Fahrknechts einem Fahrgast zugestoßene Verletzung. Verweis des Verschuldens des Fuhrmanns 10, 52.

**Befreite Gerichtsstände, zur Auslegung des Art. 5 Z. 3 des Gef. v. 17. Aug. 1849, betr. die Aufhebung der befreiten Gerichtsstände** 1, 308.

**Beglaubigung** der dem Beklagten im Urkunden-Prozeß mit der Klagschrift zugestellten Abschriften von Urkunden. Folgen der Unterlassung der B. 9, 188.

**Begünstigung.** Anwendbarkeit des Art. 5 Z. 3 des Landesgesetzes betr. die Aufhebung der befreiten Gerichtsstände vom 17. Aug. 1849 auf die Fälle der B. 2, 167. Vergl. Gerichtsstand.

— eines Forstdiebstahls, Strafverfahren 3, 109, 126.

**Beibringen.** Anfechtung einer behufs Sicherstellung des B. der Ehefrau erfolgten Untersandsbestellung 9, 314.

**Beibringensinventur,** Besportelung 4, 211.

**Beibringensinventar,** Beweisraft 6, 95.

**Beischlaf,** Ansprüche aus außerehelichem B. Zur Auslegung des § 23 Z. 2 des G. V. O. 9, 350.

**Beischlafsunfähigkeit.** Ungültigkeit der Ehe. Beweis durch körperliche Untersuchung 6, 24.

**Beleidigung.** Erfordert der Begriff der Beleidigung (St. G. B. § 185) einen Angriff auf den sittlichen Wert des Andern? 4, 303.

— durch eine Postkarte § 193 des St. G. B. 4, 304.

— Umstände und Form St. G. B. § 193 1, 189.

— Auch eine gegen ein Kind begangene Thätlichkeit kann eine Beleidigung enthalten 2, 15.

— Wenn eine Aeußerung zum Teil zur Wahrnehmung berechtigter Interessen geschehen ist (St. G. B. § 193), so muß behufs Verurteilung wegen Beleidigung dargelegt werden, ob und inwiefern die Absicht, rechtswidrig die Ehre anzugreifen, also das Vorhandensein einer B. aus der Form der Aeußerung oder aus den Umständen, unter welchen sie geschehen, hervorgehe 2, 38.

**Beleidigung.** Eine auf Wahrnehmung berechtigter Interessen ge-

richtete Absicht und der hieraus abzuleitende Mangel subjektiven Verschuldens (St. G. B. § 193) kann da nicht angenommen werden, wo wider besseres Wissen (St. G. B. § 187) von einem Andern ehrverletzende Thatsachen behauptet werden 2, 351.

**Beleidigung.** Durch § 193 des St. G. B. wird die Behauptung oder Verbreitung einer nicht erweislich wahren Thatsache, wenn sie zur Wahrnehmung berechtigter Interessen geschieht, geschützt, u. dieser Schutz wird dem nicht versagt, der eine Anzeige von einer strafbaren Handlung bei einer Behörde macht oder ein Zeugnis über eine strafbare Handlung ablegt, sobald jener wie dieser an die Richtigkeit der von ihm bekundeten Thatsachen glaubt 2, 354.

— Schutz des § 193 des St. G. B. bei Wahrnehmung fremder Interessen 3, 87.

— Sühneversuch 3, 88.

**Beleuchtungsanlage.** Klage auf Zurücknahme einer mangelhaften elektrischen B. 3, 338.

**Beneficium divisionis** 5, 333.

**Bereicherung des Geschäftsherrn,** Verwendungsklage 4, 246.

**Berufs Einkommensteuer,** Strafverfahren gegen die Hinterlassenschaft f. Steuergefährdung 2, 52 111.

**Berufs genossenschaft.** Ungültigkeit des Vertrags, durch welchen ein Beamter einer B. gegen Entgelt verspricht, eine gewisse Person als seinen Nachfolger zu empfehlen 6, 171.

**Berufung in Civilsachen,** Berufungsanträge. Wenn die zum Verständnis der B. und zur Prüfung der Richtigkeit der angefochtenen Entscheidung erforderlichen Thatsachen von den Parteien in dem Verhandlungstermin vor dem Berufungsgericht nicht vorgetragen werden, kann ein kontraktorisches Urtheil nicht erlassen werden 5, 207.

- Verufung in Civilsachen.** Unter welchen Voraussetzungen läßt sich eine V. noch begründen, die eingelegt wird, nachdem der Verufungskläger den Gegner in der Hauptsache befriedigt hat? 7, 56.
- Zulässigkeit der V. bei unrichtiger Bezeichnung der Parteien in der Verufungsschrift 9, 165.
- Verufung in Strassachen.** Zulässigkeit der Beschwerde gegen die Ablehnung des Antrags der Staatsanwaltschaft, die Verufung eines in der Hauptverhandlung nicht erschienenen, bezw. nicht vertretenen Angeklagten sofort zu verwerfen. Anwendbarkeit des § 40 Abs. 2 der St.-P.O. auf die Ladung eines Angeklagten zur Hauptverhandlung vor dem Verufungsgericht 1, 72.
- im Privatklageverfahren, Beginn der Frist zur Einlegung 3, 89.
- Beschädigung von Waren im Sinn des § 408 des H.G.B.** 6, 235.
- Beschlagnahme des Vermögens, Verfügung und Vollziehung der Beschl.** auch nach eingetretener Rechtskraft des Urteils. Unzuständigkeit des Strafgerichts zur Verfügung der Vollziehung einer von ihm angeordneten Vermögens-V. 1, 57.
- Befugnis der Privatforstbediensteten zur V. gemäß Art. 14 des Forstges. vom 2. Sept. 1879 1, 374.
- Beschwerde nach § 701 der Civilprozeßordnung** 3, 275.
- Besteht ein Beschwerderecht gegen einen Beschluß, der den Antrag auf Zurückweisung eines Bevollmächtigten (§ 143 Abs. 2 C.P.O.) ablehnt? Zur Frage der Zulässigkeit der weitem V. 10, 97.
- Beschwerde in Strassachen.** Unstatthaftigkeit von V. gegen die Begründung eines Beschlusses 4, 71.
- Beschwerde in Strassachen.** Voraussetzungen für die Zulässigkeit weiterer, eine Verhaftung betreffender V. 4, 311.
- Wo ist die bestrifete V. des Verletzten wider den die Erhebung der öffentlichen Klage ablehnenden Bescheid der Staatsanwaltschaft einzureichen? 5, 318.
- Beschwerde gegen die Ablehnung des Antrags der Staatsanwaltschaft, die Verufung eines in der Hauptverhandlung nicht erschienenen, bezw. nicht vertretenen Angeklagten sofort zu verwerfen, zulässig** 1, 72.
- § 160 Satz 1 des Ger. Verf. Ges. findet nur Anwendung auf V. wegen Verweigerung der Rechtshilfe in Beziehung auf richterliche Amtshandlungen im eigentlichen Sinn, nicht auf Akte der Strafvollstreckung 1, 322.
- gegen einen Bescheid der Staatsanwaltschaft nach St. P. O. § 170 Abs. 1. Vollmacht des Verletzten ist zur Erhebung der V. erforderlich 2, 45, 46.
- Einmalige Beschwerde im Kostenfestsetzungsverfahren in Strassachen 2, 348.
- Besitzklage.** Verbindung mit der Klage aus dem Recht 8, 206.
- Bestellen auf fremde Rechnung** 5, 64.
- Betriebsunfall, Gastpflichtgesetz, eigenes Verschulden** 8, 309.
- Betrug oder Diebstahl?** 1, 194 ff.
- Zur Bestimmung des Begriffs des V. bei Vertragsabschlüssen 6, 158.
- Ist eine Klage auf Ersatz des dem Kläger durch eine Zwangsvollstreckung zugefügten Schadens, die sich darauf stützt, daß der Beklagte das vollstreckbare Urteil durch V. erschlichen habe, noch möglich, wenn die Rechtsfrist zur Erhebung einer Restitutionsklage abgelaufen ist? 7, 2.
- Kausalzusammenhang zwischen Betrug und Schaden 7, 60.
- Betrugsklage, Subsidiarität.** Verminderung des Vermögens zur

- Begründung des Betrugs im  
civiltrechtlichen Sinn nicht un-  
bedingt notwendig 1, 5.
- Betsaalgemeinschaft. Voraussetzungen der Parteifähigkeit 9, 173.
- Beurkundung, Negreßklage wegen unrichtiger amtlicher Beurkundung der Vermögens- u. Kreditverhältnisse 4, 283.
- Beurlaubte, Gerichtsstand der zu einer Kontrollversammlung einberufenen Personen des Beurlaubtenstandes 4, 318.
- Bevollmächtigte. Ob im Falle der Bestellung mehrerer Bevollmächtigten die von nur einem derselben Namens des Vollmachtgebers mit Dritten vorgenommenen Rechtsgeschäfte für und gegen den Vollmachtgeber wirksam sind 3, 310.
- Besteht ein Beschwerderecht gegen einen Beschluß, der den „Antrag“ auf Zurückweisung eines Bevollmächtigten (§ 143 Abs. 2 C.P.D.) ablehnt? Zur Frage der Zulässigkeit der weiteren Beschwerde 10, 97.
- Haftung desjenigen, der als B. handelt, ohne es zu sein 4, 54.
- Bevormundung minderjähriger Württemberger, welche im Ausland ihren Wohnsitz haben 4, 378.
- Bewegliche Sachen. Die verpfändeten beweglichen Zugehörigkeiten von Immobilien bleiben hinsichtlich der Zwangsvollstreckung bew. S. und sind nur gegenüber den Unterpfandsgläubigern als unbewegliche Sachen anzusehen 1, 280.
- Beweiserhebungen in der Revisionsinstanz über die rechtzeitige Stellung des Strafantrags sind unstatthaft 1, 310.
- Beweisgebühr 5, 42.
- Voraussetzungen der Berechnung der B. des § 13 Ziff. 4 der R.A.G.D. 9, 357.
- Bienen, Bienenrecht 3, 375.
- Negatorische Klage gegen das Einbringen von Bienen 4, 25.
- Bierabnahmevertrag. Gültigkeit und Auslegung eines Vertrags, durch welchen ein Wirt sich verpflichtet, sein Bier aus einer bestimmten Brauerei zu beziehen, wenn sie ihm stets gutes Bier liefert. Pflicht, die schlechte Beschaffenheit des Bieres zu rügen 8, 303.
- Bierbrauer, Bierbrauerei. Müssen in Württemberg die von einem Bierbrauer an seine Kunden gelieferten Biersäßen geiecht sein? 6, 116.
- Haftung des technischen Leiters einer Bierbrauerei für den Verderb von Bier. Beweislast in Betreff der Ursache dieses Verderbs 6, 291.
- Biersühren an Sonntagen s. Gewerbebetrieb 2, 27.
- Bilanz, Recht auf abschriftliche Mitteilung 5, 77.
- Blancoindossament 3, 185.
- Brandentschädigungs-Forderung. Pfändung einer B. gegen die allgemeine Gebäudebrandversicherungsanstalt in Stuttgart 5, 310.
- Abtretung einer gegen die württ. Gebäudebrandversicherungsanstalt zustehenden B. 7, 266.
- Dispensation im Falle von Veränderungen bei Wiederherstellung des vor dem Brande bestandenen Gebäudes 10, 142.
- Brandversicherungsanstalt. Zur Auslegung des Art. 34 und 35 betr. die veränderte Einrichtung der allgemeinen B. 10, 142.
- Braumeister. Haftung des technischen Leiters einer Brauerei für den Verderb von Bier 6, 291.
- Brücke, Baulast 8, 384.
- Brunnen. Ein Anspruch auf unentgeltliche Benützung öffentlicher B. für den Haushalt und Viehstand steht den Gemeindebürgern, welche nicht innerhalb der Gemeindegemarkung selbst wohnen, nicht zu 8, 242.
- Bürge, Abtretung einer Forderung an den B. nach der Zahlung 4, 129.

- Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten** 2, 81.
- Bürgerliches Gesetzbuch**, litterarische Anzeige 9, 129, 389, 10, 133.
- Bürgschaft** 6, 20.
- **B.** der eine Forderung cedirenden Frau für diese Forderung im eigenen Interesse der Frau ist keine Intercession 1, 257.
- **Haftung des Gläubigers gegenüber dem Selbstschuldnerbürgen für Verschümmnisse in der Ausklagung des Hauptschuldners** 2, 239.
- **B. im Kontokorrentverkehr** 3, 177.
- **Kontokorrentverkehr. Verhältnis der Bürgschaftsübernahme für eine Forderung zu einem für diese bestellten Unterpfand** 3, 256.
- **Die Uebernahme einer B. für ein Handelsgeschäft ist nicht für sich schon Handelsgeschäft** 3, 258.
- **B. auf bestimmte Zeit** 6, 301.
- **Ist der Gläubiger dem Selbstschuldnerbürgen gegenüber verpflichtet, seine Forderung im Konkurs des Hauptschuldners anzumelden?** 6, 306.
- **Fortdauer der Haftung eines Bürgen, der sich für die Verbindlichkeiten eines Wirtschaftspächters gegen den Verpächter und Bierlieferanten verbürgt hat, wenn an Stelle des verstorbenen Wirtschaftspächters dessen Ehefrau getreten ist?** 8, 35.
- **Befreiung des Selbstschuldnerbürgen durch außergerichtlichen Nachlassvertrag des Hauptschuldners mit seinen Gläubigern** 9, 149.
- **Haftung eines Bürgen für die Schulden einer „Wirtschaftsführerin“, die in Wirklichkeit die Wirtschaft für eigene Rechnung betrieben hat?** 9, 150.
- Buffard.** Ist der **B.** in Württemberg ein jagdbares Tier? 9, 14.

## C.

**Cautio damni infecti bei der Ge-**

- fahr eines damnus injuria datum** 1, 293.
- Cautio indiscreta** 9, 33.
- Cessio in securitatem** 10, 153.
- Cession eines Teils einer unterpfändlich gesicherten Forderung. Uebergang des ganzen Pfandrechts auf den Cessionar als Folge der C.** 7, 5.
- **C. einer Wechselforderung** 9, 73.
- **Unsechtbarkeit einer von einer Ehefrau behufs Deckung einer Sozialschuld gemeinschaftlich mit dem Ehemann vorgenommenen C. durch den Konkursverwalter des Ehemanns** 9, 317.
- **C. von Lebensversicherungsansprüchen behufs Sicherstellung einer Forderung** 10, 153.
- Cessionsgeschäfte des Konkursverwalters** 5, 213.
- Civilgerichtsbarkeit bei Streitigkeiten über Benützung von öffentlichen Wegen** 2, 81.
- Commiss intereste hat kein Recht auf abschriftliche Mitteilung der Bilanz** 5, 77.
- Conjunctio.** Bedeutung der Aufzählung der Erben unter besondern Ziffern, wobei mehrere Erben unter einer Ziffer verbunden sind? 10, 63.
- Custodia, des Käufers** 8, 262.
- **Haftung eines Kassiers für Diebstahl?** 10, 42.

## D.

- Dachlammern.** Vertikale und zeitliche Begrenzung der Anwendbarkeit ortsbaustatutarischer Vorschriften über die Verwendung von **D.** zu Schlafräumen 8, 400.
- Damnus injuria datum.** Nur im Falle eines d. i. d. ist cautio damni infecti und die aquilische Klage zulässig 1, 293.
- Darlehen, Erfüllungsort bei Zurückzahlung eines D.** 4, 206.
- Decretum de alienando** 7, 378.
- Deklarierung der Wertsendungen** 8, 18.
- Descendenten.** Teilung des Nach-

lasses unter D. 4, 187.  
 Desertion s. Verlassung 2, 298 ff.  
 — Böbliche D. 6, 28.  
 Detentor. Dem D. steht, wenn er die Detention im eigenen Interesse ausübt, die Spolienklage zu 1, 255.  
 Deutsch-schweizerischer Niederlassungsvertrag vom 31. Mai 1890 10, 110.  
 Diebstahl oder Betrug? 1, 194.  
 Dienstbarkeit, öffentlich-rechtliche 2, 87.  
 — Möglichkeit einer einer Gemeinde im Interesse der Einwohner zustehenden Dienstbarkeit, Rechtsausübungssabficht. Aus der Belassung eines gewissen Zustands folgt noch nicht die Anerkennung der Verpflichtung hiezu 3, 197.  
 — Betreten eines fremden Hofraums 6, 274.  
 Dienstbarkeitsrechte. Öffentlicher Glauben des Güterbuchs in Bezug auf die Erwerbung bereits bestehender D. auf Grundstücken Dritter 1, 156.  
 Dienftboten, Verlassen des Dienfts ohne Grund, s. Gesinde 2, 97, 225.  
 — Zur Lehre vom Gesinderechte 7, 100.  
 Dienstinkommensteuer, Strafverfahren gegen die Hinterlassenschaft, s. Steuergefährdung 2, 52, 111.  
 Dienstliche Pfändung s. Arbeitslohn 1, 229.  
 Dienstmiete, Zulässigkeit der Uebertragung der Ansprüche aus einer D. und der Klage auf Erfüllung eines D.-Vertrags gegen den Vermieter. Einseitige vorzeitige Aufhebung einer D. aus wichtigen Gründen 4, 288.  
 Dienstvertrag, Rechte des Dienstherrn aus dem D. nach würt. Rechte 2, 97, 225.  
 Differenzgeschäfte 4, 17, 6, 161.  
 Dispensation nach Art. 76 der Bauordnung. Die Rechtsbeschwerde des Art. 13 des Ges. v. 16. Dez. 1876 greift gegen

eine auf Grund des Art. 76 der Bauordnung erfolgte Dispensationserteilung nur dann Platz, wenn der Beschwerdeführer durch die Dispensationserteilung in einem ihm zustehenden Rechte verletzt ist 7, 233.  
 Disposition über von auswärts überfandte Waren zum Zweck der Prüfung der Brauchbarkeit ist keine eigentümliche 1, 20.  
 Disziplinarstrafe. Rechtsbeschwerde eines Gemeindebeamten gegen eine ihm von einer hiezu nicht zuständigen Behörde zuerkannte D. 7, 333.

## 6.

Editionspflicht des Rechtsanwalts bezüglich der Handakten 3, 370.  
 Ehe, Herstellung. Die Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens ist unzulässig gegen einen mit unbekanntem Aufenthalt abwesenden Ehegatten 2, 253.  
 — Würde unzweifelhaft vorliegen, daß das Wiedervereinigungsverlangen des Klägers nicht ernstlich gemeint, sondern bloß vorgegeben sei, um hiedurch zur Scheidung der Ehe zu gelangen, so wäre der klägerische Antrag abzuweisen 2, 256 ff. 284.  
 — Grundlose Verweigerung der Herstellung des ehelichen Lebens 2, 260.  
 — Die Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens ist auch unter katholischen statthaft 2, 265.  
 — Israelitisches Recht 2, 262.  
 — Die Berechtigung des Ehegatten, auf Herstellung d. ehelichen Lebens zu klagen, wird dadurch ausgeschlossen, daß derselbe sich eines Ehebruchs schuldig gemacht hat, und zwar auch dann, wenn der unschuldige Teil nicht auf Scheidung klagt 2, 269.  
 — Der getrennt lebende Ehegatte kann sich auch noch nach Ablauf eines Jahres von der Rechtskraft des die Pflicht zur Herstellung des ehelichen Lebens



- ausprechenden Urteils an zur Rückkehr erbiten 2, 279.
- Ehe. Dieses Erbiten kann noch in dem zur Verhandlung über den Scheidungs-Antrag bestimmten Termine erfolgen 2, 291. 295.
- Vollziehung eines von einem nichtwürttemb. Gericht behufs Vollstreckung eines Urteils auf Herstellung des ehelichen Lebens erlassenen Haftbefehls in Württemberg? 9, 192.
- Zeitliche Trennung der E. (Toleramus) nach protestantischem Eherecht 4, 80. 2, 265. 273. 275. 276.
- Ist die E. verboten zwischen einem wegen grober Verletzung der ehelichen Treue Geschiedenen u. seinem Mitschuldigen? 10, 102.
- Ehebruch. Unzulässigkeit der Klage auf Herstellung der Ehe im Fall eines E. 2, 289.
- Widerklage auf Scheidung 2, 287.
- Durch die Weigerung des unschuldigen Teils, mit dem andern Ehegatten zusammenzuleben, wird ein E. nicht entschuldigt 2, 306.
- Wenn ein Ehegatte in Kenntnis des von dem andern verübten Ehebruchs Geschlechtsumgang mit dem andern Ehegatten gepflogen hat, so ist die Einrede der Verzeihung begründet 2, 308.
- Dem E. steht in gewissen Fällen ein Verhalten des Ehegatten gleich, welches den ehebrecherischen Charakter in Gesinnung und Absicht, zugleich aber in Handlungen befundet, die vermöge ihrer sittlichen Verwerflichkeit und ihres vernichtenden Einflusses auf das Wesen der Ehe eine ebenso grobe Verletzung der ehelichen Treue enthalten wie ein wirklicher Ehebruchsakt. 2, 309.
- Versuch des Ehebruchs und unsittliche Handlungen als Scheidungsgründe 2, 317.
- Regelmäßig ist auch der nächste Versuch eines E. dem vollendeten Vergehen gleichzustellen, vorausgesetzt, daß die betreff. Handlung nicht in den äußersten Grenzen eines entfernten Versuchs geblieben, sondern soweit gediehen ist, daß die Vollendung des Ehebruchs nur durch Umstände verhindert wurde, welche von dem Willen des Thäters unabhängig sind 2, 315.
- Ehebruch. Kompensation 5, 160.
- Legitimation eines im E. erzeugten Kindes 6, 106.
- Ist, wo Scheidung wegen E. nicht begehrt wird, eine auf den E. gestützte Einrede der Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens, bezw. der Scheidungsklage wegen Quasidivortion gegenüber mit peremptorischer Wirkung statthaft? 7, 115.
- Eideszuschreibung über einen nicht spezialisierten E. 8, 208.
- Ehefrau; Gerichtsstand der E. nicht am Aufenthaltsort des Ehemanns 1, 42.
- Der E. steht während der Dauer der Errungenschaftsgesellschaft kein die Veräußerung hindern- des Recht im Sinn des § 690 der C.P.D. bezüglich ihres in der Verwaltung des Ehemanns stehenden Sondervermögens zu 1, 357.
- Dagegen 1, 359.
- Vollstreckung wegen der Schuldhälfte der E. in dieses Vermögen 1, 357.
- Ansechtung einer behufs Sicherstellung des Weidringens der E. erfolgten Unterpfandsbestellung? 9, 314.
- Ehegatten, Haftung beider für Sozialschulden der landrechtlichen Errungenschaftsgesellschaft nach außen 1, 340.
- Welches Recht ist für das Recht des überlebenden Gatten maßgebend? 6, 199.
- Solidarhaft bei Sozialschulden 8, 248.
- Ehescheidung wegen Weischlafs eines der Ehegatten mit einem

- dritten während der Zeit der Verlobung 6, 26.
- Ehecheidung wegen Ehebruchs 8, 208.
- Inwieweit ist nach Scheidung der Ehe derjenige Gatte, dem das Recht der Erziehung der Kinder nicht zukommt, zum Zutritt zu und Umgang mit den Kindern berechtigt? 10, 208.
- Ehe- und Erbvertrag. Auslegung einer Vertragsbestimmung, nach welcher das beim Tod des überlebenden Ehegatten noch vorhandene Vermögen unter die Verwandten der Ehegatten je hälftig verteilt werden soll 9, 66.
- Ehe-Ungültigkeit wegen *Veis ch l a f s u n f ä h i g k e i t* eines Teils. Beweis durch körperliche Untersuchung 6, 24.
- Ehe-Ungültigkeitsklage wegen mangelnder Jungfräulichkeit der Ehefrau, Voraussetzungen 2, 6.
- Der Irrtum des Ehemanns über die sittliche Integrität der Ehefrau muß ein für die Entschliebung des Ehemanns erheblicher gewesen sein 2, 319.
- Der Antrag eines Ehegatten auf Ungültigerklärung der Ehe wegen Irrtums ist begründet, wenn derselbe bei Eingehung der Ehe sich bezüglich der Vergangenheit des andern Gatten in vollständiger Unkenntnis über die einen groben sittlichen Mangel bekundenden Vorgänge befunden hat, welche seiner Zeit schwere Freiheitsstrafen für denselben zur Folge gehabt hatten, aber nur dann, wenn zugleich Grund zu der Annahme vorliegen würde, daß das Nichtvorhandensein eines sittlichen Mangels für den unschuldigen Gatten eine wesentliche Voraussetzung bei seinem Entschlusse, den schuldigen zu ehelichen, gebildet habe 2, 322.
- Ein Irrtum über eine die Ehe gefährdende Eigenschaft, insbesondere über das Vorhandensein einer Geisteskrankheit, ist ein Grund zur Ungültigkeit der Ehe. Die Geisteskrankheit muß nicht wahrnehmbar gewesen sein, wenn nur zur Zeit der Eingehung der Ehe ein Zustand vorhanden war, aus welchem die Geisteskrankheit sich entwickelt, wenn sie nur im zweifellosen Beginne vorhanden war 2, 323.
- Ehe-Ungültigkeitsklage. Ein Ehegatte kann wegen eines ihm bei der Eheschließung unbekannt gebliebenen Umstands (Epilepsie), der ihn von Eingehung der Ehe abzuhalten geeignet gewesen wäre, die Ehe dann nicht mehr als ungültig anfechten, wenn er nach erlangter Kenntnis von diesem Umstand Jahre lang die Ehe mit dem andern Teil fortgesetzt hat 2, 324.
- Ehrengerichtshof, Veröffentlichung der Entscheidungen 4, 325.
- Eichung der von einem Bierbrauer an seine Kunden gelieferten Bierfässer 6, 116.
- Eichungstempel. Gilt der bayerische E. auf Fässern auch für das übrige Reichsgebiet? 6, 116.
- Eideszuschiebung über einen nicht spezialisierten Ehebruch 8, 208.
- Eigen gut. Ist das Verwaltungsrecht des Hausvaters in Betreff des ordentlichen E. des Kindes ein die Veräußerung hindern des Recht im Sinne des § 690 der C.P.O.? 9, 343.
- Eigentumsverwerb durch Stellvertreter. Im Zweifel ist der Wille des Empfängers entscheidend 1, 166.
- Eigentumsübergang bei Warensendungen von auswärts erfolgt nicht durch die bloße Abnahme 1, 16.
- Einbuße, eheliche 9, 62 b).
- Einfahrten. Planierung nach Art. 28 der Bauordnung 8, 76.
- Einfriedigungen bei Eisenbahnen, Voraussetzung für die Anlegung 1, 147.
- Einkünfte, Pfändung 3, 279.

Einlassungsfrist, Berechnung 10, 94.

Einlieferung in das Arbeitshaus im Sinne des Unterstützungswohnstättengesetzes 1, 82.

Einredebehauptung, Zeugen einer E. oder Replik? 6, 329.

Einspruch gegen den die vorläufige Vollstreckbarkeit aussprechenden Teil des Versäumnisurteils 3, 247.

Einzelkaufmann, Wohnsitz des E. nicht an demjenigen Ort, an welchem er nur sein Geschäft betreibt, ohne daselbst regelmäßigen Aufenthalt zu nehmen 1, 295.

Einziehung 2, 61.

— E. des Wehrß bei Jagdvergehen. Die Anwendung des § 295 des St.G.B. setzt nichts weiter voraus, als daß ein Jagdvergehen begangen wurde, und daß der Thäter zur Zeit der Verübung desselben einen der in dem § bezeichneten Gegenstände bei sich geführt hat 1, 320.

— E. der zum Forstdiebstahl bestimmten oder gebrauchten Werkzeuge kann durch Privatforstbedienstete geschehen 1, 374.

Eisenbahnen, Gerichtsstand bei Klagen aus § 1 des Haftpflichtgesetzes gegen die K. Generaldirektion der E. am Ort der Eisenbahnstation weder nach § 22 noch nach § 32 der C.P.O. begründet 1, 12.

— Haftung der Eisenbahn für Gegenstände, welche die Reisenden auf der Reise bei sich tragen 5, 147.

— Haftpflichtgesetz, Betriebsunfall, eigenes Verschulden 8, 309.

Eisenbahnunfall, Einrede eigenen Verschuldens 5, 151.

Enterbung, Ungültigkeit einer testamentarischen E. wegen nachträglicher Verzeihung? 9, 294.

Entmündigungsverfahren, Verpflichtung des Staatsanwalts, ein durch den Tod des Antragstellers unterbrochenes Ent-

mündigungsverfahren wegen Verschwendung wieder aufzunehmen 3, 97.

Entmündigungsverfahren wegen Verschwendung, Pflicht zur Erstattung der Kosten, insbesondere der Anwaltsgebühren, trifft den Unterliegenden 1, 43.

— Ist für die gleichzeitige Entscheidung (einschließlich des Verfahrens) über Anträge auf Entmündigung oder Wiederaufhebung derselben wegen Verschwendung und Geisteskrankheit nur der einmalige Ansat der Gerichtsgebühr § 34 Ziff. 1 des G.R.G. begründet oder ist der Wert der Anträge zum Zweck des Gebührensatzes zusammenzurechnen? 4, 327.

Entschädigung im Falle des Art. 7 Absf. 2 der Bauordnung 9, 131.

Entscheidungen, Abänderung gerichtlicher E. in Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit im Weg der Dienstaufsicht? 10, 21.

Entscheidungsgründe, Bezugnahme auf die der frühern Instanz „im Wesentlichen“, „in der Hauptsache“ unzulässig 1, 313.

Entwehrung, Haftung des Verkäufers dafür, daß der Käufer nicht durch Patentrechte dritter Personen am Gebrauch der gekauften Sache gehindert wird? 9, 22.

Erbeinsetzung 8, 55.

— E. oder Vermächtnis? 4, 187.

— Ist eine Erbeinsetzung unter einer Bedingung gemacht, welche nicht in der Absicht des Erblassers lag, so gilt sie als nicht beigelegt 1, 7.

Erblose überschuldete Verlassenschaften, Verfahren bei der Auseinandersetzung 1, 93.

Erbrecht, Statutenkollision 8, 145. Erbschaftsanfall an Verschollene 5, 80.

Erbschaftsantritt, Liegt in der Erklärung, zu Gunsten eines Andern auf die Erbschaft verzichten zu wollen, der Antritt einer Erbschaft? 4, 190.

- Erbchaftsantritt.** Tatsächlicher E. 5, 26.
- Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen den Ablauf der Antrittungsfrist? 10, 70.
- Erbchaftssteuergesetz v. 24. März 1881.** Zu Art. 80 des E. 6, 230.
- Unterliegt ein Vermächtnis an eine katholische Pfarrstelle zum Zweck der Abhaltung von Seelenmessen und Seelenämtern der Erbchaftsteuer? 6, 231.
  - Zur Auslegung des Art. 17 des Ges. vom 24. März 1881 2, 202.
- Erbvertrag.** Aufhebung eines Testaments durch Errichtung eines E. 3, 301.
- Erbverzicht** zu Gunsten eines Andern 4, 190.
- Welches Recht ist für die Form des E. maßgebend? 6, 199.
- Erfüllungsgeschäfte, Anfechtung** 9, 171.
- Erfüllungsort, Gerichtsstand** 5, 30.
- eines Vertrags ist nicht derjenige Ort, an welchem die aus einer Verletzung des Vertrags entspringende Verbindlichkeit zu erfüllen ist 1, 270.
  - bei Zurückzahlung eines Darlehens 4, 208.
  - für Entschädigungsansprüche wegen Verlöbnißbruchs 6, 36.
  - bei Klagen auf das Interesse wegen Nichterfüllung einer Verpflichtung 7, 53.
  - für die Bezahlung eines Kaufschillingsrests, wenn ein Teil des Kaufpreises gegen Uebergabe der Ware am Ort der Uebergabe bezahlt worden ist? 7, 67.
- Erinnerung** nach § 685 der C.P.O. 3, 275.
- Erkenntnis, gerichtliches, über einen zwischen Hausvater und Hauskind abgeschlossenen Vertrag** 3, 61.
- Zuständigkeit hinsichtlich des Erkenntnisses 3, 63.
- Errungenschaftsgesellschaft, landrechtliche.** Die Ehefrau hat während der Dauer der E. kein Recht im Sinn des § 690 der C.P.O. wegen ihres in der ehemännlichen Verwaltung stehenden Sondervermögens 1, 237.
- Errungenschaftsgesellschaft.** Dagegen 1, 359.
- Haftung beider Ehegatten für Sozialschulden nach außen 1, 340.
  - Zwangsvollstreckung wegen der Schuldhälfte der Ehefrau 1, 357.
  - Miteigentum der Ehegatten an der Errungenschaft 8, 329.
  - C.P.O. § 690 und das Recht der Errungenschafts-Gemeinschaft 9, 266.
- Ersatzanspruch eines Ortsarmenverbandes für geleistete Alimamente** gegenüber von den Alimentationsverpflichteten. Rechtliche Natur desselben 1, 3.
- Die Grundlosigkeit einer Arrestanlage ist zur Begründung eines E. nicht genügend 1, 271.
  - aus dem aquilischen Gesetz 8, 299.
- Ersatzleistung von Alimementen.** Absicht der E. aus den Umständen gefolgert 1, 35.
- Ersatzstellung** 1, 175.
- Zu der Verfügung des Königl. Justizministeriums vom 11. Mai 1892, betr. die sog. E. (§§ 166 ff.) der C.P.O. 5, 111.
- Erziehung.** Recht zur E. eines gemeinschaftlichen Kindes nach Scheidung der Ehe 4, 172.
- Inwieweit ist nach Scheidung der Ehe derjenige Ehegatte, dem das Recht der Erziehung der Kinder nicht zukommt, zum Zutritt zu und Umgang mit den Kindern berechtigt? 10, 208.
- Eventualteilung.** Anspruch eines Gläubigers, welchem das Anteilsrecht seines Schuldners überwiesen worden ist, auf Nachholung ist zulässig 1, 305.
- Exekutions-Interventions-Klage, Voraussetzungen** 10, 86, f. auch Widerspruch, Widerspruchsklage.
- Exterritorialität** 4, 306.

## F.

Fabrikabwasser, Verbot der Einleitung in ein öffentliches Gewässer 9, 236.

Fabrikgebäude. Mitverpfändung der vorhandenen Waren als gewillkürter Pertinenzen mit dem F. zulässig 1, 22, 159.

Fälligkeit einer Forderung, Streitwert 6, 356.

Fahrnisserlös in Verlassenschaftsachen, Einzugsgebühren des Notars 4, 213.

Fallwild. Der Erschwerungsgrund der Begehung eines Jagdvergehens während der Schonzeit findet auf einen bloßen Akt der Aneignung von F. keine Anwendung 1, 820.

Familiennamen. Privatrechtlicher Anspruch auf Verbotung der Führung eines bestimmten F., welche sich ein Dritter unbesugt angemacht hat, nach gemeinem, württemb. und Züricher Recht, sowie überhaupt nach den Grundfätzen des modernen Rechts. Voraussetzung dieses Anspruchs. Unerheblichkeit der Beifügung des eigenen F. zu dem angemachten fremden F. 5, 178.

Familienstiftungen. Zuständigkeit der Vormundschaftsbehörde zur Beaufsichtigung sog. reiner F. 4, 331.

Familienverhältnis. Kann die Verpflichtung zu Eingehung eines F. Gegenstand einer Obligation sein? 6, 191.

Faustpfand. Verlust des Besizes an einem F. 4, 21.

Faustpfandbestellung an den in einer Privatvollniederlage (§ 108 des Vereinszollgesetzes) befindlichen Waren 3, 291.

Faustpfandgläubiger. Retentionsrecht nach württemb. Recht zulässig 1, 298.

— Recht des F. gegenüber dem Absonderungsanspruch des Eigentümers einer beweglichen Sache, die von einem nicht be-

rechtigten Dritten zu Faustpfand bestellt worden ist. Art. 53 Abs. 2 des Pfandentwicklungsgesetzes vom 21. Mai 1828 10, 1.

Faustpfandreht. Erstreckt sich das F. an einer Forderung auch auf deren Zinsen? 8, 185.

Faustpfandurkunde, Erfordernisse 4, 51.

Faustpfandverkauf. Hat der Schuldner im Falle des Art. 310 Abs. 2 des S.O.B. ein Recht der Beschwerde gegen die Anordnung des Handelsgerichts? 9, 305.

Feiertage, Gewerbebetrieb 2, 27. Singen 2, 32.

Festnehmung zum Zweck der Verhinderung von Rechtsverletzungen steht den Organen der Polizei zu 1, 313.

Feststellungsfrage. Voraussetzungen der Zulässigkeit einer F. 9, 347.

— Negative F. Statthaftigkeit 1, 29.  
— des Retentionsberechtigten in Wege des § 690 der C.P.O. 2, 329.

— Rechtliches Interesse 3, 66.

— F. in Beziehung auf einen künftig entstehenden Schaden, Erfordernisse (C.P.O. § 231) 3, 335.

— Verhältnis der negativen F. und der Negatorienklage 5, 31.

— Zulässigkeit, wenn der beklagte Wechsellaussteller in Betreff einer vom Kläger beanspruchten Wechselforderung gegen den Akzeptanten behauptet, sie stehe dem Kläger nicht zu, ohne sie aber für sich zu beanspruchen 9, 73.

Festtage, Gewerbebetrieb 2, 27. Singen 2, 32.

Fideikommiß-Erbchaft, zum Begriff der „Früchte“ 8, 138.

Fideicommissum superfuturi oder obligatorische Auflage? Auslegung einer Vertragsbestimmung, nach welcher das beim Tod des überlebenden Ehegatten noch vorhandene Vermögen unter die Verwandten der Ehegatten je hälftig verteilt werden soll? 9, 66.

- Fiduziarische Forderungsbetretung** 10, 159.
- Filial.** Verteilung des gemeinsamen kirchlichen Aufwands zwischen Mutterort und F. (Art. 49 des Gef. v. 14. Juni 1887 betr. die Vertretung der latholischen Pfarrgemeinden u. s. w.) 10, 257.
- Firma, Nichtübertragbarkeit des angemeldeten Warenzeichens auf eine andere F., Einschränkung dieses Grundsatzes, s. Markenschutz** 1, 133.
- **Firmen von Handelsgesellschaften D. S. B. Art. 16** 4, 215.
- **F. einer Handelsgesellschaft** 5, 74.
- **Pflicht der Anmeldung der F. zum Handelsregister Seitens eines Gewerbetreibenden** 6, 45.
- **Zur Auslegung des § 230 Ziff. 1 der C. P. O. bezüglich der Bezeichnung einer als Partei auftretenden offenen Handelsgesellschaft** 9, 325.
- Fischereirecht. Fischereiberechtigte Uebertragung eines Fischereirechts durch bloßen Vertrag?** 6, 150.
- **Voraussetzungen einer Klage auf Schutz im Besitze einer Fischereigerechtigkeit** 6, 232.
- **Antrag auf Unterjagung der Gewinnung von Sand und Kies aus einem öffentlichen Fluß** 8, 202.
- **Klage eines Fischereiberechtigten auf Unterjagung der kraft Gemeingebrauchs ausgeübten Gewinnung von Kies und Sand aus einem öffentlichen Flusse** 10, 119.
- Fluß** 3, 208.
- **Abgraben einer Quelle durch Grabarbeit in einem öffentlichen Fluß verpflichtet nicht zum Schadensersatz** 1, 290.
- Flußpolizeiliche Genehmigungen. Zuständigkeit der Kreisregierungen zur Erteilung** 9, 228.
- Forstdiebstahl. Ob Art. 34 des württ. Forststrafgesetzes vom 2. Septbr. 1879, nach welchem auf die Begünstigung und die Hehleri bezüglich eines Forstdiebstahls das für den F. selbst vorgeschriebene Verfahren Anwendung findet, mit den Bestimmungen der R. St. P. O. vereinbar sei** 3, 109, 126.
- Forststrüpfachen. Zustellung im amtsgerichtlichen Verfahren** 5, 112.
- **Unzulässigkeit der öffentlichen Zustellung amtsrichterlicher Strafbefehle** 1, 210, 218.
- **Vereinfachte Zustellungsweise** 4, 116.
- Forststrafgesetz, württbg., v. 2. Septbr. 1879** 1, 374, 3, 126.
- Fortgesetztes Delikt** 4, 114.
- Frauen. Anrufung der weiblichen Freiheiten auch außerhalb des Konkurses, Voraussetzungen** 1, 253.
- **Interzession der Zedentin liegt nicht vor, wenn sie sich für die abgetretene Forderung im eigenen Interesse verbürgt** 1, 257.
- Freiheiten, weibliche, Anrufung auch außerhalb des Konkurses, Voraussetzungen** 1, 253.
- Freiwillige Gerichtsbarkeit, Haftung eines Richters für Fahrlässigkeit im Gebiet der f. G.** 3, 38.
- Frist. Was ist unter einer F. von acht Tagen zu verstehen?** 10, 292.
- Frohnpflicht der Kirchengemeindengenossen** 5, 52.
- Früchte einer Mehreren verpfändeten Sache haften zunächst dem bevorrechteten Gläubiger, nicht demjenigen, welcher vor der Absonderung zuerst die Schuld oder Pfandklage erhoben hat** 1, 168.
- **Das Pfandrecht des Pfandgläubigers umfaßt auch die zur Zeit des Antrags auf Anordnung der Zwangsvollstreckung noch nicht abgeordneten F.** 1, 286.
- **F. verpfändeter Grundstücke, Pfandklage** 4, 347.
- **Zum Begriff der F., wenn es sich um Einrechnung der F. der**

- Zwischenzeit bei Herausgabe einer Fideikommiss-Erbenschaft unter Abzug der trebellianischen Quart handelt 8, 138.
- Zuhrmann. Beweis des Verschuldens. Haftung eines Kutschereibesizers für eine durch Verschulden seines Fahrnechts einem Fahrgast zugestoßene Verletzung 10, 52.
- Zutterkosten als Nebenforderung 3, 100.
- 6.
- Ganggebühr. Ist dem obliegenden Kläger die von dessen Anwalt an den Gerichtsdienner für das Zurückbringen der Urschrift der Klage mit Terminsvermerk bezahlte Ganggebühr zu erstatten? 6, 227.
- Garantieversprechen für den Eingang von Wechseln im Kontokorrentverkehr 3, 177.
- Gaswerk, „Inventarwert“ 7, 129.
- Gebäudeabstände. Ortsbaustatutarische Rechtsbeschwerde des Nachbarn des Baulustigen 9, 224.
- Gebäudebrand = Versicherungsanstalt. Sehen auf die württb. G. durch Leistung der Vergütung an einen Versicherten von selbst dessen Rechte gegen den erfasspflichtigen Dritten über? 6, 341.
- Gebäudesteuer. Befreiung öffentlichen Zwecken dienender, ökonomischen Nutzen nicht abwerfender Gebäude von der Gemeindesteuer. (Art. 8 des Gef. vom 18. Juni 1849, Art. 2 des Gef. vom 23. Juli 1877) 8, 388, 10, 229.
- Gebrauchsmusterschutzgesetz vom 1. Juni 1891. „Offenfundige Benutzung“ im Sinn des § 1 Abs. 2 des G. 10, 312.
- Zu § 6 des G. 9, 53.
- Gebührenordnung für Rechtsanwälte siehe Rechtsanwaltsgebühren.
- Gefälle, Strafbescheide 4, 224.
- Geistesfranke, Handlungsfähigkeit 4, 17, 5, 49.
- Klageaufstellung an den von dem geisteskranken Beklagten vor der Erkrankung bestellten Generalbevollmächtigten? 10, 80.
- Geisteskrankheit eines Ehegatten f. Eheungültigkeitsklage 2, 323, 324.
- Geld, gepfändetes. Zur Auslegung des § 716 Abs. 2 der C.P.O. 8, 214.
- Geldstrafe. Legitimation des Ortsvorstehers zur Vertretung der Gemeinde bezüglich des Anspruchs auf Zuweisung einer gerichtlich erkannten Geldstrafe an die Gemeindefasse 4, 310.
- Gemeinde. Möglichkeit einer einer G. im Interesse der Einwohner zustehenden Dienstbarkeit 3, 197.
- Haftung für ihre Beamten 5, 66.
- Verpflichtung einer Stadtgemeinde, einen öffentlichen Stafelweg derart zu verwahren, daß das Abstürzen kleiner Kinder verhindert wird? 10, 184.
- Haftung einer G. für ein Verschulden ihres Bauaffordanten. Regreßrecht gegen diesen, konkurrierendes Verschulden? 10, 195.
- Schadensersatzklage einer Gemeinde gegen ihren Schultheißen wegen einer auf Rechtsirrtum beruhenden Anordnung desselben? 10, 201.
- Berechtigung der G. zur Erhebung einer Radfahrergebühr (Statut der Stadt Stuttgart vom 1. Mai 1897) 10, 237.
- Gemeindebeamte, Haftung für Verschulden 3, 35.
- Rechtsbeschwerde eines G. gegen eine ihm von einer hierzu nicht zuständigen Behörde zuerkannte Disziplinarstrafe 7, 333.
- Gemeindefarren. Haftung einer Gemeinde für den Schaden, den der G. durch Verletzung einer ihm zugeführten Kuh angerichtet hat 9, 290.

- Gemeindegerecht.** Behändigung der Vollstreckungsbefehle des Vorstands des Gemeindegerechts an den Schuldner 3, 228.
- **Kostenfestsetzungsverfahren in gemeindegerechtlichen Prozessen** 10, 346.
- Gemeinderätliche Vertragsbestätigung, Nichtigkeit einer g. V., bei der ein als Kontrahent beteiligtes Gemeinderatsmitglied mitgewirkt hat?** 9, 278.
- Gemeinderatsbeschluß, Gültigkeit eines in Anwesenheit des Ortsvorstehers gefaßten Gemeinderatsbeschlusses, wodurch ein Aufwand auf die Gemeindefasse übernommen wird, zu dessen Tragung (vielleicht) der Ortsvorsteher verpflichtet wäre?** 10, 135.
- Gemeindesteuer, Befreiung öffentlichen Zwecken dienender, einen ökonomischen Nutzen nicht abwerfender Gebäude von der G. (Art. 8 des Gef. v. 18. Juni 1849, Art. 2 des Gesetzes vom 23. Juli 1877)** 8, 388, 10, 229.
- **Zu Art. 21 des Gef. v. 23. Juli 1877 über Besteuerungsrechte der Amtskörperschaften und Gemeinden (Besteuerung von Speck, der zur Schmalzbereitung verwendet wird)** 10, 234.
- Gemeindeumlage.** Zu Art. 10 Z. 7 des Gef. v. 16. Dez. 1876 über die Verwaltungsrechtspflege. Grenzen der Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte zur Entscheidung von Streitigkeiten über Beziehung zur G. Art. 10 Abs. 2 Z. 8 des Gesetzes vom 17. Sept. 1853 9, 380.
- Generalbevollmächtigter, Klagestellung an den von dem geisteskranken Beklagten vor der Erkränkung bestellten G.?** 10, 80.
- Generaldirektion der Eisenbahnen, Gerichtsstand bei Klagen aus § 1 des Haftpflichtgesetzes f. Eisenbahnen** 1, 12.
- Genossenschaft, Haftung eines Genossenschaftsverbands aus einem Vertrag, den sein Vorstand (angeblich) in Ueberschreitung seiner statutenmäßigen Befugnisse abgeschlossen hat** 7, 261.
- Genossenschaftsregister, Verpflichtung eines landwirtschaftlichen Konsumvereins zur Anmeldung behufs Eintrags in das G. 4,** 217.
- Genusskäufe** 5, 368.
- Geräuschvolle Anlagen.** Zu § 27 der Gewerbeordnung 10, 255.
- Gerichtsdiener, Ganggebühr** 6, 227.
- Gerichtsgebühr und Anwaltsgebühr im Falle einer Verhandlung, in welcher lediglich die gegenseitigen Anträge zur Verlesung gelangen** 5, 211.
- **Zur Frage der Gerichts- und der Anwaltsgebühren bei Trennung der Verhandlung im Sinne der §§ 136 und 274 der G.P.O.** 8, 342.
- Gerichtskosten, Vertreibung** 1, 360.
- **bei Entscheidung über Anträge auf Entmündigung oder Wiederaufhebung derselben** 4, 327.
- Gerichtskostengesetz, Zur Auslegung des § 6, Niederschlagung der Gebühren** 9, 355.
- **§ 11, Vor- und Widerklage** 3, 139, 190.
- **Zu § 19** 9, 352.
- **Die Vorschrift des § 20 Ziff. 1 ist nicht anwendbar auf eine Klage auf Leistung des Offenbarungseids** 3, 150.
- § 30 3, 142.
- Gerichtsnotariats - Assistenten, Krankenversicherung** 7, 218.
- Gerichtsschreiber d. Amtsgerichts, St.G.B. § 174 f. Beamte** 1, 192.
- Gerichtsstand der §§ 22 und 32 der G.P.O., f. Eisenbahnen** 1, 12, 298.
- **der Ehefrau f. Aufenthaltsort** 1, 42.
- **G. des § 24 der G.P.O. f. Einzelkaufmann** 1, 295.
- **der §§ 686 u. 29 der G.P.O., Voraussetzungen** 1, 267.
- **G. des Art. 5 Ziff. 3 des Landesges. v. 17. Aug. 1849, betr. die Aufhebung der befreiten Gerichtsstände** 1, 308.



- Gerichtsstand.** Art. 5 Ziff. 3 des Landesges. v. 17. Aug. 1849 ist auf die Fälle der Begünstigung und Hehlerei anzuwenden 2, 167.
- der zu einer Kontrollversammlung einberufenen Personen des Beurlaubtenstands 4, 313.
- des Erfüllungsorts 5, 30.
- der Klage auf Anerkennung des statutarischen Nutzungszwangsrechts an Liegenschaften 6, 199.
- Zjt der G. des § 25 der C. P. O. begründet für eine Klage, mit welcher der Verzicht auf ein Pfandrecht gegenüber dem Eigentümer der verpfändeten Liegenschaft angefochten wird? 6, 225.
- Gerichtsvollzieher.** Gebühren bei einem mehrere Rechtsangelegenheiten umfassenden Auftrag 5, 43.
- Gerüche.** Negatorische Klage wegen übler G. 4, 28.
- Gesamttrachtat, einheitliche** 4, 108.
- Geschäft, kaufmännisches, Verbot des Betreibens innerhalb eines bestimmten Kreises** 4, 148.
- Geschäftsführer.** Unter welchen Voraussetzungen kann der G. vom Geschäftsherrn Ersatz für Auslagen fordern, welche der erstere gegen Verbot des letzteren für diesen gemacht hat? 3, 249.
- Geschäftsführung ohne Auftrag, Verwendungsklage** 4, 246.
- in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten, Zuständigkeit 7, 112.
- Geschäftsherr, Bereicherung, Verwendungsklage** 4, 246.
- Geschäftswert einer industriellen Anlage** 7, 129.
- Gesellschaft.** Inwieweit sind Majoritätsbeschlüsse innerhalb einer G. zulässig? 5, 54.
- Gesellschafter, stiller oder Commis interessé? Recht auf abschriftliche Mitteilung der Bilanz** 5, 77.
- Haftung für schuldhafte Handlungen oder Unterlassungen des Mitgesellschafter's? 8, 299.
- Gesellschafter.** Haftung dessen, der sich als G. geriert hat, aus einem von der angeblichen Gesellschaft geschlossenen Vertrag über den Kauf eines successiv zu liefernden Gegenstands? 10, 171.
- Gesellschaftsverträge.** Zu Nr. 32 Ziff. 1 des Tarifs des Allgemeinen Sportelgesetzes: „G. über die Errichtung einer auf Gewinn berechneten Aktiengesellschaft“ 7, 371.
- Gesetzesanalogie** 5, 364.
- Gesinde, Gesinderecht.** Wenn ein Diensthote ohne Grund den Dienst verläßt, verliert er seinen Anspruch auf den rückständigen Lohn nicht 2, 97.
- Dagegen 2, 225.
- Zur Lehre vom Gesinderecht 7, 100, 241.
- Gewährleistung für den Mangel einer vertragsmäßigen Eigenschaft eines Haustiers im Fall der Kenntniß dieses Mangels auf Seiten des Veräußerers zur Zeit des Vertragsabschlusses nach dem bayerischen Gewährleistungsgesetze vom 26. März 1859.** Geltendmachung des Mangels durch bestimmte Bezeichnung desselben in der Klage oder in der Streitverkündung. Garantie für „schweren Zug“ ist nicht gleichbedeutend mit Garantie für „gut im Zug“ 4, 278.
- Gewährleistungsklagen** 5, 356.
- Gewährleistungsversprechen des Bedenten** 1, 264.
- Gewässer, öffentliche und Privatgewässer** 3, 206.
- Anspruch auf Benützung öffentlicher G. Die Abgrabung von Wasseradern bildet keinen Eingriff in das Benützungsrecht 7, 210.
- Vertragmäßige Begründung und Regelung des Nutzungszwangsrechts an einem öffentlichen G., Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte 7, 347.
- Kollision zwischen dem Wasser-

- benützungrecht des Mühlebesizers und der Benützung des Wassers für Feuerlöschzwecke. Schadenserfahanspruch 7, 350.
- Gewässer. Zulässigkeit des Rechtswegs für eine Klage auf Anerkennung des Eigentums an einer Quelle, die der Gegner als öffentliches G. betrachtet wissen will? 8, 313.
- Streit über Benützung öffentlichen Wassers, Recht der Benützung von Quellen 8, 375.
- Verbot der Einleitung von Fabrikabwasser in ein öffentliches G. 9, 236.
- Gewehr, Einziehung bei Jagdvergehen s. Einziehung 1, 320.
- Gewerbebetrieb. Das Verföhren von Bier aus einer Brauerei an Achskunden ist die Verrichtung einer Arbeit des Gewerbebetriebs im Sinn des § 2 Ziff. 1 der K. Württb. V. O. v. 27. Dez. 1871, betr. die bürgerliche Feier der Sonn-, Fest- und Feiertage 2, 27.
- im Umherziehen 4, 302.
- Gewerbefreiheit, vertragmäßige Beschränkung 5, 281.
- Gewerbesteuerpflicht der Konsumvereine 7, 314.
- Gewerbetreibende, Pflicht der Anmeldung der Firma zum Handelsregister 6, 45.
- Gewerbmäßige strafbare Handlung 4, 115.
- Gewohnheitsmäßige strafb. Handlung 4, 115.
- Gift und Arzneien. Zu § 367 Ziff. 3 des St. G. B. Ziff. 9 des der Kaiserl. Verordnung v. 27. Januar 1890 anliegenden Verzeichnisses und § 7 der Verfügung des Ministeriums des Innern vom 19. Dez. 1891 6, 364.
- Großeltern. Auch die G. sind gemeinsam zur Alimentation der Enkel verpflichtet 5, 14.
- Gruben, Schadenserfah wegen Anbringung der G., bei einem Unfall 1, 142. 144. 146. 148.
- Grundstück. Verpflichtung des Beklagten zur Duldung richterlicher Handlungen auf seinem G.? 9, 335.
- Güter, die nur in Wagenladungen u. dergl. geliefert werden, Teilbarkeit? 9, 302.
- Güterbuch, öffentlicher Glaube in Bezug auf die Erwerbung bereits bestehender Dienstbarkeitsrechte auf Grundstücken Dritter 1, 156.
- Gütergemeinschaft. Fortsetzung der ehelichen G., Einfluß auf das nicht in der Gemeinschaft begriffene Vermögen der Kinder 2, 364.
- Die Kinder treten nur in Betreff ihres Erbvermögens in ein Gemeinschaftsverhältnis mit dem überlebenden Ehegatten; es handelt sich bei der fortgesetzten Gütergemeinschaft wesentlich um das Zusammenhalten der in der Ehe vereinigt gewesenen Güter. Demgemäß enthält das der Mutter übertragene Verwaltungsrecht ein Dispositionsrecht über das in ihrer Verwaltung stehende Vermögen, bezüglich dessen nur die Frage entstehen kann, wieweit dieses Dispositionsrecht, insbesondere bei Immobilien sich erstreckt, aber jenes Verwaltungsrecht enthält nicht das Recht, die Kinder selbst zu obligieren. Die Kinder stellen sich nicht als die Repräsentanten des verstorbenen parens in der Art dar, daß, gleichwie während der Ehe für die von dem einen Ehegatten in gültiger Weise gemachten Sozialschulden in Ermanglung gemeinschaftlichen Vermögens jeder Ehegatte mit seinem Sondergute zur Hälfte haftet, so auch für die von dem überlebenden Ehegatten im Interesse der Gemeinschaft gemachten Schulden die Kinder mit ihrem eigenen Vermögen, d. h. mit dem nicht in der Gemeinschaft begriffenen Vermögen zur Hälfte einzustehen hätten. Es genügt also der Umstand, daß der überlebende Ehe-

gatte Schulden gemacht hat und daß das gemeinschaftliche Vermögen zur Deckung dieser Schulden nicht hinreicht, an und für sich nicht für ein Haftbarmachen der Kinder 2, 397.

### H.

Haftbefehl. Vollziehung eines von einem nicht württb. Gericht behufs Vollstreckung eines Urteils auf Herstellung des ehelichen Lebens erlassenen H. in Württemberg? 9, 192.

Haftpflichtgesetz. Gerichtsstand bei Klagen aus § 1 des H., s. Eisenbahnen 1, 12.

— Liegt ein Vermögensnachteil im Sinne des § 3 Ziff. 2 des H. für einen Verletzten vor, der trotz verminderter Arbeitsfähigkeit denselben Lohn bezieht wie vor der Verletzung? 6, 220.

— Unzulässigkeit der Anrechnung einer Witwenpension auf die nach dem H. von dem Betriebsunternehmer zu leistende Entschädigung 6, 241.

— Betriebsunfall, eigenes Verschulden 8, 309.

Handakten, Verpflichtung des Rechtsanwalts zur Ausantwortung 3, 370.

— Rückgabe der dem Gericht vorgelegten H. eines Anwalts 5, 37.

Handelsfirmen H.G.B. Art. 16 4, 215.

Handelsfrau. Gewahrsam an den Waren einer in landrechtlicher Errungenschaftsgesellschaft lebenden H. 6, 96.

Handelsgeschäft. Die Uebernahme einer Bürgschaft für ein H. ist nicht für sich schon H. 3, 258.

Handelsgesellschaft. Eine H. kann stillschweigend durch ein gewisses tatsächliches Verhalten begründet werden. In der tatsächlichen Fortsetzung eines Handelsgewerbes durch die Erben des verstorbenen Inhabers unter der bisherigen Firma darf aber an und für sich ein derartiger

stillschweigender Abschluß einer offenen H. nicht gefunden werden 2, 396.

Handelsgesellschaft. Auch eine H. kann unter verschiedenen Firmen mehrere Geschäfte betreiben 4, 74.

— offene. 1. Einrede der Rechtshängigkeit gegenüber einer wider den Teilhaber einer o. H. erhobenen Wechsellage, wenn die Klage aus dem Wechsel gegen die o. H. noch anhängig ist. 2. Einrede des Betrugs, gestützt darauf, daß der Teilhaber einer o. H. den eingeklagten Wechsel für eine Privatschuld auf den Namen der Gesellschaft acceptiert habe 6, 47.

— Hastet, wenn bei Auflösung einer o. H. der eine Gesellschafter das Geschäft mit Aktiven und Passiven übernommen hat, der andere Gesellschafter ihm für den Eingang der Ausstände? 8, 28.

— Zur Auslegung des § 230 Ziff. 1 der E.P.O. bezüglich der Bezeichnung einer als Partei auftretenden o. H. 9, 325.

— Nach Art. 110 des H.G.B. tritt die rechtliche Wirksamkeit einer o. H. im Verhältnis zu dritten Personen mit dem Zeitpunkt ein, in welchem die Errichtung der H. in das Handelsregister eingetragen ist, oder die Gesellschaft auch nur ihre Geschäfte begonnen hat. Zu dem Geschäftsbeginn im letzteren Sinn kann auch schon der Abschluß eines einzelnen Geschäfts genügen 10, 172.

Handelsgesetzbuch, Auslegung von Art. 408. 6, 235.

Handelskauf. Voraussetzungen eines handelsrechtlichen Notverkaufs, Folgen eines ungerechtfertigten Notverkaufs 9, 296.

Handgepäck, Haftung der Eisenbahn 5, 148.

Handlungsbevollmächtigte. Haftung des Prinzipals für die

- Handlungen eines H. 5, 67.  
 Handlungsfähigkeit, beschränkte 4, 255.  
 — H. eines Geisteskranken 5, 49.  
 Handlungsgehilfen. Sind die Ansprüche des Prinzipals gegen den H. aus dessen Dienstvertrag übertragbar? 10, 14.  
 Handlungslehrling. Zulässiger Inhalt des einem früheren H., jetzigen Handlungsgehilfen erteilten Lehrzeugnisses? 9, 161.  
 Handlungsreisende. Umfang der Vollmacht 3, 68.  
 Handlungsunfähigkeit eines Geisteskranken 4, 17.  
 Hauptmängel 5, 356.  
 Haus, Teilung 4, 35.  
 Hausfriedensbruch. Konkurrenz mit Körperverletzung und Bedrohung 3, 81.  
 Hausiergewerbebetrieb, Kommunalbesteuerung 6, 373.  
 Hausierhandel mit Vieh 4, 300.  
 Hauskauf. Täuschung über den Mietertrag eines Hauses beim Verkauf desselben 6, 69.  
 Hauskind, Haussohn. Strafverfolgungsantrag des Vaters wegen Beleidigung des H. 2, 35.  
 — S. Hausvater 3, 61, 63.  
 Haustiere, Gewährleistung 4, 278.  
 Hausvater und Hauskind, Erfordernis des gerichtlichen Erkenntnisses über einen zwischen denselben abgeschlossenen Vertrag 3, 61.  
 — Zuständigkeit hinsichtlich des in Landrecht II, 28 § 5 erforderlichen gerichtlichen Erkenntnisses 3, 63.  
 — Der Hausvater ist für sein Hauskind die Kosten eines Prozesses zu bezahlen schuldig 4, 209.  
 — Zur Frage der Dispositionsbesugnis des Hausvaters über das adventizische Vermögen des Hauskinds nach württb. Recht. Bedarf ein von dem Hausvater abgeschlossener Vergleich über zum bonum adventitium regulare eines minderjährigen Hauskinds gehörige Forderungen der Genehmigung der Vormund-
- schaftsbehörde? 6, 138.  
 Hausvater und Hauskind. Ist das Verwaltungsrecht des Hausvaters in Betreff des ordentlichen Eigenguts des Kinds ein die Veräußerung hinderndes Recht im Sinn des § 690 der C.P.O.? 9, 343.  
 Hecke. Zum Begriff der H. 9, 140.  
 Hegezeit. Die Bestimmungen über die H. verletzt derjenige nicht, der ein ohne sein Zuthun verendetes Wild findet und zur Hand nimmt, s. Fallwild 1, 320.  
 Fehlerei. Anwendung des Art. 5 Z. 3 des Landesgesetzes betr. die Aufhebung der besreiten Gerichtsstände vom 17. Aug. 1849 auf die Fälle der H. 2, 167.  
 — Vgl. Gerichtsstand. H. bezüglich eines Forstdiebstahls, Strafverfahren 3, 109, 126.  
 Heilmittel. Sind unter den Ausdrücken „Arzneien“ in § 367 Z. 3 St.G.B. und „Heilmittel“ in § 1 der Kaiserl. Verordnung vom 27. Jan. 1890 betr. den Verkehr mit Arzneimitteln auch Heilmittel für Tiere begriffen? 6, 362.  
 Heiratgutsbestellung 4, 161.  
 — Anfechtung einer mittels Aufrechnung gegen eine Schuld des Kinds erfolgten H.? 9, 320.  
 Herstellung des ehelichen Lebens s. Ehe.  
 Hilfsklassen. Mitglieder eingeschriebener H. können, falls diese freie ärztliche Behandlung nicht gewähren, gezwungen werden, zur Orts- oder Fabrikfrankenkasse beizutreten 2, 334.  
 Hintergebäude. Zum Begriff H. 9, 373.  
 — Abstand, Bauordnung Art. 28 7, 361.  
 — Berechnung des in Stuttgart nach der ortstatutarischen Vorschrift vom 14. Sept. 1893 für H. (Doppel-H.) zu entrichtenden Kanalbeitrags 9, 385.  
 Hinterlassenschaft. Strafverfahren gegen die H. s. Steuergefährdung 2, 52, 111.

Hinterlegung. Haftet der Hinterleger für jeden, auch ohne sein Verschulden eingetretene Schaden, den die hinterlegte Sache dem Verwahrer verursacht hat? 7, 12.

— Besteht an dem zwecks Abwendung eines Arrests hinterlegten Geldbetrag ein gesetzliches Pfandrecht des Arrestklägers? 7, 282.

Höhere Gewalt und eigenes Verschulden 7, 88.

Hofraum. Hat derjenige, der das dingliche Recht hat, zu einem bestimmten Zweck einen fremden Hofraum zu betreten, einen Anspruch auf einen Schlüssel zum Thor dieses Hofraums? 6, 274.

Homöopathische Vereinsapotheken 6, 364.

Honorar für einen Bauentwurf 7, 274.

Hunde zur Jagd s. Einziehung. Hundebgabengesetz s. Ordnungsstrafen.

## 3.

Jagd. Ausübung durch den Grundeigentümer. Zusammenhängender Grundbesitz von mehr als 50 Morgen. Passivlegitimation der Gemeinde 7, 355.

Jagdbare Tiere, Begriff. Ist der Buffard in Württemberg ein solches? 9, 14.

Jagdhunde s. Einziehung.

Jagdpächter. Rechtliche Stellung des Teilhabers und des Stellvertreters. Rechte derselben gegenüber einem an Stelle des bisherigen Jagdpächters auf dessen Betreiben getretenen neuen J., der entgegen einer von ihm mit dem bisherigen J. getroffenen Abrede ihre Eintragung als Teilhaber bezw. Stellvertreter außer Wirkung gesetzt hat? 6, 285.

Jagdvergehen s. Fallwild, Einziehung, Begezeit 1, 320.

Immunität der Landtagsabgeordneten 9, 201.

Impfärzte sind auch die zum Impfen seiner Zeit ermächtigten württb. Wundärzte 2, 69.

Impfgesetz vom 8. April 1874. Uebertretung. Wahl der Zeit der Impfung, mehrmalige Bestrafung einer Person in einem Jahr. Bestrafung nach Abs. 1 und 2 des § 14 1, 62.

— Die Zulässigkeit wiederholter Bestrafung auf Grund des § 14 Abs. 2 8, 125.

Impotenz 6, 24.

Informativpfandschein. Negrefklage gegen die Unterpfandsbehörde wegen unrichtiger Schätzung des Pfandobjekts. Unterschied zwischen der Schätzung in dem J. und früheren Schätzungen 1, 149.

Inhaberpapiere. Werden auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen durch Einschreibung auf den Namen in gewöhnliche Schuldburkunden verwandelt? 5, 347.

Interesse. Erfüllungsort bei Klagen auf das J. wegen Nichterfüllung einer Verpflichtung 7, 53.

Interusurium s. Zwischenzins 1, 160.

Interventionsklage eines in Erzungenschafts-Gemeinschaft lebenden Ehemanns, der zur Fuldung der Zwangsvollstreckung in das Vermögen seiner Ehefrau verurteilt ist, auf Grund seines Miteigentums an einer erzungenschaftlichen Liegenschaft, in die der Gläubiger die Zwangsvollstreckung beantragt 8, 319.

Interzeffion der Zedentin s. Bürgschaft 1, 257.

Intestaterben. Wem ist von der Teilungsbehörde die Erhebung der Klage auszugeben, dem Testaments- oder dem Intestaterben? 5, 46.

„Inventarwert“ einer industriellen Anlage 7, 129.

Irrtum bei Unterzeichnung einer Urkunde 1, 257.

— des einem Vollstreckungs-

- beamten Widerstand Leistenden bezüglich der Rechtmäßigkeit der Amtshandlung für den Thatbestand des § 113 des St.G.B. unerheblich 1, 313.
- Irrtum des Ehemanns über die sittliche Integrität der Ehefrau f. Eheungültigkeitsklage 2, 319.
- eines Ehegatten über eine von dem andern Teil vor Eingehung der Ehe erlittene Freiheitsstrafe 2, 322.
- des Vertragsschließenden über den Inhalt der Vertragsurkunde 5, 133.
- Wesentlicher J. über eine Eigenschaft des Vertragsgegenstands, in Anwendung auf eine Guarneriusgeige 10, 33.
- Der J. über die Quantität im gemeinen Recht und nach dem B.G.B. Abhandlung 10, 371.
- Israelitisches Eherecht 2, 262.
- Jugendliche Personen. Statthaf- tigkeit amtsrichterlicher Straf- befehle gegen j. P. 1, 200.
- Juristische Person. Haftung für deliktisches Verschulden ihrer Vertreter 3, 345.
- Stillschweigender Verzicht einer juristischen Person? 10, 294.

## K.

- Kanalbeitrag für Hintergebäude (Doppelh.) in Stuttgart 9, 385.
- Kapitalsteuer, Kapitalsteuergefähr- dung 4, 225.
- Strafverfahren gegen die Hin- terlassenschaft f. Steuergefähr- dung 2, 52, 111.
- Karussellbetrieb. Begründet der K. im Umherziehen die Pflicht zur Entrichtung der sogen. Aus- dehnungsabgabe nach Maßgabe des Art. 2 des Gef. v. 23. Mai 1890, betr. die Kommunalbeste- uerung des Hausiergewerbebe- triebes? 6, 373.
- Kassier, Haftung für Diebstahl? 10, 42.
- Katholisches Eherecht 2, 265.
- Kauf oder Wertverdingung? 5, 136.
- Kauf oder Zwangseignung? 10, 21.

- Kauf nach Probe, Anwendbar- keit des Art. 347 des S.G.B. 7, 33.
- Kaufmann, Wohnsitz f. Einzel- kaufmann 1, 295.
- Kaufabschluss, endgültiger? 10, 29.
- Kaufvertrag. Einwand der Si- mulation gegenüber einem den formellen Erfordernissen des Gesetzes vom 23. Juni 1853 entsprechenden K. Bestätigung des früheren nichtigen Vertrags durch Neuabschluss desselben 3, 313.
- Bei der Frage, ob dem Käufer das Nichtkennen des Mangels des gekauften Gegenstands zur Schuld anzurechnen ist, ist der Maßstab des Sachverständigen anzulegen, wenn der Käufer Sachverständiger ist 4, 64.
- Verbot des Betreibens eines kaufmännischen Geschäfts inner- halb eines bestimmten Kreises 4, 148.
- Verbedeter K. oder Vollmachts- vertrag? 9, 269.
- Kies u. Sand f. Sand 8, 202, 10, 119.
- Kiesbank in einem öffentlichen Fluß, Verpachtung der Aus- beutung 5, 142.
- Kinder. Die Pflicht zur Ausstat- tung gemeinschaftlicher Kinder ist eine Errungenschaftslast 5, 26.
- Alimentationsverbindlichkeit gegenüber den Eltern 1, 3.
- Vermögensrechtliche Verpflich- tungen minderjähriger K., deren Vater noch am Leben ist, ohne Zustimmung des Vormunds un- gültig 1, 154.
- Die eheliche Mutter ist nicht gesetzliche Vertreterin des Kindes im Sinne des § 65 des St.G.B. 1, 187.
- Sicherstellung des elterlichen Vermögens der K. durch den überlebenden Ehegatten 5, 15.
- Pflicht zur Ausstattung ge- meinschaftlicher Kinder 5, 26.
- Ist das Verwaltungsrecht des Hausvaters in Betreff des or- dentlichen Eigenguts des Kindes ein die Veräußerung hinderndes

- Recht im Sinn des § 690 C.P.O.? 9, 343.
- Kirchenbaufröhpflicht der Parochianen 5, 52.
- Kirchengemeindegewissen, Vertretung in Prozessen über Hand- und Spannfrohnen 5, 52.
- Kirchengemeinderat, Vertretung der Kirchengemeindegewissen 5, 52.
- Kirchlichellmlagen, Beitragspflichtigkeit 7, 187.
- Kirchlicher Aufwand, Verteilung des gemeinsamen f. A. zwischen Mutterort und Filial (Art. 49 des Gef. v. 14. Juni 1887 betr. die Vertretung der katholischen Pfarrgemeinden u. f. w.) 10, 257.
- Klage, öffentliche, der Staatsanwaltschaft 4, 96.
- Teilung von Klagen 4, 238.
- Klageänderung 9, 165.
- Eine gegen den Beklagten als Pfleger eines Minderjährigen erhobene Klage kann nicht nachträglich gegen ihn ohne Ansehen seiner Eigenschaft als Pfleger gerichtet werden 8, 223.
- wenn der Anspruch auf Bezahlung einer Vertragsstrafe in zweiter Instanz auf Verletzung einer andern Vertragsbestimmung gestützt wird als der in erster Instanz bezeichneten? 8, 225.
- Klagantrag, Erweiterung in der Berufungsinstanz seitens des Klägers. Berufungsbeklagten, dessen Anträge gemäß das erstinstanzliche Urteil ergangen war 9, 219.
- Klagegrund, Bestimmte Angabe des Grundes des erhobenen Anspruchs in der Klageschrift 5, 305.
- Klagenhäufung, unstatthafte, bei eventueller Verbindung der Klage aus dem Recht mit der Besitzklage? 8, 206.
- Klagerhebung, nachträgliche Verbesserung von Mängeln 7, 291.
- Klageschrift, Bestimmte Angabe des Grundes des erhobenen Anspruchs 5, 305.
- Kodizillar Klausel, Wirksamkeit der K., wenn der eingefetzte Erbe vor Anfall der Erbschaft gestorben ist 7, 24.
- Kodizille, schriftliche, können vom Erblasser den Zeugen verschlossen oder offen vorgelegt werden 1, 278.
- Körperverletzung im Sinne des St.G.B. § 223a 1, 71, 317.
- Ersatzanspruch des mittelbar Beschädigten 1, 139.
- Konkurrenz mit Hausfriedensbruch und Bedrohung 3, 81.
- Vorsätzliche K. Feststellung der Rechtswidrigkeit des Handelns 4, 74.
- Ersatz des Arbeitsverdienstes 6, 238.
- Wirkung der Ablehnung einer Operation auf den Schadensersatzanspruch des Verletzten? 6, 339.
- Kollektiv - Delikt f. Gesamtstrafthat.
- Kollektiv-Vollmacht 3, 311.
- für zwei Anwälte, Zustellung nach C.P.O. § 164 1, 176.
- Kommanditgesellschaft, Vertretung einer K. durch einen Gesellschafter und einen Prokuristen. Thatsächliche Handhabung der Vertretung 5, 71.
- Kommission. Erfordernisse der Klage eines Exportkommissionärs auf Bezahlung des aus dem Kommissionsverhältnis zu seinen Gunsten sich ergebenden Saldos 8, 30.
- Kommissionäre, Substitution der Rechtsanwälte durch K. unangemessen 1, 327.
- Kommissionsgeschäft 10, 87.
- Kommunalbesteuerung des Hausiergewerbebetriebs 6, 373.
- Kompensation s. Aufrechnung.
- Klage auf K. 4, 59.
- im Konkurs; Rückzahlung eines bezahlten Betrags wegen irrtümlich unterlassener Aufrechnung 8, 185.
- des Ehebruchs 8, 208.
- Kompensationsseinde 3, 188.
- Konfessionschule der Minderheit.

- Verpflichtung der Gemeinde zur Errichtung und Unterhaltung 10, 81.
- Konfessorische Klage auf Belastung eines Privatgrundstücks mit einem öffentlichen Weg 2, 96.
- Kontubinat. Die landesrechtlichen, den K. mit Strafe bedrohenden Bestimmungen sind nicht im Widerspruch mit dem Reichsstrafgesetzbuch, sofern der K. lediglich aus den Gesichtspunkten einer Uebertretung in Beziehung auf die öffentliche Ordnung und nur im Falle der Erregung öffentlichen Aergernisses mit Strafe bedroht wird 2, 356.
- Konturrenz, reale, mehrerer Uebertretungen 5, 121.
- Konkurs. Beginn des Laufs der Verjährung einer im K.-Verfahren festgestellten Forderung nach dem Gef. v. 6. Mai 1852 4, 218.
- Kompensation im Konkurs; Rückzahlung eines bezahlten Betrags wegen irrtümlich unterlassener Aufrechnung 8, 185.
- Einklagung einer Forderung, die zur Konkursmasse gehört hätte, aber nicht dazu gezogen worden ist, durch den vormaligen Gemeinschuldner nach Aufhebung des Konkursverfahrens? 8, 335.
- Konkursanspruch 1, 120, 121.
- Konkursmasse. Schadenserfahrforderung einer K. gegen eine andere K. wegen Nichterfüllung eines zweiseitigen Vertrags, wenn beide Kontrahenten in Konkurs gekommen sind (§§ 15, 21 K.O.) 6, 350.
- Konkursordnung. Zur Auslegung des § 6 Abf. 1 8, 335.
- Konkursverfahren. Zuständigkeit zur Entscheidung der Frage, was zu dem der Zwangsvollstreckung unterliegenden Vermögen des Gemeinschuldners (K.O. § 1) gehört 7, 307.
- Konkursverwalter s. Anfechtungsrecht. Liegt es in der gesetzlichen Befugnis des K., Forderungen, welche in dem von ihm verwalteten Konkurs eines Mitschuldners festgestellt sind, zu einem die mutmaßlich auf sie entfallende Konkurs-Dividende übersteigenden Preise für die Konkursmasse aus vorhandenen Massmitteln zu dem Zwecke zu erwerben, um dieselben gegen die andern Mitschuldner zum Vorteil der Masse verwerten zu können? 5, 213.
- Konkursverwalter. Sind in einem von dem K. aufgenommenen Prozesse des Gemeinschuldners die Kosten des Rechtsstreits schlechthin oder bloß vom Zeitpunkt der Aufnahme des Verfahrens seitens des K. an Masseschulden bezw. Massforderungen? 6, 135.
- Kann ein K. die Vertretung einer zur Masse gehörigen verfaustpfändeten Forderung unter allen Umständen nur nach Maßgabe der Vorschriften über die Zwangsvollstreckung betreiben? (K.O. § 117) 6, 337.
- Konsulargerichtsbarkeit 4, 306.
- Konsum-Verein, landwirtschaftlicher. Verpflichtung zur Anmeldung behufs Eintrags in das Genossenschaftsregister 4, 217.
- Gewerbesteuerpflicht 7, 314.
- Kontokorrent 6, 20.
- Kontokorrentverkehr. Wird für den im K. gewährten Kredit bis zu einem bestimmten Betrag unterpfändliche Sicherheit geleistet, so erstreckt sich diese nur auf den Kredit, d. h. auf den dem Kreditnehmer aus dem Vermögen des Kreditgebers zur Verfügung gestellten Betrag, nicht aber auf Zinsen und Provision 3, 1.
- Bürgschaft für die im K. von dem einen Kontrahenten an den andern zu begebenden und von dem letzteren zu diskontierenden Wechsel und deren richtigen Eingang 3, 177.
- Kontradiktorische Verhandlung 9, 352.



Kontrollevergehen 10, 215.

Konventionalstrafe 6, 59.

— Zu dem Schaden, welcher wegen Nichtlieferung ersetzt verlangt werden kann, gehört auch eine verwirkte K. 3, 260.

— Vertragsmäßige Beschränkung der Gewerbefreiheit 5, 281.

Konvikte. Ersatz der Studienkosten 4, 121.

Korporation. Haftung einer K. (universitas ordinata oder inordinata) für deliktisches Verschulden ihrer Vertreter. Einwand des eigenen Verschuldens 3, 345.

Korrespondenzmandatar s. Rechtsanwältte 3, 158, 159.

Kostenentscheidung in Endurteilen, vorläufige Vollstreckbarkeit 5, 227.

Kostenfestsetzung im Privatklageverfahren 2, 71.

— Einmalige Beschwerde im K.-Verfahren in Strafsachen 2, 348.

Kostenfestsetzungsbeschluss. Zulässigkeit einer Beschwerde gegen einen K., wenn kein zur Zwangsvollstreckung geeigneter Titel vorhanden ist 3, 145.

— Zustellung C.P.D. § 173 Abs. 3 3, 289.

Kostenfestsetzungsverfahren in gemeindeggerichtlichen Prozessen? 10, 346.

Kostenpunkt, Kostenfestsetzung, Kosten, Feststellung und zwangsweise Beitreibung der Kosten der Parteien im Privatklageverfahren und Kosten des Nebenklägers 1, 88.

— Ersatz der notwendigen Auslagen des Nebenklägers in 2. Instanz s. Auslagen 1, 52.

— Pflicht zur Erstattung der Kosten im Entmündigungsverfahren wegen Verschwendung 1, 43.

— Entscheidungen über den Kostenpunkt, welche im Zwangsvollstreckungsverfahren ergehen, unterliegen den allgemeinen Vorschriften der C.P.D. über die Prozesskosten, soweit solche für

die Zwangsvollstreckung nicht besondere Vorschriften giebt, 29.

Kostenpunkt, Darf ein Antrag auf Kostenfestsetzung in demselben Rechtsstreit nur einmal gestellt werden? 4, 9.

— Kostenfestsetzung auf Grund eines rechtskräftigen Urteils, dessen Vollstreckung gemäß § 10 des Anfechtungsgesetzes vom Eintritt der Rechtskraft der gegen den Schuldner ergangenen Entscheidung abhängig gemacht wird 4, 222.

Kostenrechnungen der Anwälte. Bezeichnung der Belege im Einzelnen 5, 40.

Kränzchen. Anspruch aus unehe-lichem Beischlaf 3, 194.

Krankenkasse. Kann ein Verletzter für die Zeit, während der er auf Grund seiner Beteiligung an einer K. in einem Krankenhaus unentgeltlich verpflegt und verköstigt worden ist, Ersatz des gesamten ihm entgangenen Arbeitsverdienstes von dem Verletzter verlangen? 6, 238.

Krankenversicherung. Unzulässigkeit eines Verwaltungsrechtsstreits zwischen einem Ortsar- menverband und der Kranken- pflegeversicherung eben desselben Kommunalverbands 7, 226.

— Unterlassung der rechtzeitigen Anmeldung eines landwirts- schaftlichen Arbeiters zur K. Befreiung von der Haftbarkeit nach § 50 des R.V.G. wegen entschuldbaren Irrtums über die Meldestelle 8, 86.

Krankenversicherungsgesetz vom 15. Juni 1883

10. April 1892 § 75 Schlussatz 2, 334.

— Die Vorschrift des § 1 Abs. 1 Ziff. a des K. erstreckt sich nicht auf den geprüften Assistenten der württ. Gerichts- und Amts- notare 7, 218.

— Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen Versäumung der Frist des § 58 Abs. 1 des K. und des Art. 15

- des Ausführungsgefeses vom 16. Dezbr. 1888 7, 311.  
 12. Mai 1895
- Krankenversicherungsgesetz. Zu § 76 c des K. Anspruch der das Heilverfahren übernehmenden Berufsgenossenschaft auf das Krankengeld 7, 342.
- Zu §§ 20, 54 a und 57 Abs. 2 des K. und zu den bayerischen Gesetzen vom 29. April 1869 und 26. Mai 1892 9, 362.
- Kreditbürgschaft 7, 136.
- Kreditverhältnisse, unrichtige amtliche Beurkundung 4, 283.
- Kreditvertrag. Auslegung des Versprechens für alle aus dem K. dem Kreditgeber erwachsenden Ansprüche und zwar sowohl hinsichtlich des Kapitals als der Zinsen haften und sich dafür verbindlich machen zu wollen, wenn sich der Saldo durch Wechsel, die in Rechnung gegeben werden und mit Protest zurückgehen, erhöhe 6, 20.
- Kumulation von Prozessen 9, 173.
- Kundschaft. Verkauf eines Geschäftes mit der K. 4, 57.
- Kunstwerk. Rechtswirkungen eines Vertrags, durch welchen Jemand einem Andern die Nachbildung eines K. gestattet, während in Wirklichkeit einem Dritten das Recht, diese Erlaubnis zu erteilen, zusteht 8, 173.
- Kunstwollfabrik. Verpfändung der Vorräte an Wollwaren mit dem Fabrikgebäude s. Fabrikgebäude I, 22, 159.
- Kurator bei erblosen, überschuldeten Verlassenschaften 1, 94, 105, 106, 108, 113, 114, 121, 122.
- Kutschereibesitzer. Haftung für eine durch Verschulden seines Fahrnechts einem Fahrgast zugestoßene Verletzung 10, 52.
- L.
- Ladung. Nachträgliche Verbesserung von Mängeln der Klagerhebung 7, 291.
- zur Hauptverhandlung vor dem Berufungsgericht s. Berufung I, 72.
- Landarme, in hilfsbedürftigem Zustand aus einer Straf-, Kranken-, Bewahr- oder Heilanstalt entlassen 1, 80.
- Landarmenverband. Auf den L., der einem Ortsarmenverbände die Kosten der vorläufigen Unterstützung erstattet hat, geht dessen Anspruch gegen den endgültig verpflichteten Armenverband über 8, 350.
- Landtagsabgeordnete. Ist gegen L. eine Strafverfolgung zulässig, solange der Landtag vermöge königlicher Entschliehung vertagt ist? 9, 201.
- Landwehrmann. Ist die Zuständigkeit der bürgerlichen Gerichte oder der Militärgerichte begründet, wenn ein dem Beurlaubtenstand angehöriger L. nach Ablauf der Uebungszeit, für die er zum Dienst unerlaubter Entfernung (§ 64 Mil. St. G. B.) strafrechtlich verfolgt werden soll? 9, 208.
- Lebensversicherung, Lebensversicherungsvertrag zu Gunsten einer Ehefrau. Fortdauer der Ehe bis zum Tod des Versicherten. Voraussetzung für den Anspruch der Ehefrau auf Bezahlung der Lebensversicherungssumme 1, 31.
- Abschluß des Lebensversicherungsvertrags zu Gunsten der Frau und der Kinder des Versicherten. Zahlung der Prämien aus dem gemeinschaftlichen Vermögen. Folgen hievon. Recht der Ehefrau an den Anteilen der Kinder 2, 364.
- Wenn bei Abschluß des Lebensversicherungsvertrags die Versicherung ausdrücklich zu Gunsten der in der Versicherungspolice genannten Personen gestellt wurde, so ist mit dem Tode der Person, deren Leben versichert war, jenen Personen u n m i t t e l b a r ein Klage-

- recht aus dem Lebensversicherungsvertrag auf Zahlung der Versicherungssumme erwachsen 2, 392.
- Lebensversicherung. Ein Recht der Ehefrau auf die hälftige Versicherungssumme kann nicht aus der Thatsache abgeleitet werden, daß die Prämienzahlungen, mittelst welcher der Anspruch auf die zu leitende Versicherungssumme erworben worden ist, zur Hälfte aus ihrem Vermögen geleitet worden sind 2, 393.
- Verwirklichungsklausel 8, 161.
- Ein Erbschaftsanspruch der Ehefrau bezw. der Gläubiger derselben entweder gegen diejenigen, zu deren Gunsten die Versicherung erfolgt ist, oder gegen den Ehemann, welcher das Vermögen der Frau in dieser Weise verwendet hat, bezw. gegen die Erben des Ehemanns, erscheint nicht als begründet, wenn die Prämienzahlungen mit Wissen der Ehefrau aus dem Gesamtgute der Ehegatten geleitet worden sind 2, 393.
- Zwangsvollstreckung in Anspruch aus Lebensversicherung 4, 366.
- Legate im gemeinschaftlichen Testament von Ehegatten sind nicht vertragsmäßig bindende Bestimmungen zu Gunsten Dritter 1, 10.
- Legitimation eines Kindes 5, 206.
- durch nachfolgende Ehe bei einer Putativehe 3, 191.
- eines im Ehebruch erzeugten Kindes 6, 106.
- Lehrlingsvertrag, Auslegung. Steht dem Fall, daß der Lehrling „ohne gesetzlichen Grund die Lehre verläßt“, der Fall gleich, daß er durch sein Verhalten die Auflösung des Vertrags verschuldet? 10, 40.
- Lehrzeugnis. Zulässiger Inhalt des einem frühern Handlungslehrling, jegigen Handlungshilfen erteilten L.? 9, 161.
- Leibgedingsvertrag. Zwangsvollstreckung in das Recht auf die in einem L. bedungenen Naturalleistungen 9, 337.
- Kann der Käufer einer Liegenschaft Aufhebung des Kaufs verlangen, weil die Liegenschaft mit einem Leibgeding belastet ist, ohne daß er es bei Abschluß des Kaufs wußte? 10, 152.
- Leztwillige Verfügung, Auslegung. Eine nicht in der Absicht des Testators liegende Bedingung gilt als nicht beigelegt 1, 7.
- Privatorische Klausel 9, 62.
- Lex Aquilia s. actio Legis Aquiliae, aquilisches Gesetz, aquilische Klage 3, 345, 8, 41.
- Lieferungsvertrag, Bierabnahmevertrag 8, 303.
- Liegenschaftsgesetz, Liegenschaftsveräußerungsgesetz vom 23. Juni 1853, Liegenschafts Kaufvertrag. Bezeichnung von Ort und Tag des Vertragschlusses sowie des Vertragsgegenstands in der Vertragsurkunde 4, 273.
- Der Vertrag über Auflösung eines Liegenschafts Kaufvertrags bedarf keiner Form. Auf die Bezeichnung des Vertrags kommt es nicht an 4, 12.
- Die Einwendung, die über einen Liegenschafts Kauf aufgenommene Urkunde entspreche dem Willen der Parteien nicht, ist nicht bloß dann statthaft, wenn eine Partei im Irrtum über den Inhalt der Urkunde befangen war 5, 133.
- Zu Art. 1 und 11 des Liegenschaftsgesetzes 6, 146.
- Liegenschaftsverk. im Zwangsvollstreckungswege 6, 251.
- Zu Art. 2 lit. a des Gesetzes. Vertragsabschluß durch einen Stellvertreter 7, 1.
- Unrichtige und unvollständige Bezeichnung der Vertragsgegenstände, Heurrecht 10, 8.
- Zum Begriff der Nebenbedingungen 8, 1.
- Tradition von Liegenschaften.

- Eigentumserwerb auf Grund eines nichtigen Liegenschafts-kaufvertrags? 8, 265.
- Liegenschaftsgesetz. Bestimmte Bezeichnung des Vertragsgegenstands, wenn die Markung nicht bezeichnet ist, auf der die verkauften Grundstücke liegen? 9, 1.
- Umgehung der Art. 11 und 12 9, 269.
- Unvollständigkeit der Vertragsurkunde zur Zeit der Unterzeichnung. Frist und Form der Rücktrittserklärung gemäß Art. 9 Abs. 3 10, 265.
- Bedarf eine Vereinbarung über künftige Zurückübertragung einer erkauften Liegenschaft der Schriftform des Liegenschaftsgesetzes? 10, 273.
- Stückweise Wiederveräußerung von Liegenschaft (Art. 11 des Liegenschaftsgesetzes) 10, 274.
- Möglichkeit der Fortgeltung einer Bestimmung eines schriftl. Liegenschafts Kaufvertrags, der im übrigen durch einen neuen Kaufvertrag ersetzt ist? 10, 139.
- Litispdenz-Verjährung. Gilt die 40jährige Frist der L. B. auch bei Wechselforderungen? 7, 48.
- Litterarische Anzeigen 1, 377. 379. 2, 251. 3, 375. 5, 128. 6, 247. 7, 392. 8, 410. 9, 129. 389. 390. 10, 133. 383.
- Lizenzvertrag 8, 177.
- Der Patentinhaber, welcher einen L. abgeschlossen hat, ist im Fall der spätern Vernichtung seines Patents dem Lizenznehmer nur dann den erwachsenden Schaden zu ersetzen verpflichtet, wenn ihn eine Schuld trifft 2, 1.
- LOSE, Lotterielose. Art. 7 Ziff. 3 des württ. Polizeistrafgesetzes vom 27. Dezbr. 1871 4, 75.
- Der Verkauf, das Anbieten oder Feilhalten von Losen auswärtiger, in Württemberg nicht genehmigter Lotterien an verschiedene Personen dieses Staats ist eine einheitliche Gesamtthat 4, 108.

- LOSE. Haftung eines Loshändlers dafür, daß der von ihm für ein geliefertes Los angelegte Preis dem Tageskurs entspricht? 7, 70.
- Ist das unerlaubte Anbieten auswärtiger Lose in Württemberg an verschiedene Personen als eine einzige Uebertretung zu behandeln, wenn dasselbe auf einen einheitlichen Entschluß zurückzuführen ist? 8, 227.
- Rückkaufsrecht, wenn der Erwerber den auf das Los gefallenen Gewinn erhoben hat? 9, 144.

## M.

- Mäkler, Mäklergebühr 6, 13.
- Auslegung der Vertragsbestimmung, der Mäkler solle die Provision für den Verkauf eines Hauses erhalten sofort, wenn das Angeld bezahlt ist 9, 29.
- Mängel einer Ware. Grundsätze hinsichtlich Festsetzung der Kosten eines handelsgerichtlichen Verfahrens betr. Feststellung von Mängeln einer Ware (Art. 348 S. G. B.) 10, 337.
- Mängelanzeige nach Art 347 des S. G. B. bei Warensendungen von auswärts 8, 306.
- Bedeutung der Versäumung rechtzeitiger M. 1, 16.
- Notwendiger Inhalt der M. 7, 33.
- Malzteinhandel. Teilbarkeit von Gütern, die nur in Wagenladungen u. dgl. geliefert werden? 9, 302.
- Malzsteuergesetz vom 8. April 1856 und Verfügung des R. Finanzministeriums vom 9. April 1856 § 32 Ziff. 1 und 5. Dem Steuerpersonal darf in Beziehung auf den Zugang zu Brauereien u. s. w. kein Hindernis entgegen gesetzt werden, außer dem Hindernis des Verschusses, letzteres unter der Voraussetzung, daß der Malzeigentümer oder seine Gehilfen im gegebenen Fall ohne Verzug von ihrer Seite öffnen 2, 152.

- Malzsteuergesetz.** Enthält § 35 Abs. 2 der Vollzugsverordnung zum M. eine Kontrollovorschrift? 10, 213.
- Mangel des gekauften Gegenstands** 4, 64.
- Gewährleistung bei Viehmängeln 4, 278.
- im Verfahren, zur Auslegung des § 501 C.P.O. 9, 328.
- Markenschutz, Markenschutzgesetz** 3, 13.
- Anmeldung von Warenzeichen nach dem M. Nichterlöschens des durch dieselbe erlangten Rechts im Fall der Unterlassung der Anmeldung der Aenderung der Firma und der Beibehaltung des Zeichens für die geänderte Firma. Nachholung dieser Anmeldung 1, 133.
- Die auf die Eintragung der Firmen im Handelsregister sich beziehenden Bestimmungen des Markenschutzgesetzes sind keine Anwendung auf die in § 20 erwähnten Warenzeichen 1, 133.
- S. auch Warenzeichen.
- Vergehen gegen das Gesetz über Markenschutz 4, 321.
- Maß- und Gewichtsordnung** vom 17. Aug. 1868 6, 118.
- Maul- und Klauenseuche** 4, 297.
- Mehgehalt.** Irrtum über den M. eines Grundstücks 4, 58.
- Messung einer Ware.** Unrichtige Art der Messung als Handelsbrauch? 7, 257.
- Methodisten-Gemeinschaft.** Voraussetzungen der Parteifähigkeit 9, 173.
- Miete, Mietvertrag, Auflösung** 5, 144.
- Hat der Vermieter oder der Mieter die Gefahr des Zufalls zu tragen, wenn zufolge eines bau- oder gewerbepolizeilichen Verbots d. vermietete Sache dem Mieter nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden kann? Ist der Mieter in einem solchen Fall unter Umständen zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt? 6, 186.
- Militärfiskus, Offizierswitwenpension** 6, 90.
- Militärgerichte.** Ist die Zuständigkeit der bürgerlichen Gerichte oder der M. begründet, wenn ein dem Beurlaubtenstand angehöriger Landwehrmann nach Ablauf der Übungszeit, für die er zum Dienst einberufen war, wegen unerlaubter Entfernung (§ 64 Mil.St.G.B.) strafrechtlich verfolgt werden soll? 9, 208.
- Militär-Pensionsgesetz.** Zur Auslegung des Art. 2 § 33 des Reichsgesetzes vom 23. Mai 1893, betr. einige Abänderungen und Ergänzungen der M. 9, 42.
- Minderjährige, vermögensrechtliche Verpflichtungen minderjähriger Kinder, s. Kinder** 1, 154.
- Württemberger, welche im Ausland ihren Wohnsitz haben, Bevormundung 4, 378.
- Mineralwasser, Dienstbarkeitsrecht einer Gemeinde** 3, 197.
- Miteigentum, Miteigentümer, negatorische Klage** 4, 33.
- Inwieweit ist ein Miteigentümer befugt, über die gemeinschaftliche Sache zu verfügen? 5, 56.
- Wirkung eines Vergleichs über die Ausübung des Miteigentums gegen Sonderrechtsnachfolger 6, 265.
- Teilung unter einigen der Teilhaber 6, 269.
- Recht des Miteigentümers, unter Umständen auch ohne Zustimmung des andern Miteigentümers über die Substanz der gemeinschaftlichen Sache zu verfügen? 8, 280.
- der Ehegatten an der Errungenschaft bei dem landrechtlichen Güterverhältnis und an dem Gesamtgut bei der allgemeinen Gütergemeinschaft 8, 329.
- Mühlbesitzer.** Kollision zwischen dem Wasserbenutzungsrecht des M. und der Benutzung des Wassers für Feuerlöschzwecke, Schadensersatz-Anspruch 7, 350.

Mündelgüter, Veräußerung 7, 378.  
Mutter als gesetzliche Vertreterin  
des Kindes im Sinne des § 65  
des St.G.B. f. Kinder 1, 187.

## N.

Nachbarrechtl. Dem Nachbar des  
Baulustigen ist durch die bau-  
polizeilichen Bestimmungen der  
Bauordnung über die Konstruk-  
tion der Bauten zc. ein Rechts-  
anspruch darauf, daß dieselben  
in einer seinem besondern In-  
teresse entsprechenden Richtung  
gegenüber dem Baulustigen zum  
Vollzuge gebracht werden, nicht  
ingeräumt; es kann jedoch dem  
Nachbar des Baulustigen gleich-  
wohl die Rechtsbeschwerde in  
solchen Fällen, in denen es sich  
um Anwendung des Art. 28  
Abs. 1 der Bauordnung oder  
die Anwendung von auf Grund  
der Absätze 3 und 4 des Art. 28  
erlassenen ortsbaustatutarischen  
Vorschriften über Gebäudeab-  
stände handelt, zustehen wegen  
Beschränkung in der Ausübung  
des eigenen Baurechts 9, 224.  
Nachbildungen von Kunstwerken  
8, 178.

Nachdruck. Teilnahme, gewerbs-  
mäßige Verbreitung des nach-  
gedruckten Werks, Schadens-  
ersatz 4, 196.

Nachlasskurator f. Kurator.

Nachpfandgläubiger, Anspruch auf  
die Früchte f. Früchte 1, 173.

Namensfälschung. Nicht § 271  
des St.G.B., sondern nur § 360  
Ziff. 8 findet Anwendung, wenn  
ein Beschuldigter bei seiner Ver-  
nehmung vor der Strafbehörde  
sich einen falschen Namen bei-  
legt und hiedurch herbeiführt,  
daß die über seine Verurteilung  
an das Reichsjustizamt über-  
sendete Strafnachricht auf jenen  
falschen Namen lautet 2, 62.

Naturalleistungen. Zwangsvoll-  
streckung in das Recht auf die  
in einem Leibgedingsvertrag be-  
zungenen N. 9, 357.

Nebenkläger, Nebenklage. Not-  
wendige Auslagen des N. in  
zweiter Instanz sind nicht dem  
Angeklagten aufzubürden, wenn  
dieselbe durch eine nur von der  
Staatsanwaltschaft, wenn auch  
zu Gunsten des letzteren, ohne  
Erfolg eingelegte Berufung ent-  
standen sind 1, 52.

— Nachträgliche Akteneinsicht 1, 76.

— Festsetzung und zwangsweise  
Vertreibung der Kosten der Ne-  
benklage 1, 88. S. Kosten.

— Ersatz der notwendigen Aus-  
lagen zweiter Instanz 1, 52. S.  
Auslagen.

— Notwendige Auslagen des Ne-  
benklägers (St. P. O. §§ 437, 496,  
503) 4, 78.

— Notwendigkeit der gerichtlichen  
Entscheidung über den Anschluß  
des Nebenklägers 4, 316.

— Wiedereinsetzung in den vori-  
gen Stand gegen Fristverfäuf-  
mung des Nebenklägers 4, 316.

Ne bis in idem. Zulässigkeit des  
Einwands in der Revisionsin-  
stanz 4, 305.

Negatorienklage, negatorische Klage  
4, 31. 33.

— Zuständigkeit bei öffentlichen  
Wegen 2, 81.

— gegen das Eindringen von  
Bienen 4, 25.

— wegen übler Gerüche 4, 28.

— Verhältnis der negativen Fest-  
stellungs- und der Negatorien-  
klage 5, 31.

Nichtigkeit. Bestätigung des frü-  
heren wichtigen Vertrags durch  
Neuabschluß desselben 3, 313.

Nichtstreitige Gerichtsbarkeit. Ab-  
änderung gerichtlicher Entschei-  
dungen in Sachen der n. G. im  
Weg der Dienstaufsicht? 10, 21.

Niederlassung, Gerichtsstand 1,  
298.

Niederlassungsvertrag, deutsch-  
schweizerischer vom 31. Mai  
1890 10, 110.

Nießbrauch f. Nuznießung.

Notare. Gebühren für Einzug  
des Fahrnis-Erlöses in einer  
Verlassenschaftsache 4, 213.

- Rotare. Spandifatsklage 10, 70.  
 Rotariats-Assistenten, Krankenversicherung 7, 218.  
 Roterben, Roterbrecht. Anspruch des zum Erben eingefetzten, mit einem Erbschaftsvermächtis belasteten noterberechtigten Erbkels auf Abzug des Pflichttheils und der trebellianischen Quart 5, 292.  
 — Novelle 115. Beitrag zur Lösung einer Kontroverse 8, 94.  
 Rotverkauf Voraussetzungen eines handelsrechtlichen R. Folgen eines ungerechtfertigten R. 9, 206.  
 Nutznießung, Nutznießungsrecht, väterliches. Aus der Unabänderlichkeit einer Zuwendung an das Kind folgt noch nicht ein Recht des Vaters auf die Nutznießung an derselben 4, 184.  
 — des überlebenden Elternteils an dem Vermögen, welches das Kind von dem vorverstorbenen Elternteil ererbt hat, statutarische R. 5, 1.  
 — Statutarisches Nutznießungsrecht an Liegenschaften, Gerichtsstand der Klage auf Anerkennung 6, 199.  
 — Voraussetzungen der Verwirkung 6, 199.  
 — Anfechtbarkeit des bei der Teilung über den Nachlaß eines verstorbenen Ehegatten erklärten Verzichtes auf das statut. R. Recht 9, 323.

## C.

- Cberamtsparlatte. Verpflichtung einer C. zur Ausbezahlung einer Spareinlage ohne Vorlegung des Sparlaßbuchs? 7, 80.  
 Obervormundchaftliche Genehmigung eines Alimentenvergleichs 4, 183.  
 Obligation, alternative f. Wahlrecht 1, 124.  
 — Kann die Verpflichtung zu Eingehung eines Familienverhältnisses Gegenstand einer Obligation sein? 6, 191.  
 Öffentliche Wege und Dienstbarkeiten 2, 81. 87.

- Öffentliche Zustellung amtlicher Strafbefehle f. Strafbefehl 1, 209.  
 Öffentliches Recht. Zulässigkeit des Rechtswegs für eine Klage, die sich auf einen Vergleich stützt, der ein dem ö. R. angehöriges Rechtsverhältnis regelt? 10, 81.  
 Öffentlich-rechtliche Angelegenheiten. Die Zuständigkeit bei Verträgen oder Geschäftsführung in ö.-r. A. 7, 112. 230.  
 Örtliches Recht. Welches ö. R. ist für Beurteilung der Wirkungen eines Vertrags maßgebend? 7, 33.  
 Offenbarungseid. Die civilrechtliche Verpflichtung zur Leistung des O. bestimmt sich nach Art. 16 des württb. Ausführungsgesetzes vom 18. Aug. 1879 zur Reichscivilprozeßordnung 3, 154.  
 Offizierswitwenpension 6, 90.  
 Operation. Wirkung der Ablehnung einer O. auf den Schadensersatzanspruch des Verletzten 6, 339.  
 Ordnungsstrafe. Die nach dem Gesetz vom 13. März 1881 betr. die Einführung von Ordnungsstrafen bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des Accisegesetzes vom 18. Juli 1824, des Wirtschaftsabgabengesetzes vom 9. Juli 1827 und des Hundesabgabengesetzes vom 8. Septbr. 1852 zu erkennende Ordnungsstrafe hat keine subjektive Verschuldung zur Voraussetzung 2, 150.  
 — Zustellung eines eine O. gegen einen Rechtsanwalt verhängenden Beschlusses an dessen gemäß §§ 29, 25 R. A. O. bestellten Vertreter? 10, 351.  
 Ortsarmenverband f. Unterstützungswohngesetz. Ertragsanspruch eines C. für geleistete Alimente gegenüber von den Alimentationsverpflichteten. Rechtliche Natur desselben 1, 3.  
 — Unzulässigkeit eines Verwaltungsrechtsstreits zwischen einem C. und der Krankenpflege-Vere-

- sicherung ebendesselben Kommunalverbands 7, 226.
- Ortsarmenverband. Auf den Landarmenverband, der einem O. die Kosten der vorläufigen Unterstützung erstattet hat, geht dessen Anspruch gegen den endgültig verpflichteten Armenverband über 8, 350.
- Zu § 29 des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz 9, 360.
- Ortsbaustatut. Zu dem Stuttgarter O. von 1874 §§ 42 und 44 (Gebäudeabstand bei schief zur Baulinie verlaufender Eigentumsgrenze) und § 67 Abf. 1 (Frontlänge der Gebäude an Hauptstraßen) 8, 393.
- Oertliche und zeitliche Begrenzung der Anwendbarkeit ortsbaustatutarischer Vorschriften über die Verwendung von Dachlammern zu Schlafräumen 8, 400.
- Zu § 6 des revidierten O. der Stadt Stuttgart vom <sup>22. Juli</sup> 4. Septbr. 1897. Von der Verpflichtung zur Herstellung der Gehwege sind die Eigentümer solcher Grundstücke nicht befreit, welche, ohne mit Bauverbot belegt zu sein, nach der ihnen vom Eigentümer gegebenen Zweckbestimmung der Ueberbauung entzogen sind 10, 246.
- Zu § 12 des revidierten O. der Stadt Stuttgart v. <sup>22. Juli</sup> 4. Septbr. 1897. Seitliche Messung der Vorgartenfläche 10, 249.
- Ortsvorsteher. Legitimation des O. zur Vertretung der Gemeinde bezüglich des Anspruchs auf Zuweisung einer gerichtlich erkannten Geldstrafe an die Gemeindefasse 4, 310.
- Haftung für die bei einem Probeschießen infolge mangelhafter Schussvorrichtungen vorgenommene Verletzung einer Person? 7, 145.
- P.
- Pacht eines Steinbruchs 6, 77.
- Pactum de non licitando 8, 142.
- Pächter s. Detentor 1, 255.
- Patente, Patentrechte, Patentschutz s. Lizenzvertrag 2, 1.
- Haftung des Verkäufers dafür, daß der Käufer nicht durch Patentrechte dritter Personen am Gebrauch der gekauften Sache gehindert wird? 9, 22.
- Verletzung des Patentschutzes 4, 203.
- Paternitätsklage ist von dem Pfleger des unehelichen Kindes oder dem Vater der Geschwächten nur in Gemeinschaft mit der Mutter anzustellen 1, 328.
- Patronatrecht. Erfordernisse der Zulässigkeit des Rechtswegs für die Klage auf Anerkennung eines P. 3, 321.
- Peculium adventit. regulare 5, 1.
- Pension. Passivlegitimation bei dem Anspruch der Witwe eines Offiziers auf P. Bezieht sich die Ausschlußfrist auch auf die nach würtb. Bestimmungen zu gewährende Pension? 6, 90.
- Persönliches Erscheinen des Klägers bei der mündlichen Verhandlung. Die Kosten sind nicht unter allen Umständen zu erstatten 3, 140.
- Personenvereinigung. Voraussetzungen der Parteifähigkeit 9, 173.
- Pertinenzien s. Zugehörungen, Zubehörten 1, 22, 159, 280.
- verpfändet. Grundstücke, Pfandklage 4, 347.
- Pfändbarkeit von Wetten. Zu § 715 Ziff. 1 C.P.O. 8, 213.
- Pfändung s. Zwangsvollstreckung.
- des Arbeits- oder Dienstlohns s. Arbeitslohn 1, 229.
- beweglicher Zugehörungen von Immobilien s. bewegliche Sachen 1, 282.
- Anfechtung einer nach der Zahlungseinstellung vorgenommenen Pfändung (R.D. § 23 Z. 2) 3, 171.



- Pfändung.** Bei Berechnung der nach § 749 Ziff. 3 C.P.D. freizulassenden Bezüge sind nur solche Einkünfte in Rechnung zu nehmen, auf welche der Schuldner einen Anspruch hat 3, 279.
- von im Gewahrsam eines Dritten befindlichen Sachen gegen den Willen des letzteren 5, 165.
  - der beweglichen Pertinenz einer unbeweglichen Sache 5, 171.
  - Kann die Pertinenz durch den Pfändungsakt einem bestehenden Unterpfandsverband entzogen werden? 5, 171.
  - Unzulässigkeit der Pf. des ausbezahlten Arbeitslohns am Tage der Auszahlung 6, 39.
  - von Waren einer in landrechtlicher Errungenschaftsgesellschaft lebenden Handelsfrau 6, 96.
  - Bedeutung eines Beschlusses, durch welchen eine Forderung gepfändet wird. Wird der Drittschuldner unter allen Umständen befreit, wenn er an den Pfändungsgläubiger bezahlt? 10, 327.
- Pfändungsgebühr** in dem Fall, da gleichzeitig für zwei Gläubiger gepfändet wird 7, 308.
- Pfandbehörde** s. Unterpfandsbehörde.
- Pfandentwicklungsgefeh v. 21. Mai 1828** Art. 53 Absf. 2 10, 1.
- Pfandgefeh.** Zu Art. 109 3, 59. Zu Art. 119 3, 58. Zu Art. 225 6, 153.
- Pfandgläubiger.** Absonderungsrecht im Konkurse 1, 23.
- Recht auf die Früchte einer Mehreren verpfändeten Sache f. Früchte 1, 168.
  - Verpfändung beweglicher Zugehörigkeiten von Immobilien s. bewegliche Sachen 1, 280.
  - Antrag auf Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen f. Früchte 1, 286.
  - Retentionsrecht f. Faustpfandgläubiger 1, 298.
- Pfandgläubiger.** Klage auf vorzugsweise Befriedigung aus dem Erlös, § 710 der C.P.D. 9, 263.
- Pfandhülfsbeamte,** Haftung 3, 30.
- Irreleitung der Unterpfandsbehörde 3, 22.
- Pfandklage** 1, 300.
- Anspruch auf die Früchte 1, 286.
  - bei einer Mehreren verpfändeten Sache f. Früchte 1, 168.
  - Antrag auf Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen f. Früchte 1, 286.
  - des würtb. Unterpfandsrechts und ihr Verhältnis zu § 710 der C.P.D. 4, 338.
- Pfandleiher** 10, 1.
- Pfandnachfolge** des Käufers 3, 59.
- Pfandschein.** Regreßklage gegen die Unterpfandsbehörde wegen unrichtiger Schätzung des Pfandobjekts f. Informativpfandschein 1, 149.
- Pfleger.** Kann eine gegen den Beklagten als P. eines Minderjährigen erhobene Klage nachträglich gegen ihn ohne Ansehen seiner Eigenschaft als P. gerichtet werden? 8, 223.
- Rechtsstellung des Pflegers nach beendeter Pflegschaft gegenüber einem angeblichen Gestornar des Pfleglings? 10, 100.
- Pflichtteil.** Anspruch des zum Erben eingesehten, mit einem Erbschaftsvermächtnis belasteten, noterberechtigt. Entfels auf den Abzug des P. Verzicht auf den Abzug des P. Einrechnung des Vorempfangs der Tochter des Erblassers auf künftige väterliche Erbschaft und einer von dem letzteren der ersteren gemachten Schenkung in den P. des Sohns dieser Tochter 5, 292.
- Photographien,** Nachbildung 8, 173.
- Pillen,** unentgeltliche Abgabe f. Arzneien 1, 69.
- Platzgeschäft** 7, 67.
- Platzspesen.** Anspruch auf P. 4, 65.
- Polizeiamtmann.** Haftung für die bei einem Probeshießen in folge mangelhafter Schutzvorrichtungen vorgekommene Verletzung einer Person? 7, 145.

- Polizeistrafgesetz. Erfordert Art. 32 Ziff. 5 des Pol. Str. Ges. vom 27. Decbr. 1871 ein wissenschaftliches Zuwiderhandeln? 10, 353.
- Postkarten. Beleidigung durch P. 4, 304.
- Preßgesetz. Muß von Bekanntmachungen, Plakaten und Aufzügen, welche öffentlich angeschlagen, ausgestellt oder unentgeltlich verteilt werden sollen, ein Pflichtexemplar an die Ortspolizeibehörde jedes Orts, wo der Anschlag, die Ausstellung oder Verteilung stattfindet, abgeliefert werden, oder genügt die einmalige Ablieferung an die Ortspolizeibehörde des Ausgabsorts? 10, 357.
- Privatfortbedienstete, Befugnis zu Beschlagnahmen s. Beschlagnahme 1, 374.
- Privatklage, Privatklageverfahren. Witwe nicht gesetzliche Vertreterin ihres Kindes s. Kinder 1, 187.
- Sühneverfuch 2, 13. 15. 3, 88.
- Sühneverfuch u. Strafantrag. Die Rechtsgültigkeit der Stellung des Strafantrags in Privatklagesachen hängt nicht von der Erhebung einer zulässigen Privatklage ab 1, 184.
- Strafverfolgungsantrag des Vaters wegen Beleidigung des Haussohns 2, 35.
- Kostenersatz. Die Entscheidungen über den Ersatz der dem Privatkläger erwachsenen notwendigen Auslagen werden nach den Vorschriften über die Vollstreckung der Urteile der Civilgerichte vollzogen und zwar erfolgt die Vollstreckung aus der nach St. P. O. § 496 Abs. 2 erlassenen Kostenfestsetzung 2, 138.
- Zurücknahme der Privatklage und des Strafantrags, prozessuale Natur der in §§ 359 und 368 der St. P. O. enthaltenen Bestimmungen 2, 345.
- Kostenfestsetzung 2, 71.
- Zeugengebühren sind als notwendige Auslagen vom Gegner zu ersehen, wenn die Vernehmung nach Lage der Sache als zweckentsprechenden Rechtsverteidigung geschehen erscheint 2, 161.
- Privatklage. Für Beschwerden gegen Festsetzung der in Privatklagesachen dem Gegner zu erstattenden Auslagen sind die Bestimmungen der Strafprozeßordnung, nicht die der Civilprozeßordnung maßgebend 2, 166.
- Beginn der Frist zur Einlegung der Berufung 3, 89.
- Revision wegen mangelnder Unterschrift der Privatklage 2, 154.
- Privatorische Klausel 9, 62.
- Privatrechtliche und öffentlich rechtliche Ansprüche 2, 81. Vergl. 127, 184.
- Ergibt sich aus dem Vorbringen des Klägers, daß die Verbindlichkeit, die als öffentlich rechtlich bezeichnet wird, im Privatrecht ihren Grund hat, so liegt ein der Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts anheimfallender Anspruch nicht vor 2, 97.
- Privattestament, gemeinrechtliches schriftliches 1, 275.
- Erfordernisse eines gemeinrechtlichen, mündlichen P. Willenserklärung des Testators durch Beantwortung an ihn gerichteter Fragen. Nachweis der Vollständigkeit der Willenserklärung 10, 57.
- Privatwaldschützen, Befugnis zu Beschlagnahmen s. Beschlagnahme 1, 374.
- Privatvollniederlage. Faustpfandbestellung 3, 291.
- Procurator. Haftung des falsus p. 4, 233.
- Prokurist, Wechselaccept s. Accept 1, 163.
- Protest. Art. 16 Abs. 2 B. O. setzt nicht bloß einen formgerechten, sondern auch einen gültigen Protest voraus 1, 163.

Prozeßbevollmächtigter. Kann durch den Parteivillen ein Substitutionsbevollmächtigter zum eigentlichen P. im Sinne des § 77, 162 der A.C.P.O. werden? 3, 355.

Prozeßkosten. Entscheidungen im Kostenpunkt, welche im Zwangsvollstreckungsverfahren ergehen f. Kosten 1, 29.

— § 100 der C.P.O. hat nur den Fall im Auge, wenn beide Parteien an den Prozeßkosten noch Quoten zu tragen haben 3, 147.

— Sicherheitsleistung in der Türkei 5, 118.

— Zur Auslegung des § 94 der C.P.O. 6, 336.

— Verpflichtung zur Sicherheitsleistung seitens eines in Teutichland als Kläger im Civilprozeß auftretenden ungarisch. Staatsbürgers 7, 254.

— Gegen die nur über die P. ergangene Entscheidung ist die Berufung an den Verwaltungsgerichtshof nach Art. 72 des Ges. vom 16. Febr. 1876 vgl. mit § 94 der C.P.O. nicht zulässig 8, 235.

Prozeßkostenerstattung. Umfang 3, 358.

Prozeßvollmacht auf zwei Anwälte, Zustellung f. Kollektivvollmacht 1, 176.

— und deren Inhalt 5, 125.

Pupillarsubstitution 5, 3.

— Stillschweigende P. 5, 297.

Putativehe. Legitimation durch nachfolgende Ehe 3, 191.

— Vermutung für die Vaterschaft eines Kindes bei einer P. 4, 175.

### C.

Quasi-Defertion f. Ehe 2, 253.

Quasi-Pupillarsubstitution 5, 3.

Quelle, Abgraben durch Grabarbeit in einem Fluß f. Fluß 1, 290.

— Zulässigkeit des Rechtswegs für eine Klage auf Anerkennung des Eigentums an einer L., die der Gegner als öffentliches

Gewässer betrachtet wissen will? 8, 313.

Quelle. Streit über Benutzung öffentlichen Wassers (Recht der Benutzung von Quellen) 8, 375.

### R.

Radfahrer. Zur Beurteilung der Frage der Fahrlässigkeit bei Radfahrern 9, 284.

Radfahrergebühr. Berechtigung der Gemeinden zur Erhebung einer R. (Statut der Stadt Stuttgart vom 1. Mai 1897) 10, 237.

Radfahrerkarte 10, 238.

Realkast. Verpflichtung zur Führung des Wahnslittens als privatrechtliche R.? 8, 285.

Rechtsagenten. Substitution von Rechtsanwältin durch R., f. Kommissionäre 1, 327.

Rechtsanalogie 5, 364.

Rechtsanwälte. Die am Sitz eines Amtsgerichts wohnenden, nicht bei demselben zugelassenen R. sind zur Uebernahme einer Armenanwaltschaft in einem amtsgerichtlichen Prozeß nicht verbunden 1, 86.

— Zustellung bei Kollektiv-Prozeßvollmacht f. Kollektivvollmacht 1, 176.

— Wechsel in der Person 3, 141.

— Beziehung eines nicht am Sitz des Gerichts wohnhaften Rechtsanwalts 3, 142 ff.

— Beziehung eines Rechtsanwalts zur Eidesleistung 3, 144.

— Umfang der Verpflichtung des Rechtsanwalts zur Ausantwortung der Handakten an die Partei 3, 370.

— Schadensersatzklage gegen einen Rechtsanwalt 4, 132.

— Rückgabe der dem Gericht vorgelegten Handakten eines Anwalts 5, 37.

Rechtsanwaltsgebühren. Voraussetzung der Anrechnung einer Gebühr nach § 7 und nach § 44 der A.C.P.O. 3, 160.

— Für ein dictando geschriebenes

- Konzept ist eine Schreibgebühr nicht zulässig 3, 161.
- Rechtsanwaltsgebühren. Schreibgebühr für Vollmachten 3, 162.
- Eine Gebühr für die Abschrift eines Schriftsatzes zu den Handakten des Anwalts ist dann nicht statthaft, wenn es sich nicht um eine schwierigere Arbeit desselben handelt 3, 162.
- Die Anrechnung einer Schreibgebühr für die Adresse von Briefen u. s. w. ist nicht gerechtfertigt 3, 163.
- Gebühr für Beforgung der Briefe innerhalb des Wohnorts des Anwalts durch einen Gehilfen 3, 164.
- Schreibgebühren für Abschriften aus den Akten in Strafsachen 4, 68.
- Schreibgebühren für Urschriften 4, 10.
- Die zur Rechtfertigung der Ansätze einer Kostenrechnung dienenden Belege sind im Einzelnen zu bezeichnen 5, 40.
- Zur Frage der Gerichts- und der Anwaltsgebühren bei Trennung der Verhandlung im Sinne der §§ 196 und 274 der C.P.O. 8, 342.
- Anwalts- und Gerichtsgebühr im Falle einer Verhandlung, in welcher lediglich die beiderseitigen Anträge zur Verlesung gelangen 5, 211.
- Pflicht zur Erstattung der Kosten, insbesondere der Anwaltsgebühren im Entmündigungs-Verfahren wegen Verschwendung 1, 43.
- Steht dem Anwalt für Wahrnehmung des Termins zur Leistung des Offenbarungseids eine Gebühr aus § 23 Ziff. 2 der R.N.G.O. zu? 10, 339.
- Vergleichsgebühr eines für die Beweisaufnahme vor dem beauftragten Richter substituierten Rechtsanwalts? 10, 341.
- Schreibgebühr für eine dritte Abschrift der Kostenrechnung 10, 344.
- Rechtsanwaltsgebühren. Berechnung der Anwaltsgebühren im Fall der Anordnung der Verhandlung mehrerer in einer Klage erhobenen Ansprüche in getrennten Prozessen gemäß § 136 Abs. 1 C.P.O. R.N.G.O. § 10. G.R.G. § 11 3, 190.
- Gebührenordnung § 103, 139. §§ 13. 23. 3, 149.
- Für die Prozeßgebühr des Anwalts des Beklagten ist der Zeitpunkt der Uebernahme des Mandats entscheidend 3, 147.
- Zur Frage, ob der Anspruch auf die in den §§ 13 Nr. 2—4, 16—18 der Geb.O. für Rechtsanwälte bestimmten Gebühren — Verhandlungsgebühr, Vergleichsgebühr, Beweisgebühr — dem Rechtsanwalte zusteht, welcher die Vertretung in der mündlichen Verhandlung, die Mitwirkung bei dem Vergleich, die Vertretung in dem Beweisaufnahmeverfahren oder in dem Termine zur Leistung des durch Urteil auferlegten Eids einem zwar zwei Jahre im Vorbereitungsdienste beschäftigten, aber nicht gemäß § 25 Abs. 2 der R.N.G.O. zum Stellvertreter des Rechtsanwalts bestellten Rechtskundigen übertragen hat 2, 217.
- Zulässigkeit der Anrechnung einer Beweisgebühr und erhöhten Verhandlungsgebühr (R.N.G.O. § 13 Ziff. 4 und § 17) im Fall der Ermittlung des in einem Rechtsstreit zur Anwendung kommenden fremden Rechts gemäß § 265 C.P.O. 3, 151.
- Anrechnung einer Beweisgebühr und erhöhten Verhandlungsgebühr (R.N.G.O. § 13 Z. 4 und § 17) im Fall der Feststellung von Thatfachen aus Verhandlung vorgelegt worden sind 3, 153.
- Zulässigkeit der Anrechnung der Beweisgebühr und der erhöhten Verhandlungsgebühr

- (R. A. G. D. § 13 Ziff. 4 und § 17), wenn vor dem Prozeßgericht ohne förmlichen Beweisbeschluß Akten, auf deren Inhalt sich die Parteien zum Nachweis bestrittener Thatfachen in d. mündlichen Verhandlung berufen haben, beigebracht und in denselben diese Thatfachen in einer weiteren mündlichen Verhandlung festgestellt werden 3, 154.
- Rechtsanwaltsgebühren. Voraussetzungen der Berechnung der Beweisgebühr des § 13 Ziff. 4 9, 357.
- Der Rechtsanwalt, welcher einen Referendär zur mündlichen Verhandlung und zum Beweisverfahren substituiert, ist nicht berechtigt, die Gebühren des § 13 Nr. 2 und 4 und die Vergütung des § 78 eod. zu liquidieren 3, 165.
  - Neben der Beweisgebühr kann nicht noch eine Gebühr für Anwohnen im Schwurtermin verlangt werden 3, 156.
  - Gebührenordnung § 10 und § 11 des Gerichtskostengesetzes 3, 139.
  - § 13 Nr. 4 9, 357.
  - Gebührenordnung § 14 Abf. 1 8, 215.
  - § 16 3, 150.
  - § 17 6, 228.
  - § 20 3, 157.
  - §§ 25, 26 3, 142.
  - § 44. Gebühr für den Korrespondenzmandatar 3, 158.
  - Kosten eines Korrespondenzmandatars 3, 159.
  - Voraussetzung der Anrechnung einer Gebühr nach § 7 und nach § 44 3, 160.
  - Berechnung der Taggelder des § 78 9, 358.
  - Taggelder und Auslagen des Anwalts für Uebernachten 3, 167.
  - Zu § 79 Abf. 3 3, 167.
  - Gebühren für die Hinterlegung einer Sicherheit behufs Vollstreckbarkeit des Urteils können von der Gegenpartei nicht ersetzt verlangt werden 3, 168.
- Rechtsanwaltsgebühren. D. Auslagen eines Anwalts behufs Beschaffung einer Sicherheitsleistung zum Zweck der Vollstreckbarkeitserklärung eines Urteils gehören zu den zu erstattenden Prozeßkosten 3, 170.
- Rechtsanwaltsgehilfen. Substitution zu mündlichen Verhandlungen 5, 124.
- Rechtsbeschwerde. Erhebung. Zur Wahrung der Notfrist für die Erhebung der R. an den Verwaltungsgerichtshof (Art. 60 und 79 letzter Absatz des Gef. v. 16. Dez. 1876) ist der Nachweis der Vollmacht innerhalb der Notfrist nicht unbedingt erforderlich 9, 221.
- des Nachbarn des Baulustigen 9, 224.
  - Die R. des Art. 13 des Gef. v. 16. Dezbr. 1876 greift gegen eine auf Grund des Art. 76 der Bauordnung erfolgte Dispensationserteilung nur dann Platz, wenn der Beschwerdeführer durch die Dispensationserteilung in einem ihm zustehenden Rechte verlehrt ist 7, 233.
  - Unstatthaftigkeit der R. gegen einen auf Grund der Gewerbeordnung ergangenen Refursbescheid der Kreisregierung, durch welchen die Erlaubnis zur Verlegung des persönlichen Schankwirtschaftsrechts versagt wurde 7, 369.
- Rechtsgeschäft mit unfittlichem Zweck 3, 220.
- Rechtshängigkeit 4, 28, 6, 47.
- Rechtshilfe. Einem ersuchten, örtlich zuständigen Richter steht es nicht zu, die Handlung, um deren Vornahme er ersucht wird, deshalb abzulehnen, weil sie nach seiner Ansicht von dem ersuchenden Richter selbst vorzunehmen wäre. Ein um R. ersuchter Richter kann das an ihn gerichtete Ersuchen unmittelbar an einen andern Richter abgeben, wenn es sich herausstellt, daß letzterer der örtlich

- zuständige ist, und es ist dem örtlich zuständigen Richter, an welchen die Sache weitergegeben wird, zwar nicht verwehrt, über etwaige, bezüglich des Rechts- hilfeersuchens bestehende Zweifel sich mit dem Richter, welchem Rechts- hilfe geleistet werden soll, ins Einvernehmen zu setzen, aber er ist nicht befugt, aus andern als den in § 159 des R.O.-Vers.Ges. bezeichneten Gründen, das, wenn auch nur im Wege der Weiterübertragung an ihn gelangte Rechts- hilfeersuchen abzulehnen 2, 41.
- Rechtshilfe. § 160 Satz 1 des G.V.G. auf Beschwerden wegen Verweigerung der R. in Beziehung auf Akte der Straf- vollstreckung nicht anwendbar 1, 322.
- Zur Frage des Verbots einer im Wege der R. vorzunehmenden Handlung 3, 85.
- Rechtstreitigkeiten, bürgerliche 2, 81.
- Rechtsweg, Zulässigkeit 2, 81. 127. 184.
- Rechtswohlthat des Inventars 1, 95—97. 101. 102. 104. 105. 110. 117—119.
- der Teilung 5, 333.
- der weiblichen Freiheiten auch außerhalb des Konkurses 1, 253.
- Rehhibitorische Klage 8, 258.
- Regal, Natur eines R.; öffentliches und Privatgewässer 3, 206.
- Regressklage gegen die Unterpfandsbehörde wegen unrichtiger Schätzung des Pfandobjekts. Ursächlicher Zusammenhang zwischen dieser und dem Schaden des Pfandgläubigers. Letzterer hat die Richtigkeit der Schätzung der Unterpfandsbehörde nicht zu kontrollieren 1, 149.
- wegen unrichtiger amtlicher Beurkundung der Vermögens- und Kreditverhältnisse 4, 283.
- Reichscivilprozeßordnung. Die wesentlichsten Mängel der deutschen R. und Vorschläge zu ihrer Revision 6, 247.
- Reichsmilitärwitwenpension. Offizierswitwenpension 6, 90.
- Reisende. Haftung der Eisenbahn für Gegenstände, welche R. auf der Reise bei sich tragen 5, 147.
- Reisepfesen. Erfah entgangener R. 4, 65.
- Rektapapier 5, 351.
- Rekurs. Zur wirksamen Einlegung des R. des Art. 79 Abs. 2—7 des Ges. v. 16. Dez. 1876 durch einen Vertreter ist der Nachweis der Vollmacht innerhalb der fünfzügigen Rekursanmeldungsfrist erforderlich 9, 221.
- Renteneinkommensteuer, Strafverfahren gegen die Hinterlassenschaft s. Steuergefährdung 2, 52. 111.
- Replik oder Läuung einer Einredebehauptung? 6, 329.
- Retentionsrecht 4, 164.
- des Faustpfandgläubigers s. Faustpfandgläubiger 1, 298.
- an der gepfändeten Sache. Dem Retentionsberechtigten steht, wenn sein Gewahrsam an der von ihm retinierten Sache durch die Pfändung verletzt wird, eine im Wege des § 690 der G.V.O. anzustreitende Feststellungs- klage zu, dahin, daß die Pfändung jener Sache nicht zu Recht bestehe und daher vom Pfändungspfandgläubiger freizugeben sei 2, 330.
- des Rechtsanwalts bezüglich der Handakten 3, 370.
- des Zollamts 3, 294.
- Die Verjährung wird durch Ausübung eines R. nicht unterbrochen 3, 254.
- Reurecht bei Liegenschaftskläufen 10, 8.
- Revision, Revisionsinstanz. Revision, darauf gestützt, daß durch das Urteil die Klage nicht erschöpft werde, nicht begründet 1, 318.
- Neue Beweiserhebungen über die rechtzeitige Stellung des

- Strafantrags s. Beweiserhebungen 1, 310.
- Revision. Zur Begründung der Einstellung des Verfahrens gemäß § 259 der St.P.O. genügt die Feststellung des Instanzrichters, daß die Einhaltung der Antragsfrist nicht erwiesen sei 1, 310.
- Richter. Haftung für Fahrlässigkeit im Gebiete der freiwilligen Gerichtsbarkeit 3, 38.
- Rindvieh, Hausierhandel 4, 300.
- Ritterschaft. Zuständigkeit für Bestellung eines Vormunds für Seitenverwandte 3, 287.
- Röhren. Fällt die Legung von R. unterhalb der Oberfläche des Bodens unter den Art. 72 der Bauordnung? 4, 23.
- Rückkaufrecht bezüglich eines Loses, wenn der Erwerber den darauf gefallenen Gewinn erhoben hat? 9, 144.
- Rügeflicht nach D.G.B. Art. 347 8, 306.

## E.

- Sachanträge 3, 239.
- Sachgesamtheit. Zur Frage der Verpfändung von Zugehö-  
rungen 6, 1.
- Verpfändung der in einer Kunst-  
wollefabrik vorhandenen Vor-  
räte in fertigem, halbfertigem  
und in rohem Zustande befind-  
lichen Wollwaren mit den Fab-  
rikgebäuden nach württ. Recht  
1, 22.
- Sävitien 2, 277.
- Sand und Kies. Unzulässigkeit  
des Rechtswegs für einen An-  
trag eines Fischereiberechtigten  
auf Untersagung der kraft Ge-  
meingebrauchs ausgeübten Ge-  
winnung von S. und K. aus  
einem öffentlichen Fluß 8, 202.
- Klage eines Fischereiberechtig-  
ten auf Untersagung der kraft  
Gemeingebrauchs ausgeübten  
Gewinnung von S. und K. aus  
einem öffentlichen Fluß 10, 119.
- Schadensersatz nach dem aquili-  
schen Gesetz 1, 139, 3, 345.
- Anspruch des mittelbar Be-  
schädigten 1, 139.
- wegen Grundlosigkeit einer Ar-  
restanlage s. Arrestanlage 1, 271.
- Abgraben einer Quelle durch  
Grabarbeit in einem Fluß s.  
Fluß 1, 290.
- Verpflichtung einer Stadtge-  
meinde einen öffentlichen Staf-  
felweg derart zu verwalten,  
daß das Abstürzen kleiner Kin-  
der verhindert wird? 10, 184.
- Haftung einer Gemeinde für  
ein Verschulden ihres Bauauf-  
sichters. Regreßrecht gegen  
diesen, konkurrierendes Ver-  
schulden? 10, 195.
- Haftpflicht der Unterpfinds-  
behörde 3, 17, 22.
- wegen Nichtlieferung 3, 260.
- Feststellungsfrage in Beziehung  
auf einen künftig entstehenden  
Schaden, Erfordernisse (E.P.O.  
§ 231) 3, 345.
- Kann ein Verletzter für die  
Zeit, während der er auf Grund  
seiner Beteiligung an einer  
Krankenkasse in einem Kranken-  
haus unentgeltlich verpflegt und  
verköstigt worden ist, Ersatz des  
gesamten ihm entgangenen Ar-  
beitsverdienstes von dem Ver-  
letzten verlangen? 6, 238.
- im Falle des Art. 7 Abs. 4  
der Bauordnung 9, 131.
- Begründung der Klage auf  
Sch. wegen Verlöbnißbruchs.  
Zeugnung von Klagebehaupt-  
ungen oder Einrede? 10, 206.
- Schadensersatz - Anspruch wegen  
Nichtbefolgung des Auftrags,  
Wechsel zum Accept zu präsen-  
tieren 6, 176.
- Schadensersatz - Forderung einer  
Konkursmasse gegen eine andere  
Konkursmasse wegen Richter-  
füllung eines zweiseitigen Ver-  
trags, wenn beide Kontrahenten  
in Konkurs gekommen sind (§§  
15, 21 K.O.)? 6, 350.
- Schadensersatzklage gegen einen  
Anwalt 4, 132.

- Schadensersatzklage gegen einen Wundarzt wegen Kunstfehler 4, 136.
- wegen Tötung 4, 147.
- wegen Körperverletzung 4, 147.
- gegen die Unterpfandsbehörde 6, 153.
- Zulässigkeit der Sch. eines Fabrikarbeiters gegen den Fabrikanten wegen von letzterem verschuldeter Verschämung der Anmeldung eines Anspruchs des Arbeiters gegen die Berufsgenossenschaft 9, 163.
- einer Gemeinde gegen ihren Schultheißen wegen einer auf Rechtsirrtum beruhenden Anordnung desselben? 10, 201.
- Schätzung des Pfandobjekts, Haftung der Unterpfandsbehörde wegen unrichtiger Sch. s. Negligenzklage 1, 149.
- Schafe, Hauserhandel 4, 300.
- Schankwirtschaftsrecht. Unstatthaftigkeit der Rechtsbeschwerde gegen einen auf Grund der Gewerbeordnung ergangenen Reklursbescheid der Kreisregierung, durch welchen die Erlaubnis zur Verlegung des persönlichen Sch. verweigert wurde? 7, 369.
- Scheidung s. Ehe, Ehebruch, Widerklage. Sch. der Ehe wegen bösslicher Verlassung. Der Scheidungsklage steht nicht entgegen, daß ein Nichtigkeitsgrund vorliegt 5, 9.
- Scheidung wegen Ehebruchs, Kompensation 5, 160.
- Scheidungsgrund. Ausschweifen der Lebenswandel als Sch. bei den Israeliten 5, 7.
- Scheingeschäft 3, 313.
- Schenkungs. Ist für die Insumation einer Sch. nach gemeinem und würtbg. Rechte das persönliche Erscheinen des Schenkgebers vor der Behörde erforderlich? 7, 248.
- Schenkungssteuer. Zur Auslegung des Art. 17 des Gef. vom 24. März 1881 2, 202.
- Schiedsgericht oder Schadensabschätzung durch Schiedsmänner? Folgen des Unterbleibens einer solchen Schadens-Abschätzung? 9, 195.
- Schiedsmänner 9, 195.
- Schlüssel. Anspruch auf einen Sch. bei dinglichem Recht zur Betretung eines Hofraums 6, 274.
- Schonzeit s. Hegezeit, Fallwild, Jagdvergehen 1, 320.
- Schreibereihilfen des Rechtsanwalts, Substitution zu mündlichen Verhandlungen 5, 124.
- Schreibgebühren. Berechnung von Sch. für Urschriften, welche von dem Anwalt selbst geschrieben sind 4, 10.
- in Strafsachen 5, 317.
- Schützengilde. Haftung des Vorstands für die bei einem Probefchießen infolge mangelhafter Schutzvorrichtungen vorgekommene Verletzung einer Person? 7, 145.
- Schullehrer-Seminarien. Ersatz der Studientkosten 4, 121.
- Schweigen als Willenserklärung 6, 212.
- Schweine, Hauserhandel 4, 300.
- Selbsthilfeverkauf bei Spezifikationskauf 1, 130.
- Selbstschuldner = Bürge. Ist der Gläubiger dem S. gegenüber verpflichtet, seine Forderung im Konkurs des Hauptschuldners anzumelden? 6, 306.
- Seminarien. Verjährung der Forderung des Staats auf Rückersatz der Studientkosten 4, 121.
- Sicherheit. Voraussetzungen der Rückgabe der bebüß vorläufiger Vollstreckung eines Urteils geleisteten Sicherheit vor eingetretener Rechtskraft des Urteils 8, 210.
- Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten in der Türkei 5, 118.
- für die Prozeßkosten von Seiten eines in Deutschland als Kläger im Civilprozeß auftretenden ungarischen Staatsbürgers 6, 254.
- Sicherstellung elterlichen Vermögens der Kinder durch den über-



- lebenden Ehegatten 5, 15.  
 Sicherstellung des Beibringens der Ehefrau 8, 192.  
 Sicherungsmahregeln, Schadensersatz bei Unterlassung 1, 139.  
 Sicherungsübereignung, Umgehung von Gesetzen 9, 6.  
 — von Lebensversicherungs-Ansprüchen 10, 153.  
 Simulation bei einem Liegenschafts Kauf 3, 313.  
 Singen. Es existiert kein gesetzliches Verbot oder eine allgemeine Verordnung, daß das Singen an einem Feiertag, Festtag oder Sonntag auf der Straße eines Orts überhaupt verboten sei 2, 32.  
 Singularsuccessor im Miteigentum 6, 265.  
 Sittlichkeitsverbrechen s. Amtsgerichtsreiber 1, 192.  
 Sondergut, Sondervermögen der Ehefrau, die Veräußerung hinderndes Recht aus § 690 der C.P.O. s. Ehefrau, Errungenschaftsgesellschaft 1, 237, 359.  
 — Der Ehefrau steht eine Klage nach § 690 C.P.O. nur wegen ihres Sonderguts, nicht wegen ihrer Errungenschaftshälfte zu 3, 196.  
 Sonderrechtsnachfolger. Wirkung eines Vergleichs über die Ausübung des Miteigentums gegen S. 6, 265.  
 Sonntag, Gewerbebetrieb 2, 27.  
 — Singen 2, 32.  
 Sozialschulden, nach außen bestehende Haftung beider Ehegatten für S. der landrechtlichen Errungenschafts-Gesellschaft 1, 340.  
 — Vollstreckungsverfahren wegen der Schuldhälfte der Ehefrau 1, 357.  
 — Solidarhaft des Ehemanns 8, 248.  
 — Anfechtbarkeit einer von einer Ehefrau behufs Deckung einer Sozialschuld gemeinschaftlich mit dem Ehemann vorgenommenen Cession durch den Konkursverwalter des Ehemanns 9, 317.  
 Sozinische Kautel 5, 292.  
 Sparkasse. Verpflichtung einer Oberamts Sparkasse zur Ausbezahlung einer Spareinlage ohne Vorlegung des Sparkassenbuchs? 7, 80.  
 Spezieskäufe 5, 368.  
 Spezifikation. Erlischt das Pfandrecht an beweglichen Zubehörenden eines Grundstücks durch deren Verarbeitung? 5, 275.  
 Spiel. Unklagbarkeit der Spielschulden und eines zum Spielen abgegebenen Darlehens 6, 87.  
 Spielkartenstempel. Zur Auslegung des § 10 des R.G. vom 3. Juli 1878 über den S. Auslöschten des Stempels, Stempel bei Spielen mit je zwei Karten von gleicher Beschaffenheit 1, 219.  
 Spolienklage 5, 170, 8, 206.  
 — des Detentors s. Detentor 1, 255.  
 Sportelgesetz. Gesellschafts-Verträge über Errichtung einer Aktiengesellschaft 7, 371.  
 Staat (Fiskus). Forderung auf Rückersah von Studienkosten in Seminarien 4, 121.  
 Staatsanwaltschaft. Welche Stellung hat die St. bei ihrem Beschluß über die Erhebung der öffentlichen Klage? 4, 96.  
 — Wo ist die befristete Beschwerde des Verletzten gegen den die Erhebung der öffentlichen Klage ablehnenden Bescheid der St. einzureichen? 5, 318.  
 — Der St. gestattet das Gesetz (St.P.O. §§ 159, 160) ohne irgend welche Einschränkung, zur Vorbereitung der öffentlichen Klage, bezw. behufs Ermöglichung ihrer Entschliebung darüber, ob eine solche zu erheben sei, Beschuldigte selbst zu vernehmen, und giebt es in diesem von ihr allein geleiteten Verfahren ihrem Ermessen anheim, ob — etwa mit Rücksicht auf die in der Folge zu erlassenden richterlichen Entschei-

- dungen über die Eröffnung der Untersuchung oder auf die Bestimmungen der §§ 253 und 250 der St. P. O. — eine richterliche Vernehmung eines Beschuldigten oder Mitbeschuldigten erforderlich erscheine, sowie ob eine weitere Vernehmung des Beschuldigten dem Geiste des Gesetzes nicht widerspreche. Somit kann eine von der St. im vorbereitenden Verfahren bei einem Amtsgericht beantragte Vorführung oder Zulieferung eines verhafteten und im Gefängnis desselben verwahrten Beschuldigten behufs dessen Vernehmung um dieses Zwecks wilen nicht als eine gesetzlich unzulässige Handlung gelten 2, 43. Vergl. 3, 131.
- Staatsanwaltschaft. Vollmacht des Verletzten bei einer Beschwerde nach St. P. O. § 170 Abs. 1 f. Beschwerde 2, 45. 46.
- Die Bestimmung des § 338 Abs. 2 der St. P. O., nach welcher die St. von den Rechtsmitteln auch zu Gunsten des Beschuldigten Gebrauch machen kann, ist nicht auszudehnen auf eine Verfügung, welche das Strafverfahren als solches nicht betrifft, wie § 17 der Gebührenordnung für Zeugen zc. 1, 323.
- Staatsfinanzverwaltung. Gerichtsstand bei Klagen aus § 1 des Haftpflichtgesetzes f. Eisenbahnen 1, 12.
- Staffelweg. Verpflichtung einer Stadtgemeinde, einen öffentlichen St. derart zu verwahren, daß das Abstürzen kleiner Kinder verhindert wird 10, 184.
- Statutarische Nutznießung an Liegenschaften, Gerichtsstand der Klage auf Anerkennung 6, 199.
- Voraussetzungen der Verwirfung 6, 199.
- Statutenkollision. 1. Nach welchem Recht richtet sich die Vererbung eines in Württemberg verstorbenen Nichtwürttemberger? 2. Welches Gesetz ist nach württbg. Recht bei Statutenkollision in Betreff des ehelichen Güterrechts und des ehelichen Erbrechts anzuwenden? 8, 145.
- Steinbruch, Pacht, Eigentumserwerb an ausgebrochenen Steinen 6, 77.
- Stellvertreter, Eigentumserwerb durch St. f. Eigentumserwerb 1, 166.
- eines Jagdpächters, rechtliche Stellung 6, 285.
- Vertragsabschluß bei Liegenschaftsveräußerungen 7, 1.
- Steuerdefraudation f. Steuergesährdung.
- Steuergesährdung. Auf Grund des Art. 11, letzter Absatz des württ. Ges. vom 19. Sept. 1852, betr. die Steuer vom Kapital, Renten-, Dienst- und Berufseinkommen, kann ein Strafverfahren gegen die Hinterlassenschaft nicht stattfinden 2, 52. 111.
- Steuernachholung nach dem Tode des Defraudanten 2, 121 VII.
- Steuer- und Zollgesetze. Der Antrag auf gerichtliche Entscheidung gegen einen im Strafverfahren der Verwaltungsbehörden wegen Zuwiderhandlungen gegen die St. erlassenen Strafbescheid ist nach St. P. O. § 459 Abs. 2 bei der denselben bekannt machenden Behörde zu stellen. Wenn das K. Steuerkollegium den Strafbescheid erlassen und das K. Kameralamt denselben bekannt gemacht hat, kann nicht bei dem Schultheißenamte der Antrag eingebracht werden 2, 157.
- Form der Eröffnung der Strafbescheide bei Zuwiderhandlungen 5, 322.
- Stiefel als gefährliches Werkzeug im Sinne des § 223a des St. G. B. 1, 71.
- Stiftung. Successives Vermächtnis oder St.? 6, 353.
- Streit zwischen Kirchengemeinde und bürgerlicher Ge-

- meinde über Ausfolgung einer St. 9, 212.
- Stiftungsrat, Vertretung der Kirchengemeinde 5, 52.
- Strafantrag in Privatklagesachen s. Privatklageverfahren 1, 184.
- Neue Beweiserhebungen über die rechtzeitige Stellung in der Revisionsinstanz s. Beweiserhebungen und Revisionsinstanz 1, 310.
- Strafbefehl, amtsrichterlicher 5, 123; amtsr. St. gegen Personen unter 18 Jahren statthast 1, 200.
- Unzulässigkeit öffentlicher Zustellung 1, 209.
- Strafbescheide der Steuerbehörden gegen Hinterlassenschaften 2, 115. IV.
- Bekanntmachung der Str. der Verwaltungsbehörden in dem Verfahren wegen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Erhebungen öffentlicher Abgaben und Gefälle 4, 224.
- Form der Eröffnung bei Zuwiderhandlungen gegen die Zoll- und Steuergesetze 5, 322.
- Strafverfahren. Vernehmung des Beschuldigten durch den Staatsanwalt 2, 43. 3, 131.
- Strafverfügung 5, 123.
- Eine polizeiliche Str. muß bekannt gemacht sein, um die Verjährung zu unterbrechen 4, 69.
- Strafvollstreckung § 160 Satz 1 des Ger. Verf. Gesetzes auf Beschwerden wegen Verweigerung der Rechtshilfe in Beziehung auf Akte der Str. nicht anwendbar 1, 322.
- Straßenbahn. Ersatzpflicht einer obrigkeitlich genehmigten Str.-Unternehmung für den durch Hängenbleiben der Pferde in der Schienenlage auf öffentlichen Straßen bewirkten Schaden? 8, 41.
- Straßenkosten. Maß der Verpflichtung zur Leistung der St.-Beiträge 8, 355.
- Streit über die Verpflichtung zur Leistung eines St.-Beitrags. Aufrechnung einer Gegenforderung (C.P.O. § 274) 8, 364.
- Streitgenossen. Verhandlungsgebühr des Anwalts, wenn St. belangt werden 5, 42.
- Streitverfändung bei Gewährleistungsklagen 4, 281.
- Voraussetzungen einer gültigen St. 7, 5.
- Streitwert, wenn nur über die Fälligkeit der eingeklagten Forderung gestritten wird 3, 157. 6, 356.
- nach dem Kurzwert eines Wertpapiers festzusetzen 3, 138.
- bei einem Pfandrechte als Gegenstand des Streits (C.P.O. § 6) 3, 138.
- Berechnung des St., wenn Streitgegenstand die Teilung eines den Parteien gemeinschaftlichen Grundstücks ist? 9, 356.
- Studienkosten in Seminarien u. Verjährung der Forderung auf Rückzahlung 4, 121.
- Stuttgarter Ortsbauetatut (§§ 42, 44 und 67 Abs. 1) 8, 393.
- Subhastationsverfahren 6, 251.
- Substitutio exemplaris 5, 3.
- Substitution, Fideikommissarische, 5, 297.
- Substitutions- Bevollmächtigter. Kann durch den Parteivollen ein S. zum eigentlichen Prozeßbevollmächtigten im Sinne der §§ 77, 162 der C.P.O. werden? 3, 355.
- Sühneverfuch in Zivilsachen. Der zum Prozeßbevollmächtigten bestellte Rechtsanwalt kann die Gebühr des § 37 der Rechtsanwaltsgebührenordnung für die Mitwirkung bei einem Sühneverfuch nicht in Anspruch nehmen. 2, 143.
- in Privatklagesachen s. Privatklageverfahren 1, 184. 3, 88.
- Die Vornahme eines S. ist lediglich eine prozessuale Voraussetzung der Privatklage wegen Beleidigung, ihr Mangel ist nicht ein die Verurteilung eines Angeklagten ausschließender Mangel eines rechtzeitigen Antrags auf Strafver-

- folgung 2, 13, 15, 19.  
 Sühneverfuch. In § 420 Abf. 2  
 der St. V. O. kommt d. bürger-  
 liche Wohnsitz nicht in Betracht  
 2, 16.  
 — Unzulässigkeit der Nachho-  
 lung des S. 2, 73.  
 Syndikatsklage gegen einen Notar,  
 der bei Leitung einer Teilungs-  
 verhandlung einen Beteiligten  
 über das ihm kraft Befehdung  
 zustehende Erbrecht nicht belehrt  
 hat 10, 70.

## T.

- Täuschung über den Mietvertrag  
 eines Hauses beim Verkauf des-  
 selben 6, 69.  
 Taggelder. Berechnung der T. des  
 § 78 der Rechtsanwaltsgebühren-  
 ordnung 9, 358.  
 Tausch. Verjährung von Forde-  
 rungen aus T. 7, 121.  
 — Zum Begriff des Tausches 10,  
 275.  
 Teilbarkeit von Gütern, die nur  
 in Wagenladungen u. dgl. ge-  
 liefert werden? 9, 302.  
 Teilgemeinden, Gemeinde-Umla-  
 gen 9, 380.  
 Teilhaber eines Jagdpächters,  
 rechtliche Stellung 6, 285.  
 Teilung (Ertheilung). Anfechtung  
 einer anerkannten T. wegen an-  
 geblicher Irreführung durch den  
 die T. leitenden Notar? 10, 69.  
 — eines Hauses 4, 35.  
 — von Klagen 4, 238.  
 — Rechtswohlthat der T. 5, 393.  
 — T. unter einigen der Teilhaber  
 6, 269.  
 — Berechnung des Streitwertes,  
 wenn Streitgegenstand die T.  
 eines den Parteien gemeinschaft-  
 lich gehörigen Grundstücks ist?  
 9, 356.  
 Teilungsbehörde. Verfahren bei  
 Auseinandersetzung erbloser  
 überschuldeter Verlassenschaften  
 1, 93.  
 — Wem ist von der T. die Er-  
 hebung der Klage aufzugeben,  
 dem Testaments- oder Intestat-  
 erben? 5, 46.  
 Teilungsklage (actio communi  
 dividando) in Beziehung auf  
 gemeinschaftliche Liegenschaft 4,  
 37.  
 Terminbestimmung. Hat Unbe-  
 raumung eines Termins zur  
 Fortsetzung der mündlichen Ver-  
 handlung von Amtswegen statt-  
 zufinden, wenn in einer zur Ver-  
 gleichsverhandlung vor dem  
 Berichterstatter verwiesenen  
 Rechtsache ein Vergleich nicht  
 zu Stande gekommen ist? 9, 327.  
 Testament, 5, 7.  
 — Erfordernisse eines gemeinrecht-  
 lichen mündlichen Privat-T.  
 Willenserklärung des Testators  
 durch Beantwortung an ihn ge-  
 richteter Fragen. Nachweis der  
 Vollständigkeit der Willenser-  
 klärung 10, 57.  
 — Auslegung, Erbeinsetzung unter  
 einer Bedingung, welche nicht in  
 der Absicht des Testators lag,  
 f. Bedingung 1, 7.  
 — Auslegung eines T. bezüglich  
 des Ausdrucks „nächste Ver-  
 wandte“ 4, 192.  
 — Sind unter „sämtlichen Enkeln“  
 (oder Kindern) auch die nachge-  
 borenen mitbegriffen? 10, 310.  
 — Anerkennung eines T. 3, 301.  
 — Anerkennung eines nichtigen T.  
 3, 296.  
 — Form 5, 130 f. Testaments-  
 form.  
 — Aufhebung des T. durch Errich-  
 tung eines Erbvertrags, durch  
 ein späteres T., durch ausdrück-  
 lichen u. stillschweigenden Wider-  
 ruf 3, 301.  
 Testamentserben. Wem ist von  
 der Teilungsbehörde die Erhe-  
 bung der Klage aufzugeben, dem  
 Testaments- oder Intestaterben?  
 5, 46.  
 Testamentserrichtung. Einheit der  
 Handlung 4, 184.  
 Testamentsform 5, 130.  
 — sechste 1, 276.  
 — siebente, nicht erforderlich die  
 verschlossene Uebergabe des Te-  
 staments an die Zeugen 1, 273.

Thätlichkeit f. Beleidigung 2, 15.  
Thatsachen. Zum Begriff der Th.  
im Sinne des § 410 der C.P.O.  
6, 332.

Tierquälerei 4, 323.

Titel, unberechtigte Führung f.  
Wundärzte, Zahnärzte 2, 64.

Tötung, Entschädigung der Hin-  
terbliebenen 3, 345.

Toleramus 2, 273. 4, 80.

— Voraussetzungen 2, 275.

Tradition bei Warensendungen  
von auswärts begründet das  
Eigentum des Käufers nur im  
Fall der Empfangnahme mit  
der Absicht des Eigentums-  
erwerbs 1, 18.

— L. von Liegenschaften 8, 265.

Transportvertrag 5, 148.

Trebellianische Quart 5, 292. 8,  
138.

Trennung, zeitliche, der Ehegatten  
(Toleramus) 4, 80. 2, 265. 273.  
275. 276.

Treppe, unbefeuertete. Eigene  
Verschulden bei einer durch einen  
Fall auf einer u. L. erlittenen  
Körperverschädigung 8, 48.

Trottoirs. Verpflichtung zur Her-  
stellung u. Unterhaltung 7, 230.

## II.

Uebergabe von Liegenschaften 8,  
265.

Ueberschuldung erbloser Verlas-  
senschaften 1, 93.

Uebertragung der Ansprüche aus  
einer Dienstmieth und der Klage  
auf Erfüllung eines Dienstmieths-  
vertrags gegen den Vermieter  
4, 288.

— einer Wechselforderung 9, 73.

Uebertretung des Zmpfgesetzes f.  
Zmpfgesetz 1, 62.

Uebertretungen. Kann die Poli-  
zeibehörde im Falle realer Kon-  
kurrenz mehrerer Uebertretun-  
gen eine Strafe von mehr als  
14 Tagen Haft verfügen? 5, 121.

— Erfordert Art. 82 Ziff. 5 des  
Pol.Str.Ges. vom 27. Dez. 1871  
ein wissenschaftliches Zuwider-  
handeln? 10, 353.

Ueberwiesenes Anteilsrecht des  
Schuldners an einer ungetheilten  
Erbmasse. Anspruch des Gläu-  
bigers auf Nachholung der Even-  
tualtheilung f. Eventualtheilung  
1, 305.

Uhsand, Ludwig, Advolaten-Exa-  
men 8, 108.

Umlagen, kirchliche, Beitrags-  
pflichtigkeit 7, 187.

„Umstände“, „Form“ im Sinne  
des § 193 bei Beleidigungen 1,  
189.

Unbewegliche Sachen, bewegliche  
Pertinenzen, Pfändung 5, 171.

Unbewegliches Vermögen. Ver-  
pfändung beweglicher Zugehö-  
rungen f. bewegliche Sachen 1,  
280.

— Antrag eines Pfandgläubigers  
auf Zwangsvollstreckung in das  
ihm verpfändete u. V. f. Früchte  
1, 286.

— Sachen und Rechte, die in An-  
sehung der Zwangsvollstreckung  
zum u. V. gehören 9, 333.

Uneheliche Kinder. Erbrecht des  
unehelichen Vaters an dem un-  
ehelichen Kinde 4, 176.

— Vergleich zwischen den unehel-  
lichen Eltern über die Ansprüche  
des Kindes? 9, 33.

— Anfechtung eines solchen Ver-  
gleichs wegen mangelnder Vor-  
aussetzung oder Anerkennung  
einer Nichtschuld? 9, 33.

Unehelicher Weichlaf. Anspruch  
auf Ausstattung aus u. V. 3,  
194.

Unfallversicherung. Unter welchen  
Voraussetzungen kann der dritte,  
der für einen unter das württ.  
Zürforgeges. vom 23. Mai 1890  
fallenden Unfall aufzukommen  
hat, gegenüber dem Erfahan-  
spruch des Staats aus Art. 10  
Abs. 2 dieses Gesetzes sich auf  
einen mit dem Verletzten oder  
dessen Erben geschlossenen Ver-  
gleich berufen? 6, 308.

— Begriff des Unfalls, angebli-  
che unwahre Angaben und ei-  
genes Verschulden d. Versiche-  
ten 8, 167.

- Unfallversicherung. Zulässigkeit der Schadenserfahrlage eines Fabrikarbeiters gegen den Fabrikanten wegen von letzterem verschuldeter Verschämung der Anmeldung eines Anspruchs des Arbeiters gegen die Berufsgenossenschaft 9, 163.
- Unfallversicherungs-Gesellschaft, Auslegung von Versicherungsbedingungen 8, 61.
- Was ist unter „offenbarer Trunkenheit“ zu verstehen? Beweislast 8, 158.
- Unfug, beschimpfender, in der Kirche oder grober 3, 93.
- Ungarn. Zu Abs. 2 Ziff. 1 § 102 A. G. B. O. Ist ein als Kläger im Civilprozeß auftretender ungarischer Staatsbürger cautionspflichtig? 7, 254.
- Ungehorsamsverfahren 1, 211.
- gegen jugendliche Personen f. jugendliche Personen 1, 201. 204. 205.
- Ungiltigkeitsklage wegen mangelnder Jungfräulichkeit der Ehefrau f. Eheungiltigkeitsklage 2, 6.
- Universal = Vermächtnisnehmer. Steht dem U. ein gesetzlicher Pfandrechtstitel zu? 6, 151.
- Unfittliche Handlungen als Scheidungsgründe 2, 317.
- Unfittliche Zwecke. Verträge mit u. 3, 3, 220.
- Ein auf einen unfittlichen Zweck gerichtetes Rechtsgeschäft ist nichtig, sofern dieser Zweck auch dem Vortragsgegner bekannt war 3, 220.
- Unfittliches Geschäft. Ist die Verabredung zur Umgehung ausländischer Zollgesetze ein u. G.? 5, 311.
- Unfittliches Verhalten des Ehegatten als Grund zur Gestattung des Getrenntlebens 2, 265.
- Unfittlichkeit. Richtigkeit eines Vertrags wegen U., durch den der Einsender eines beleidigenden Zeitungsartikels dem Redakteur Tragung aller Unkosten einschließlich einer etwaigen Geldstrafe zugesagt hat? 10, 162.
- Unterhalt, Erfableistung f. Alimente 1, 35.
- Unterspand. Anspruch auf die Früchte einer Mehreren verpfändeten Sache f. Früchte 1, 168.
- für Zinsen im Kontokorrentverkehr f. Kontokorrentverkehr 3, 1.
- Verhältnis der Bürgschaftsübernahme für eine Forderung zu einem für diese bestellten U. 3, 256.
- Bewegliche Pertinenzen einer unbeweglichen Sache 5, 171. 253.
- Kann der Pfandgläubiger im Falle der freiwilligen Veräußerung des U. sofortige Befriedigung einer betagten Pfandforderung verlangen, oder muß sich derselbe damit begnügen, daß das Unterspandsrecht von dem neuen Erwerber in dem seitherigen Umfang übernommen wird? 6, 43.
- Bezahlung eines Liegenschaftskaufschillings durch Tilgung einer nicht fälligen Pfandschuld des Verkäufers? 10, 302.
- Unterspandsbehörde. Haftung, Verantwortlichkeit, Regreßklage wegen unrichtigen Anschlags der Unterspänder f. Regreßklage 1, 149. 4, 44. 7, 5.
- Haftung für ein von ihr ausgestelltes Zeugnis, Betrag des Schadens 3, 17. 30. 6, 277.
- Kausalzusammenhang zwischen Verschuldung und Schaden 6, 277.
- Irreleitung der U. durch den Hilfsbeamten 3, 22.
- Eürede der Teilung bei Schadenserfahrlagen 5, 345.
- Ruß unter Umständen vor Erhebung der Schadenserfahrlage gegen die U. der dritte Besitzer des verpfändeten Grundstücks belangt werden? Ist dieser Erwerber gegen die Klage des Unterspandgläubigers durch Art. 15 des Pfandentwicklungsgesetzes geschützt, wenn eine unstatthafte Löschung des Unterspands stattgefunden hat? Steht

- dem Pfandaläubiger, den die verklagten Mitglieder der U. an den dritten Käufer des Unterpfands verweisen, die Replik der Replik zu? 6, 153.
- Unterpfandsbestellung an beweglichen Sachen als Zubehörungen von Immobilien s. bewegliche Sachen 1, 280.
- an Waren mit den Fabrikgebäuden s. Fabrikgebäude 1, 22, 136.
- Unterpfandsrecht. Pfandlage des würtib. U. und ihr Verhältnis zu § 710 der C.P.O. 3, 338.
- Uebergang des ganzen Pfandrechts auf den Cessionar als Folge der Cession eines Theils einer unterpfändlich verpfändeten Zielerforderung 7, 5.
- Regreßanspruch eines beim Verkauf des Unterpfands verkürzten Unterpfandaläubigers gegen den zu Unrecht vor ihm befriedigten Nachpfandgläubiger 10, 281.
- Unterstützungs-Verein 6, 319.
- Unterstützungswohnstätt, Landarme 1, 80.
- Auf den Landarmenverband, der einem Crisarmenverbande die Rollen der vorläufigen Unterstützung erstattet hat, geht dessen Anspruch gegen den endgültig verpflichteten Armenverband über 8, 350.
- Unterstützungswohnstätt. Klage gegen den Crisarmenverband auf Restitutions des Nichtbestehens der Verbindlichkeit des von dem letzteren auf Ersatz der von ihm nach Maßgabe des U. geleisteten Unterstützung in Anspruch genommenen Tritten zur Unterhaltung des Unterstützten 4, 7.
- Beschränkte Rückwirkung der Novelle vom 12. März 1844 zum U. 7, 340, 8, 544, 9, 100, 376.
- Rückwirkung der Novelle in Bezug auf die Armenmündigkeit eines Landarmen 7, 216.
- Zu § 29 des U. 9, 340.
- Unterstützungswohnstätt. Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte zur Entscheidung über einen Anspruch auf Erfüllung einer im Rahmen des U. erteilten Zusicherung d. Prozeßkostenersatzes 9, 370.
- Zu § 33 des U. und Art. 27 des Ausf. Ges. vom 17. April 1873 zu demselben und zu dem deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrage vom 31. Mai 1860 10, 110.
- Untersuchung von auswärts übersendeter Waren 1, 19.
- Untersuchungsbeamte, St.G.B. § 174, s. Amtsgerichtsschreiber, Beamte 1, 193.
- Untersuchungshaft weitere Verschwerbe 4, 311.
- Unordentliche Verjährung 3, 212.
- Urheberrecht, Nachdruck 4, 196.
- an einem Kunstwerk 8, 173.
- Urkundenprozeß. Müssen im U., die dem Beklagten mit der Klageschrift angehefteten Abschriften von Urkunden beglaubigt sein? Folgen der Unterlegung der Beglaubigung? 9, 188.
- Urschriften, Schreibgebühren 4, 10.
- Urteil, contradictorisches, in Berufungssachen 5, 267.
- Umfang der Rechtskraftwirkung 9, 55.

## E.

- Eäterliche Gewalt. Strafverfolgungsantrag des Vaters wegen Beleidigung des Hausvaters 2, 35.
- Eäterlichkeit. Klage wegen außerehelicher Z. s. Paternitätsklage 1, 328.
- Ansprüche aus unehelicher Z. 7, 105.
- Belocipedfahrer s. Radfahrer, Radfahrergebühr.
- Verbindung mehrerer Erben im Testament unter einer Ziffer 10, 63.
- Verbotsgesehene Umgebung 10, 275.
- Verein. Auflösung oder bloße Aenderung des Statuts? Anwie-

- fern ist eine Veränderung des Statuts in Betreff der Bedingungen der Angehörigkeit zu einem (Unterstützungs-) Verein mit Wirkung für die derzeitigen Mitglieder zulässig? 6, 319.
- Verein. Voraussetzungen der Parteifähigkeit 9, 173.
- Vergleich. Wiedereinsetzung wegen Minderjährigkeit 4, 182.
- Zulässigkeit des Rechtswegs für eine Klage, die sich auf einen V. stützt, für ein dem öffentlichen Recht angehöriges Rechtsverhältnis regelt? 10, 81.
- Liegt ein gerichtlicher Vergleich vor, wenn dessen Widerruf nachträglich widerrufen wird? 10, 345.
- Vergleichsgebühr. Berechnung, wenn der Vergleich über einen nur teilweise bei Gericht anhängigen Anspruch geschlossen worden ist? 8, 217.
- Vergleichstermin. Wenn in einer zur Vergleichsverhandlung vor dem Berichterstatter verwiesenen Rechtsache ein Vergleich nicht zu Stand gekommen ist, so hat Anberaumung eines Termins zur Fortsetzung der mündlichen Verhandlung von Amtswegen stattzufinden 9, 327.
- Verhaftung. Voraussetzungen für die Zulässigkeit weiterer Beschwerde 4, 311.
- Verhandlung. Begriff der V. im Sinne der §§ 298, 488, 504 der C.P.O. 5, 207.
- Verhandlungsgebühr 5, 41, 6, 99.
- des Anwalts, wenn Streitgegenstand belanget werden 5, 42.
- Berechnung der V., wenn über einen Teil des Streitgegenstands kontrahitorisch und über einen Teil nicht kontrahitorisch verhandelt wird 6, 101.
- nach § 18 Nr. 2 der Gebührenordnung für Rechtsanwälte 9, 352.
- Verjährung, unvorbeutliche 3, 212.
- Die V. wird durch Ausübung eines Retentionsrechts nicht unterbrochen 3, 254.
- Verjährung. Unterbrechung der V. durch Anerkennung 4, 218.
- der Forderungen des Staats auf Rückerlag von Studienkosten in Seminarien 4, 121.
- Beginn des Laufs der V. einer im Konkursverfahren festgestellten Forderung nach Maßgabe des Gesetzes vom 6. Mai 1852 4, 218.
- Sind in Art. 1 Abs. 1 des württ. Verjährungsgesetzes v. 6. Mai 1852 unter „Forderungen für Waren“ auch Forderungen aus Tausch begriffen? 7, 121.
- Zur Auslegung des Art. 1 Z. 9 des Ges. v. 6. Mai 1852 10, 294.
- strafbarer Handlungen, Unterbrechung durch Strafverfügung 4, 69.
- Wird die Verjährung der Strafverfolgung durch Erlassung einer polizeilichen Strafverfügung oder erst durch deren Bekanntmachung an den Beschuldigten unterbrochen? 10, 353.
- Verkauf eines Geschäfts mit der Kundschaft 4, 57.
- Bedingung des Verbots des Betreibens eines Geschäfts innerhalb eines bestimmten Kreises 4, 148.
- Verkehrswert einer industriellen Anlage 7, 129.
- Verköstigung von Arbeitern, Auslegung eines Vertrags 5, 139.
- Verladungsdokumente. Bedeutung der Einrede, daß der Käufer die V. nicht rechtzeitig erhalten habe 7, 33.
- Verlassenschaften. Behandlung erbloser überschuldeter V. 1, 93.
- Verlassung, bössliche 5, 9.
- Die Scheidung wegen b. V. setzt eine schuldhafte V. voraus 2, 298.
- Voraussetzungen der Scheidungsklage wegen b. V. 2, 299, 301.
- V. V. ist auch dann vorhanden, wenn sich der Desertor aus einer rechtmäßigen Ursache, namentlich mit Zustimmung seines



- Ehegatten an einen unbekanntem oder doch dem Gerichte nicht erreichbaren Ort begeben hat, aber nach Wegfall dieser Berechtigung, insbesondere nach dem Aufhören dieser Einwilligung sich entfernt hält 2, 303.
- Verlassung. Wenn die thatsächlichen Voraussetzungen der b. V. vorhanden sind, so wird durch den Ehebruch des klagenden Teils dessen Klagrecht nicht ausgeschlossen 2, 304.
- b. V. seitens einer von ihrem Ehemann mit dessen Einverständnis getrennt lebenden Ehefrau 6, 28.
- Verlöbniß, Eingehung 4, 159.
- Verlöbnißbruch, Schadensersatz 5, 160.
- Erfüllungsort für Entschädigungsansprüche wegen V. 6, 36.
- Kann gegen eine Klage auf Schadensersatz wegen V. ein Grund des Rücktritts geltend gemacht werden, der dem Beklagten bei Aufhebung der Verlobung noch nicht bekannt war? 7, 2.
- Kompensation beiderseitiger Untreue der Verlobten? 7, 22.
- Begründung der Klage auf Schadensersatz wegen V. Leugnung von Klagebehauptungen oder Einrede? 10, 206.
- Vermächtnis oder Erbeinsetzung? 4, 187.
- Successives V. oder Stiftung? 6, 353.
- Vermächtnisse in einem gemeinschaftlichen Testamente von Ehegatten s. Legate 1, 10.
- Vermächtnisvertrag oder unverbindliche Versicherungen? 6, 52.
- Vermögensbeschlagnahme s. Beschlagnahme 1, 57.
- nach § 325 der St.P.O. 9, 104.
- Vermögensverhältnisse, unrichtige amtliche Beurkundung 4, 283.
- Vermögenszeugniß. Regreßklage wegen unrichtiger Ausstellung eines V. 3, 80.
- Vernehmung des Beschuldigten durch den Staatsanwalt siehe Staatsanwaltschaft 3, 131.
- Verpändung von Warenvorräten mit dem Fabrikgebäude s. Fabrikgebäude 1, 22, 159.
- Verpflichtungsscheine, kaufmännischer oderAVIS 6, 17.
- Verfümmisurteil gegen den Beklagten kann auf Antrag für vorläufig vollstreckbar erklärt werden, auch wenn dieser Antrag weder in der Klagschrift noch in einem Nachtrag zu derselben enthalten war 2, 102.
- Verfümmisverfahren in der Berufungsinstanz 5, 207.
- „Verhandt prompt“ (vor Schluß der Rheinschiffahrt), Bedeutung der Klausel 6, 62.
- Verschollene, Erbschaftsanfall an V. 5, 80.
- Behandlung von anfallenden Erbschaften 5, 80.
- Verschwender, Pflicht zur Erstattung der Kosten im Entmündigungsverfahren 1, 43.
- Versendung 10, 69.
- Syndikatsklage gegen einen Notar, der bei Leitung einer Teilungsverhandlung einen Beteiligten über das ihm kraft V. zustehende Erbrecht nicht belehrt hat 10, 70.
- Versicherungsbedingungen. Auslegung 8, 61.
- Was ist unter „offenbarer Trunkenheit“ zu verstehen? Beweislast 8, 158.
- Versicherungsrecht. Eintrittsrecht des Versicherers in die Rechte des Versicherten gegen den ersatzpflichtigen Dritten 6, 314.
- Versicherungsvertrag. Gültigkeit der Vertragsbedingungen, nach welchen mündliche, den Agenten oder Beamten der Gesellschaft gemachte Angaben als nicht gemacht gelten sollen, und die Unrichtigkeit bezw. Unvollständigkeit der Angaben des Versicherten den Vertrag ungültig machen soll ohne Rücksicht darauf, ob seitens des Versicherten ein Irrtum, Fahrlässigkeit oder böse Absicht vorliegt? 7, 28.

- Versteigerung. Pactum de non licitando 8, 142.
- auf Grund des Art. 343 H.G.B. oder bahnamtlicher Verkauf? 10, 181.
- Verfuch des Ehebruchs als Scheidungsgrund 2, 315, 317.
- Verteidiger, Verteidigung. Verteidigung im Vorverfahren. Eine V. i. V. enthält der nach Einreichung der Anklageschrift vom Verteidiger gestellte Antrag, einen Angeschuldigten außer Verfolgung zu setzen, und die gleichzeitige Erklärung, bezüglich der übrigen Angeschuldigten eines Antrags sich zu enthalten. Diese Thätigkeit rechtfertigt daher die Gebühr der §§ 67 und 72 der R.A.G.O. 1, 55, 3, 83, 84.
- Diese Gebühr wird nicht begründet durch die Einsicht der Akten vor Eröffnung des Hauptverfahrens, Fertigung von Abschriften aus denselben und Einziehung der Instruktion von den Angeschuldigten, wenn hierauf keine Anträge, Gesuche oder Erklärungen erfolgt sind 1, 199.
- Wenn ein Verteidiger schon gewählt ist und die Wahl angenommen hat, so ist die Bitte um Bestellung eines Verteidigers unstatthaft 2, 11, 13.
- In den Fällen des § 140 der St.P.O. hat der Vorsitzende des Gerichts die Voraussetzungen für Bestellung eines Verteidigers zu prüfen 2, 13.
- Die Kosten der Reise eines bestellten Verteidigers zu d. verhafteten Beschuldigten behufs einer Befragung werden von der Staatskasse nicht ersetzt 2, 163.
- Verträge. V. mit unsittlichen Zwecken 3, 220.
- in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten, Zuständigkeit 7, 112.
- Welches örtliche Recht ist für Beurteilung der Wirkungen eines Vertrags maßgebend? 7, 33.
- Ausschluß der Anfechtung eines V., wenn der Anfechtende während des Prozesses fortfährt, die ihm durch den V. eingeräumten Rechte auszuüben? 9, 276.
- Vertrags-Antrag. Wie lange bleibt der Bietende durch einen V.-A. gebunden? 4, 52.
- Vertragsbestätigung. Richtigkeit einer gemeinderätlichen V., bei der ein als Kontrahent beteiligtes Gemeinderatsmitglied mitgewirkt hat? 9, 278.
- Vertragsgegenstand. Wesentlicher Irrtum über eine Eigenschaft des V., in Anwendung auf eine Guarneriusgeige 10, 33.
- Vertragsstrafe (Konventionalstrafe) 6, 59.
- Verwaltungsbehörde. Steuerstrafverfahren gegen einen Nachlaß 2, 114 III.
- Strafbefehle 4, 224.
- Verwaltungsgerichte. Zuständigkeit bei Streitigkeiten über öffentliche Wege 2, 81.
- Verwaltungsgerichtshof, Entscheidungen 8, 68, 235, 344.
- Verwaltungsparteistreitfachen 2, 90.
- Verwaltungsrecht. Was ist unter unbeschränktem V. zu verstehen? 4, 168.
- Verwaltungsrechtsweg, Zulässigkeit 2, 81, 127, 184.
- Verwandte, nächste V. 4, 192.
- Verweisung des Rechtsstreits vom Amtsgericht an das Landgericht. Erstattung der Kosten des amtsgewöhnlichen Verfahrens 6, 358.
- Verwendungen. Ersatz bei verpfändeter Liegenschaft 3, 58.
- Verwendungsklage 4, 245.
- Verzug des Gläubigers bei alternativer Obligation s. Wahlrecht 1, 124.
- Folgen des V. Purgatio morae. Zu dem Schaden, welcher wegen Nichtlieferung ersetzt verlangt werden kann, gehört auch eine verwirkte Vertragsstrafe (Konventionalstrafe) 3, 260.
- Klage auf Zurücknahme einer Anlage wegen mangelhafter Beschaffenheit derselben und

wegen Verzug 3, 338.  
 Vieh, Häuflerhandel 4, 300.  
 Viehmängel, Gewährleistung 4, 278, 5, 356.  
 — Die Anwendung des Handelsgesetzbuchs auf die Haftung für V. 7, 109.  
 Viehseuchen. Verfehlungen gegen das Reichsgesetz betr. die Abwehr und Unterdrückung von V., vom 23. Juni 1880 4, 297.  
 — Zur Auslegung der §§ 57 und 62 des Reichsges. v. 23. Juni 1880 in der Redaktion vom 1. Mai 1894 (vgl. Art. 2 des württ. Ausf.-Ges. v. 20. März 1881) 9, 307.  
 Vögel. Schutz der V. 9, 21.  
 Volksschulen. Anspruch auf Errichtung und Erhaltung einer besondern konfessionellen Volksschule 7, 183.  
 Volksversammlungen. Zu dem Gesetz vom 2. April 1848, betr. die V. Wegen Auflösung der Versammlung findet Rechtsbeschwerde an den Verwaltungsgerichtshof nicht statt 10, 226.  
 Vollmacht. Der Widerruf der schriftlichen, zur Kenntnis des dritten Kontrahenten gelangten V. kann, so lange der letztere diesen Widerruf nicht erfahren hat, vom Vollmachtgeber nicht geltend gemacht werden 1, 1.  
 — des Verletzten bei einer Beschwerde über den Bescheid der Staatsanwaltschaft siehe Beschwerde 2, 45, 46.  
 — Schreibgebühr 3, 162.  
 — und deren Inhalt 5, 125.  
 — bei dem Refurs und der Rechtsbeschwerde in Verwaltungsrechtssachen 9, 221.  
 Vollmachtgeber. Widerruf der Vollmacht s. Vollmacht.  
 Vollmachtsvertrag oder verdeckter Kaufvertrag ? 9, 269.  
 Vollstreckbarkeit, vorläufige, der Urteile, Antrag 3, 234.  
 — der in Endurteilen enthaltenen Kostenentscheidung 5, 227.  
 Vollstreckungsbefehle. Behändigung der V. des Vorstands des

Gemeindegerechts an d. Schuldner 3, 228.  
 Voraussetzung. Erbeinsetzung auf den Fall des Vorabsterbens des Erblassers notwendige V. 1, 9.  
 Vorführungsbefehl. Die in der St.V.C. enthaltenen Bestimmungen über die Voraussetzungen eines V. gelten nicht für eine Vorführung, die von einer Polizeibehörde zur Ausführung einer von ihr innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnung als Zwangsmittel wider eine gegen diese Anordnung ungehorsame Person verfügt worden ist. Wenn es sich um eine Anordnung des Art. 2 Abs. 1 des Ges. vom 12. Aug. 1879, betr. Aenderungen des Landespolizeitrafgesetzes handelt, so hat der Beamte nach Abs. 2 dieses Artikels die Verfügung, diese Anordnung durch Anwendung gesetzlicher Zwangsmittel zur Ausführung zu bringen und demgemäß die nötigenfalls mit Gewalt durchzuführende Vorführung des in ungehorsamer Weise der Amtsgewalt des Beamten sich entziehenden Beichuldierten anzubefehlen 2, 348.  
 Vorläufsrecht 8, 3.  
 Vorläufige Vollstreckbarkeit. Ist unter „Antrag“ in Art. 3 des § 300 C.V.C. auch der Antrag auf v. V. mitbegriffen ? 3, 233.  
 Vormund. Vermögensrechtliche Verpflichtungen minderjähriger Kinder ohne Zustimmung des V. s. Kinder 1, 154.  
 — Erlass von Auslagen des Geschäftsführers gegen Verbot des Geschäftsherrn 3, 249.  
 — Zuständigkeit für Bestellung eines V. für den Seitenverwandten eines dem ritterschaftlichen Adel angehörigen Rittergutsbesizers 3, 287.  
 — Ungültigkeit der Bestellung im Fall des Mangels der gesetzlichen Voraussetzungen der Anordnung einer Vormundschaft 4, 255.

- Vormund. Haftung für Fahrlässigkeit 5, 20.
- Verschulden 6, 31.
- Haftung im Fall der Verpfändung von Vermögensstücken der Mündel zum Besten ihres Vaters ohne Einholung der erforderlichen amtsgerichtlichen Entscheidung (§§ 117, 118 der Hauptinstruktion). Umfang der Diligenzpflicht des V. 7, 14.
- Haftung im Fall des Verzichts auf ein erstes Pfandrecht gegen Einräumung eines 2. Pfandrechts. Kaufsalsammenhang zwischen Verschulden und Schaden 7, 164.
- Vormundschaftsbehörde. Zuständigkeit zur Beaufsichtigung sog. reiner Familien-Stiftungen 4, 331.
- Rechtswohlthat der Teilung gegenüber einer Klage auf Schadensersatz 5, 333.
- Vorräte von Waren, Verpfändung mit dem Fabrikgebäude f. Fabrikgebäude 1, 22, 159.
- Vorverfahren. Gebühren des Verteidigers f. Verteidigung 1, 55, 199, 3, 83, 84.
- Vorzugsweise Befriedigung nach § 710 der C.P.O. steht den Unterpfandsgläubigern auf den Erlös aus den mit der verpfändeten Hauptsache verpfändeten beweglichen Zubehörungen zu 1, 280, 9, 266.
- Vulgarsubstitution. Wie die ausdrücklich erklärte Pupillarsubstitution, so enthält auch die ausdrücklich erklärte Quasipupillarsubstitution jedenfalls nach württbg. Rechte eine stillschweigend gewollte V. 5, 3.
- W.
- Währschaftsgesetz. Zu Art. 4, Abs. 2 8, 258.
- Waffe im Sinne des § 223 a des St.G.B. ist nicht ein zum Stoßen mit seiner Spitze verwendeter Stiesel 1, 71.
- Wahlrecht des Gläubigers bei alternativer Obligation geht im Fall des Verzugs desselben auf den Schuldner über 1, 124.
- Wandlungsklage 8, 258.
- Vertliche Zuständigkeit 7, 236.
- Waren. Aussonderungsanspruch des Verkäufers an von auswärts überfendeten und an den Käufer abgelieferten Waren 1, 16, 158.
- Unterpfandsbestellung an W. als Zugehörungen der Fabrikgebäude f. Fabrikgebäude 1, 22, 159.
- Warenbeschädigung im Sinne des § 408 des H.G.B. 6, 285.
- Warenbezeichnungen, Warenzeichen. Erlöschen des durch Anmeldung erlangten Rechts bei Aenderung der Firma. W. ausländischer Gewerbetreibender f. Anmeldung, Firma, Markenschutz 1, 133.
- Bei W. muß eine in die Augen fallende Figur einen wesentlichen Bestandteil bilden, und es sind übliche Umrahmungen und Randverzierungen, soweit sie nur als Zubehör einer im übrigen aus Wort und Zahl bestehenden Etikette ins Auge fallen, zur Begründung der Eigenschaft eines gesetzlich zulässigen W. ungeeignet 3, 13.
- Zu § 14 des Reichsges. zum Schutze der Warenbezeichnungen vom 12. Mai 1894 8, 180.
- Warenlager, Warenvorräte. Verpfändung 4, 361.
- Verpfändung mit dem Fabrikgebäude als dessen Zugehörung f. Fabrikgebäude 1, 22, 159, 6, 1.
- Ergreift das Pfandrecht an dem als Zubehörde einer Liegenschaft mitverpfändeten Warenlager auch die von dem dritten Besitzer dieses letzteren hinzu erworbenen Waren? Hat derselbe der Pfandklage gegenüber an diesen Waren nicht wenigstens ein Zurückbehaltungsrecht hinsichtlich des auf ihre Erwerbung von ihm gemachten Aufwands oder ein Wegnahmerecht? 5, 269.

Wasser, öffentliches und Privatgewässer. Zuständigkeit zur Entscheidung der Frage über die rechtliche Natur des betr. Wassers. Gemeinlast, Unordentliche Verjährung. Natur eines Kessels 3, 246.

— Siehe auch Gewässer.

— Streit über Benützung öffentlichen Wassers. Recht der Benützung von Quellen 9, 313, 375.

Wasserlauf, Aenderungen i. Fluss 1, 241.

Wasserreal-Zinsen, nachgeholte Auflage 9, 65.

Wechsel, Accert eines Protokolls i. Accert 1, 163.

— H. Protokoll i. Protokoll 1, 165.

— Durch die Forderung des vom Aussteller auf seinen Schuldner gezogenen W. wird die der W. Ziehung zu Grund liegende civilrechtliche Forderung des Ausstellers gegen seinen Schuldner nicht an den Wechselnehmer abgetreten 3, 6.

— Der Wechselaussteller kann die in der W. Ziehung enthaltene Anweisung zur Erhebung der W. Summe von dem gezogenen vor der Accertierung oder der Bezahlung des W. durch den letzteren gegenüber dem gezogenen, dagegen nicht gegenüber dem Wechselnehmer widerrufen 3, 6.

— Legitimation des Wechselinhabers als Wechselgläubigers, wenn der Aussteller und Indossant seinen Namen auf dem Wechsel erst nach der Unterschrift desselben durch den Indossatar und Vormann des Wechselinhabers gesetzt hat. Absicht dieses Vormanns, sich gegenüber seinem Nachmann wechselseitig zu verpflichten 3, 154.

— Zu Art. 74 der W. O. und zum Begriff großer Jabrlängigkeit 3, 243.

— Haftung des Bürgen im Kontokorrentverhältnis 6, 21.

— Schadenersatzanspruch wegen

Nichtbefolgung des Auftrags, W. zum Accert zu präsentieren 6, 176.

Wechsel, Verjährung 7, 45.

— Uebertragung. Kann die Uebertragung einer Wechselforderung, die im Wege der Indossierung des W. hätte erfolgen sollen, als mittelst Cession erfolgt gelten, wenn die Indossierung aus Versehen unterblieben ist? Zuständigkeit einer Wechsellaufnahme, wenn der besagte Wechselaussteller in Verweigerung einer Klägers beanspruchten Wechselforderung gegen den Accertanten behauptet, sie habe dem Kläger nicht zu, ohne sie aber für sich zu beanspruchen? 9, 76.

Wechselaussteller. Klage gegen den Accertanten. Ist zur Begründung der Klage des W. gegen den Accertanten vorgängige Präsentation des Wechsels zur Zahlung erforderlich? 7, 177.

Wechselblanket 3, 156.

Wechseleinang. Wer mit dem W. Beauftragte haftet für Verschulden in der Wahl des Substituten 2, 399.

Wechselgläubiger, Legitimation 3, 154.

Wechselprotokoll. Gültigkeit des von dem Gehilfen eines auswärtigen Gerichtsnotars im Fall der Verbinderung des letzteren aufgenommenen W. 3, 153.

Wege. Zuständigkeit bei Streitigkeiten über öffentliche W. 2, 51.

— Klage auf Anerkennung und Unterhaltung eines öffentlichen Verbindungsweges für leichten Fahrwerksverlebr 8, 237.

— Verpflichtung einer Stadtkommune, einen öffentlichen Stafelweg derart zu verwahren, daß das Abfürsen keiner Sunde verhindert wird? 10, 154.

Weibliche Freibeiten 3, 130.

— Voraussetzungen und Wirkungen der Anrufung 9, 55.

— Anrufung auch außerhalb Kontokorrentes 1, 253.

- Weibliche Freiheiten. Anfechtung einer Unterpfandsbestellung für das Weibringen einer Ehefrau, die unter Anrufung der w. F. ihr Weibringen, „aber nicht in natura, sondern Sicherstellung“ verlangt hat? 8, 192.
- Umfang der Anfechtung einer Pfändung, die wegen einer von einem Ehemann und seiner Frau je zur Hälfte zu bezahlenden Forderung gegen beide Eheleute in Ertrungenschafts-Vermögen vorgenommen worden ist, seitens des Verwalters im Konkurs des Ehemanns, nach Anrufung der w. F.? 8, 219.
- Weiderecht. Mit-W., Uebertriebsrecht, Zulässigkeit des Rechtswegs 2, 127.
- Weineinlage, unkontrollierte, eines Wirts fällt nicht bloß dann unter Art. 50 des Wirtschaftsabgabengesetzes, wenn sie zum Zweck des Ausschanks erfolgt 1, 66.
- Werkverdingung. Vertrag über die Errichtung einer elektrischen Beleuchtungs-Anlage in einer Fabrik. Kaufvertrag oder W.? Klage auf Zurücknahme der Anlage wegen mangelhafter Beschaffenheit derselben und wegen Verzugs 3, 338.
- oder Kauf? 5, 136.
- Werkzeug, gefährliches, im Sinne des § 223a des St.G.B. ist nicht ein zum Stoßen mit seiner Spitze verwendeter Stiefel 1, 71.
- Wertpapiere 5, 349.
- Widerklage. Der § 33 der C.P.O. setzt den Zusammenhang des widerklagend erhobenen Gegenanspruchs mit einem statthaften Verteidigungsmittel gegen die Klage voraus 3, 188.
- W. auf Scheidung wegen Ehebruchs 2, 287, 289, 292.
- Die Widerklage ist auch noch in der Berufungsinstanz statthaft 2, 262, 292.
- Zwischenurteil im Sinne des § 276 C.P.O. über eine teils im Wege der Aufrechnung, teils in dem der W. geltend gemachte Forderung? 9, 328.
- Widerklage. Zur Frage der Zulässigkeit einer eventuellen W. 9, 343.
- Widerspruch, Widerspruchsklage gegen Zwangsvollstreckung 9, 257. S. auch vorzugsweise Befriedigung, Ehefrau 1, 166, 237, 280, 359, 3, 196.
- Voraussetzungen 10, 86.
- Widerspruchsklage (C.P.O. § 600) auf Grund eines Retentionsrechts an der gepfändeten Sache 2, 329.
- Interventionsklage eines in Ertrungenschaftsgemeinschaft lebenden Ehemanns, der zur Duldung der Zwangsvollstreckung in das Vermögen seiner Ehefrau verurteilt ist, auf Grund seines Miteigentums an einer errungenschaftl. Liegenschaft, in die der Gläubiger die Zwangsvollstreckung beantragt 8, 319.
- Die §§ 690 und 710 der C.P.O. und das Civilrecht 9, 257.
- Widerstand gegen die Staatsgewalt liegt vor, wenn einer Militärpatrouille, die eine mit Militärverbot belegte Wirtschaft beh deren Revision betritt, Widerstand entgegengesetzt wird 1, 197.
- Irrtum bezüglich der Rechtmäßigkeit der Amtshandlung s. Irrtum 1, 313.
- Wenn der Erlaß einer ortspolizeilichen Vorschrift nicht als regelmäßig erfolgt anzusehen ist, dieselbe aber als von einer bei Erlassung von Vorschriften dieser Art innerhalb der allgemeinen Grenzen ihrer Amtsbefugnisse handelnden Behörde ausgehend erscheint, so ist die Vollstreckung derselben als rechtmäßige Amtsausübung des Vollstreckungsbeamten anzusehen 2, 30.
- Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. Zur Auslegung des § 214 Abs. 3 der C.P.O. — Die Nachholung der veräumten Prozeßhandlung kann in den

- Fällen des § 214 Abs. 3 der C.P.O. durch mündlichen Vortrag des zuzustellenden Schriftsazes erfolgen 2, 9.
- Wiedereinsetzung i. d. v. St. gegen einen Vergleich 4, 182.
- gegen Fristverfäumdung des Rebeuklagers 4, 316;
- gegen den Ablauf einer Verjährung, Voraussetzungen 6, 296.
- gegen den Ablauf der Frist zum Erbschaftsantritt? 10, 70.
- gegen Verfäumdung der Frist des § 58 Absatz 1 des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 und des Art. 15 des Ausführungsgesetzes vom 16. Dez. 1888 7, 311.
12. Mai 1893
- Wiederkauf eines Loses, wenn der Erwerber den Gewinn erhoben hat? 9, 144.
- Willenserklärung. Schweigen als W. 6, 212.
- Winkelfolulenten. Substitution der Rechtsanwälte durch W. nicht angemessen 1, 327.
- Wirtschaftsabgaben, unkontrollierte Weineinlage f. Weineinlage 1, 66.
- Wirtschaftsabgabengesetz f. Ordnungstrafen.
- Wirtschaftsberechtigungen, dingliche. Der Art. 19 Abs. 3 des Sportelges. vom 24. Mai 1881 bewirkte ein Ruhen, nicht eine Unterbrechung der Verjährung dinglicher W. 8, 406.
- Wirtschaftsführungsv. Vertrag 9, 150.
- Wirtschaftsgewerbe. Nichtigkeit eines zur Umgehung der Bestimmung des § 33 der Gewerbe-Ordnung geschlossenen "Dienst- und Mietsvertrags"; Folgen dieser Nichtigkeit für Entschädigungsansprüche eines Teils wegen Vertragsbruchs 8, 6.
- Unklagbarkeit von Forderungen für Leistungen, die in Ausführung eines zur Umgehung des § 33 der Gewerbe-Ordnung abgeschlossenen Vertrags erfolgt sind 8, 10.
- Bohnstb, Begriff 6, 199.
- Gerichtsstand der Ehefrau f. Ehefrau 1, 42.
- des Einzelkaufmanns an dem Ort, an welchem er ein Handelsgeschäft betreibt f. Einzelkaufmann 1, 295.
- S. a. Sühneverfuch 2, 16.
- Bollwaren, Verpfändung mit den Fabrikgebäuden f. Fabrikgebäude 1, 22, 159.
- Bucher 4, 97.
- Zulässigkeit der Einrede des W. gegen eine vor dem Inkrafttreten des Reichsgesetzes vom 24. Mai 1880 kontrahierte Schuld. Begründung der Einrede. Eideszuschiebung über einzelne Thatbestandsmerkmale des W. 4, 258.
- Bundärzte, Haftung für Kunstfehler 4, 136.
- zweiter Abteilung sind in Württemberg befugt, sich als Zahnärzte zu bezeichnen 2, 64;
- auch als Impfärzte 2, 69.
- 3.
- Zäune, Herstellung nach Art. 28 der Bauordnung 8, 76.
- Zahlung. Abrechnung einer Z., wenn mehrere Schuldposten vorhanden sind 5, 62.
- Zu eine Schuld getilgt, wenn der Schuldner das Bezahlte als bald vom Gläubiger in der Weise zurückerhält, daß er es wieder schuldet? 10, 167.
- Zahlungseinstellung. Begriff. Sie kann auch durch die Erklärung der Zahlungsunfähigkeit seitens des Schuldners geschehen 3, 171.
- Zahnärzte. Das Ausziehen und Plombieren der Zähne gehört zur Ausübung der Heilkunde 2, 22, 64.
- Zession, Haftung für die Güte der Forderung 1, 264.
- Zeugen, Zeugengebühren. Beschwerte d. Staatsanwaltschaft

- wegen zu niederer Festsetzung der Gebühren s. Staatsanwaltschaft 1, 323.
- Zeugen. Wenn der Zeuge sich bei der Versetzung des Vorsitzenden der Strafkammer nicht beruhigen will, so hat er die Festsetzung der Gebühren durch die Strafkammer zu beantragen u. kann erst gegen deren Beschluß Bescheid erheben 2, 40.
- Zinsen. Die Pflicht des Schuldners, vertragsmäßige Z. zu zahlen, wird durch den Verzug des Gläubigers nicht aufgehoben 3, 252.
- Z. im Kontokorrentverkehr, unterpfändliche Sicherheit 3, 1 s. Kontokorrentverkehr.
- Bedungene Z. im Sinne des Art. 1 Biff. 9 des Gesetzes vom 6. Mai 1852 6, 296.
- Zollgesetze. Ist die Verabredung zur Umgehung ausländischer Z. ein unethisches Geschäft? 5, 311.
- Zoll- u. Steuergesetze. Form der Eröffnung von Strafbescheiden bei Zuwiderhandlungen 5, 322.
- Zubehör, Zubehörden, Zubehörungen, Zugehörungen einer Liegenschaft, Unterpfandsbestellung s. Fabrikgebäude, bewegl. Sachen 1, 22. 159. 280.
- verpfändeter Grundstücke Pfandklage 4, 347.
- Bewegliche Z. einer unbeweglichen Sache 3, 171.
- Unterpfandsrecht an beweglichen Z. einer Liegenschaft 5, 253.
- Kann ein Zubehörverhältnis entstehen oder fort dauern, auch wenn Hauptsache und Hilfsache nicht denselben Eigentümer haben? 5, 253.
- Wird das Zubehörverhältnis beendigt durch tatsächliche Trennung oder durch Wegveräußerung der Zubehörde von der Hauptsache oder dieser von jener 5, 253.
- Ergreift das Pfandrecht an dem als Zubehörde einer Liegenschaft mitverpfändeten Ba-
- renlager auch die von dem dritten Besitzer dieses letzteren hinzuerworbenen Waren? 5, 269.
- Zubehör zc. Hat der dritte Besitzer der Pfandklage gegenüber an diesen Waren nicht wenigstens e. Zurückbehaltungsrecht hinsichtlich des auf ihre Erwerbung von ihm gemachten Aufwands oder ein Wegnahmerecht? 5, 269.
- Erlischt das Pfandrecht an beweglichen Z. eines Grundstücks durch deren Verarbeitung (Spezifikation)? 5, 275.
- Hat der Pfandgläubiger an dem Erlös aus den mitverpfändeten, vom dritten Besitzer des Pfands veräußerten beweglichen Z. ein Pfand- und Absonderungsrecht? 5, 278.
- Zur Frage der Pfändbarkeit der beweglichen, mit einer Immobilie verpfändeten Z. derselben. Ist für den Anspruch des Unterpfandsgläubigers auf vorzugsweise Befriedigung aus dem Erlöse der Z. der Fortbestand des hypothekarischen Pfandrechts an denselben bis zur Klageerhebung erforderlich? 8, 129.
- Verpfändung beweglicher Sachen als Zubehör einer Liegenschaft. Klage des Pfandgläubigers auf vorzugsweise Befriedigung aus dem Erlös; § 710 der C.P.O. 9, 266.
- Zufall. Haftung bei der Miete 6, 186.
- Zug. Garantie für „gut im Zug“ und für „schweren Zug“ 4, 278.
- Zugehörungen s. Zubehör, Zubehörungen.
- Zurückbehaltungsrecht 5, 269.
- des als Armenanwalt bestellten Rechtsanwalts an den Handakten 6, 243.
- Zurückforderung einer irrtümlich erstatteten Armenunterstützung. Voraussetzung ist Entschuldbarkeit des Irrtums. Einrede des Wegfalls der Bereicherung 10, 105.



- Zurücknahme einer mangelhaften Anlage, Klage auf  $\S. 3$ , 338.
- Zuschlagsbescheid bei Zwangsverkauf von Liegenschaft 6, 251.
- Zuständigkeit der Civilgerichte 2, 81.
- bei Einwendungen gegen die Zwangsvollstreckung 1, 267.
  - der Verwaltungsgerichte zur Entscheidung über einen Anspruch aus einer im öffentlichen Interesse erfolgten Geschäftsführung 7, 230.
  - Ist die Zuständigkeit der bürgerlichen Gerichte oder der Militärgerichte begründet, wenn ein dem Beurlaubtenstand angehöriger Landwehrmann nach Ablauf der Wehrzeit, für die er zum Dienst einberufen war, wegen unerlaubter Entfernung (§ 64 Mil.St.-G.B.) strafrechtlich verfolgt werden soll? 9, 208.
- Zustellung der Klage an den von dem geisteskranken Beklagten vor der Erkrankung bestellten Bevollmächtigten? 10, 80.
- eines eine Ordnungsstrafe gegen einen Rechtsanwalt verhängenden Beschlusses an dessen gemäß §§ 29, 25 N.N.D. bestellten Vertreter? 10, 351.
  - durch die Post 5, 116.
  - an einem andern Ort als dem durch die Adresse des Briefs bezeichneten 1, 174.
  - Unzulässigkeit öffentlicher Zustellung amtsrichterlicher Strafbefehle 1, 209.
  - der Klage. Nachträgliche Verbesserung von Mängeln der Klageerhebung 7, 291.
  - Zur Auslegung des § 190 C.P.D. Ist derselbe im Falle des § 4 des Anfechtungsgesetzes vom 21. Juli 1879 anwendbar? 9, 177.
  - Müssen im Urkundenprozeß die dem Beklagten mit der Klageschrift zugestellten Abschriften von Urkunden beglaubigt sein? Folgen der Unterlassung der Beglaubigung 9, 188.
- Zustellung. Beschränkung der in Württemberg für die Fälle des § 39 der St.P.O. und für Fortgeführten geltenden vereinfachten Zustellungsweise auf Zustellungen innerhalb des Landes 4, 116.
- von Strafbescheiden der Verwaltungsbehörden 4, 224.
  - Vereinfachte Zustellungsweise in den Fällen des § 39 der St.P.O. und Ersatz- $\S.$  Zu der Verfügung des K. Justizministeriums vom 11. Mai 1892 5, 111, 117.
- Zu widerhandlungen gegen die Vorschriften über die Erhebungen öffentlicher Abgaben und Gefälle. Bekanntmachung der Strafbescheide 4, 224.
- S. a. Steuergesetze.
- Zwangseinteilung. Zu Art. 1, 2 und 25 des Ges. v. 20. Dez. 1888 über die  $\S.$  von Grundstücken 9, 80.
- Zu Art. 25 und 46 Ziff. 3 des Ges. v. 20. Dez. 1888 9, 95.
  - oder Kauf? 10, 21.
- Zwangverkauf, Zwischenzins 1, 160 f. Zwischenzins.
- Zwangsversteigerung von Liegenschaft 6, 251.
- Zwangsvollstreckung. Verkauf der letzten verfügbaren Sachen an einen der Gläubiger um wertentsprechenden Preis unter Aufrechnung seiner Forderung behufs Abwendung der drohenden  $\S.$  1, 38.
- Widerspruch gegen  $\S.$  f. Widerspruch, Widerspruchsklage.
  - Zuständigkeit b. Einwendungen gegen die  $\S.$  1, 267.
  - $\S.$  in bewegliche Zugehörungen von Immobilien f. bewegliche Sachen 1, 280.
  - Anspruch auf vorzugsweise Befriedigung nach § 710 der C.P.O. 1, 280.
  - Antrag des Pfandgläubigers auf Anordnung der  $\S.$  in das unbewegliche Vermögen f. Früchte 1, 286.

- Zwangsvollstreckung gegen Ehegatten wegen Sozialschulden 1, 237, 357.
- in Ansprüche auf Lebensversicherung 4, 368.
  - in das Recht auf die in einem Leibgebingsvertrag bedungenen Naturalleistungen 9, 328.
  - Dem Schuldner steht eine Einwendung gegen die Art der Z. mittelst Pfändung beweglicher körperlicher Sachen auch dann zu, wenn er nicht Eigentümer derselben ist, sondern solche nur in Gewahrsam hat 2, 125.
  - Nach C.P.D. § 774 muß nicht sofort eine Strafe angehängt werden, sondern es kann eine Frist zur Vornahme der Handlung unter Androhung einer Strafe erteilt werden 3, 282.
  - Kosten der Z. 3, 145.
  - Zuständigkeit zur Entscheidung der Frage, was zu dem der Z. unterliegenden Vermögen des Gemeinschuldners (§ 1 der R.O.) gehört 7, 307.
  - Z., Widerspruch s. Widerspruch.
  - Wann ist die Z. in Forderungen beendigt? 10, 87.
- Zwangsvollstreckung in unbewegliches Vermögen. Wird ein im Zwangsvollstreckungsweg erfolgender Liegenschaftsverlauf nach
- der württ. Subhastationsordnung vom 18. Aug. 1879 perfekt mit der Zeichnung des höchsten Angebots oder mit der Erteilung des Zuschlagsbescheids? Ist für die Anfechtung des Zuschlagsbescheids der Rechtsweg zulässig? Ist die Vollstreckungsbehörde, auch soweit sie ihre Befugnisse überschreitet, noch gesetzliche Vertreterin des Vollstreckungsschuldners? 6, 251.
- Zwangsvollstreckungs-Verfahren. Entscheidungen über den Kostenpunkt, welche im Z. ergehen s. Kosten, Kostenpunkt 1, 29.
- Zweck. Rechtsgeschäft mit unsittlichem Z. 3, 220.
- Zwischenurteil im Sinne des § 276 C.P.D. über eine teils im Wege der Aufrechnung, teils in dem der Widerklage geltend gemachte Forderung? 9, 328.
- Zwischenzins dürfen bei Bezahlung einer noch nicht fälligen, zu niedrigerem als dem gesetzlichen oder landläufigen Zinsfuß verzinlichten Forderung mittelst Zwangsverkaufs der für diese Forderung verpfändeten Liegenschaft außerhalb Konkurses nicht abgezogen werden 1, 160.

## Systematisches Sachregister

zu Band 1—10.

(Die fettgedruckten Zahlen bezeichnen den Band, die kleinen die Seiten.)

### Erster Teil.

#### Civilrecht.

Erstes Buch.

#### Allgemeiner Teil.

Einleitung.

Rechtsquellen.

Verbotsgesetze, Umgehung 10, 275.

Statutenkollision.

Welches örtliche Recht ist für

Beurteilung der Wirkungen eines Vertrags maßgebend? 7, 33.

Erster Abschnitt.

#### Natürliche Personen.

Privatrechtlicher Anspruch auf Ver-  
bietung der Führung eines be-  
stimmten Familiennamens, wel-  
che sich ein Dritter unbefugt  
angemaßt hat, nach gemeinem,  
württ. und Züricher Recht, so-  
wie überhaupt nach den Grund-

sätzen des modernen Rechts.  
Voraussetzung dieses Anspruchs.  
Unerheblichkeit der Beifügung  
des eigenen Familiennamens  
zu dem angemessenen fremden  
Familiennamen 5, 178.

Zweiter Abschnitt.

#### Juristische Personen.

Haftung einer Korporation (uni-  
versitas ordinata oder inordi-  
nata) für deliktisches Verschul-  
den ihrer Vertreter. Einwand  
des eigenen Verschuldens 3, 345.

Gemeinden.

Haftung eines Gemeindebeamten  
für Verschuldung 3, 35.

- Haftung einer Gemeinde für ihre Beamten 5, 66.
- Haftung einer Gemeinde für ein Verschulden ihres Bau-Affordanten. Regreßrecht gegen diesen, konkurrierendes Verschulden? 10, 195.
- Schadensersatzklage einer Gemeinde gegen ihren Schultheißen wegen einer auf Rechtsirrtum beruhenden Anordnung desselben? 10, 201.
- Verpflichtung einer Stadtgemeinde, einen öffentlichen Staffelweg derart zu verwahren, daß das Abstürzen kleiner Kinder verhindert wird? 10, 184.
- Gültigkeit eines in Anwesenheit des Ortsvorstehers gefaßten Gemeinderatsbeschlusses, durch welchen ein Aufwand auf die Gemeindefasse übernommen wird, zu dessen Tragung (vielleicht) der Ortsvorsteher verpflichtet wäre? 10, 135.
- Haftung eines Stadtbaumeisters gegenüber einem Gemeinschafts-Interessenten der Stadt wegen Mängel eines im Auftrag der Stadt gefertigten Plans? 10, 305.
- Haftung einer Gemeinde für den Schaden, den der Gemeindefarren durch Verletzung einer ihm zugeführten Kuh angerichtet hat? 9, 290.
- Vertretung der Kirchengemeindegewossen in Prozessen über Hand- und Spannfrohnen 5, 52.
- Stillschweigender Verzicht einer juristischen Person? 10, 294.

## Dritter Abschnitt.

## Rechtsgeschäfte.

## Geschäftsfähigkeit.

- Handlungsunfähigkeit eines Geisteskranken, Differenzgeschäfte 4, 17.
- Handlungsfähigkeit eines Geisteskranken 5, 49.

§ 33 der Gewerbeordnung abge-  
schlossenen Vertrags erfolgt  
sind? 8, 10.

Cautio indiscreta? 9, 33.

## Willenserklärung.

## Irrtum.

- Begründung der Einwendung, eine Urkunde aus Irrtum unterzeichnet zu haben 1, 257.
- Wesentlicher Irrtum über eine Eigenschaft des Vertragsgegenstands in Anwendung auf eine Guarneriusgeige 10, 33.
- Der 3. über die Quantität im gemeinen Recht und nach dem V.G.B. Abhandlung 10, 371.

## Anfechtung.

Ausschluß der Anfechtung eines Vertrags, wenn der Anfechtende während des Prozesses fortfährt, die ihm durch den Vertrag eingeräumten Rechte auszuüben? 9, 276.

## Vertrag.

## Betrug.

- Zur Bestimmung des Begriffs des Betrugs bei Vertragsabschlüssen 6, 158.
- Unklagbarkeit von Forderungen für Leistungen, die in Ausführung eines zur Umgehung des

Wie lange bleibt der Anbietende durch einen Vertragsantrag gebunden? 4, 52.

Nichtigkeit einer gemeinderätlichen Vertragsbestätigung, bei der ein als Kontrahent beteiligtes Gemeinderatsmitglied mitgewirkt hat? 9, 278.

Die Zuständigkeit bei Verträgen oder Geschäftsführung in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten 7, 112.

## Bedingung.

Die unächtten Bedingungen 7, 105.

## Stellvertretung.

Die Haftung des Falsus procurator 4, 233.

Klagzustellung an den von dem geisteskranken Beklagten vor der Erkrankung bestellten Generalbevollmächtigten? 10, 80.

## Fristen.

Was ist unter einer Frist von acht Tagen zu verstehen? 10, 292.

## Vierter Abschnitt.

## Verjährung.

Sind in Art. 1 Ziff. 1 des württ. Verjährungsgesetzes vom Jahr 1852 unter „Forderungen für Waren“ auch Forderungen aus Tausch begriffen? 7, 121.

Zur Auslegung des Art. 1 Z. 9 des Ges. v. 6. Mai 1852 10, 294.

Was sind „bedungene Zinsen“ im Sinn des Art. 1 Ziff. 9 des Ges. v. 6. Mai 1852? 6, 296.

Unterliegen die Forderungen des Staats (Fiskus) auf Rückersatz für die Zöglinge, Almmunnen:.

der württ. theologischen Konvikte, Seminarien, der Schullehrerfeminarien, der Schullehrerfeminarien aufgewendeten sog. Studienkosten dem württ. Verjährungsgesetze v. 6. Mai 1852? Abhandlung 4, 121.

Die Verjährung wird durch Ausübung eines Retentionsrechts nicht unterbrochen 3, 254.

Voraussetzungen der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen den Ablauf einer Verjährung 6, 296.

## Zweites Buch.

## Recht der Schuldverhältnisse.

## Erster Abschnitt.

## Inhalt der Schuldverhältnisse.

Kann die Verpflichtung zur Eingehung eines Familienverhältnisses Gegenstand einer Obligation sein? 6, 191.

des Wahlrechts. Abhandlung 1, 124.

## Vertragszinsen.

Die Pflicht des Schuldners, vertragsmäßige Zinsen zu zahlen, wird durch d. Verzug des Gläubigers nicht aufgehoben 3, 252.

## Zwischenzinsen.

Ist ein Abzug von Zwischenzinsen gestattet bei Bezahlung einer noch nicht fälligen, zu niedrigerem als dem gesetzlichen oder landläufigen Zinsfuß verzinslichen Forderung mittelst Zwangsverlaufs der für diese Forderung verpfändeten Liegenschaft außerhalb des Konkurses? 1, 160.

## Alternative Obligation.

Uebergang des dem Gläubiger diesfalls zustehenden Wahlrechts auf den Schuldner wegen Verzug des ersteren in Ausübung

## Verschuldung.

Zum Begriff der höheren Gewalt

und des eigenen Verschuldens  
7, 88.  
Zur Beurteilung d. Frage d. Fahr-  
lässigkeit bei Radfahrern 9, 284.

Verzug.  
Folgen des Verzugs. Purgatio

morae. Zu dem Schaden, welcher  
wegen Nichtlieferung ersetzt ver-  
langt werden kann, gehört auch  
eine verwirkte Konventional-  
strafe 3, 280.  
Konventionalstrafe 6, 59.

## Zweiter Abschnitt.

### Erlöschen der Schuldverhältnisse.

#### Zahlung.

Ist ein Betrag, welchen der Gläu-  
biger aus einer Zwangsvoll-  
streckung oder im Konkurs er-  
hält, verhältnismäßig auf Ka-  
pital und Zinsen abzurechnen?  
1, 257.

Ist eine Schuld getilgt, wenn der  
Schuldner das Bezahlte als-  
halb vom Gläubiger in der  
Weise zurückerhält, daß er es  
wieder schuldet? 10, 167.  
Abrechnung einer Zahlung, wenn  
mehrere Schuldposten vorhanden  
sind 5, 62.

## Dritter Abschnitt.

### Uebertragung der Forderung.

Fiduziarische Forderungs-Abtre-  
tung 10, 159.  
Cessio in securitatem, Sicherungs-  
übereignung von Lebensver-  
sicherungsansprüchen behufs  
Sicherstellung einer Forderung  
10, 153.

Abtretung einer ärztlichen Praxis  
gegen Entgelt 6, 169.  
Abtretung einer gegen die württ.  
Gebäude-Brandversicherungs-  
anstalt zustehenden Brandent-  
schädigungsforderung 7, 266.

## Vierter Abschnitt.

### Einzelne Schuldverhältnisse.

#### I. Kauf im Allgemeinen.

Kauf oder Werkverdingung? 5,  
136.  
Vollmachtsvertrag oder verdeckter  
Kaufvertrag? 9, 269.  
Kauf oder Zwangseignung?  
10, 21.  
Kaufabschluß, endgültiger? 10,  
29.  
Haftung des Verkäufers dafür,  
daß der Käufer nicht durch Pa-  
tentrechte dritter Personen am  
Gebrauch der gekauften Sache  
gehindert wird? 9, 22.

Bei der Frage, ob dem Käufer  
das Nichtkennen des Mangels  
des gekauften Gegenstands zur  
Schuld anzurechnen ist, ist der  
Maßstab des Sachverständigen  
anzulegen, wenn der Käufer  
Sachverständiger ist 4, 64.

#### Gewährleistung wegen Mängel.

Zum Art. 4 Abs. 2 unseres Währ-  
schaftsgesetzes 8, 258.  
Ein Beitrag zur Lehre von den  
Gewährleistungsklagen. Ab-  
handlung. 5, 356.

Gewährleistung für den Mangel einer vertragsmäßigen Eigenschaft eines Haustiers im Fall der Kenntnis dieses Mangels auf Seiten des Veräußerers zur Zeit des Vertragsabschlusses nach dem bayerischen Gewährleistungsgesetz vom 26. März 1859. Seltendmachung des Mangels durch bestimmte Bezeichnung desselben in der Klage oder in der Streitverlündigung. Garantie für „schweren Zug“ ist nicht gleichbedeutend mit Garantie für „gut im Zug“ 4, 278.

Oertliche Zuständigkeit für die Wandlungsklage 7, 236.

Verkauf eines Geschäfts mit der Kundschaft 4, 57.

Verbot des Betreibens eines Geschäfts innerhalb eines bestimmten Kreises 4, 148.

Paetum de non licitando 8, 142.

Rückkaufsrecht bezüglich eines Loses, wenn der Erwerber den darauf gefallenen Gewinn bezogen hat? 9, 144.

Vorkaufsrecht 8, 3.

## II. Liegenschaftskauf.

Bezeichnung von Ort und Tag des Vertragsabschlusses, sowie des Vertragsgegenstands in der Vertragsurkunde 4, 273.

Bestimmte Bezeichnung des Vertragsgegenstands, wenn die Markung nicht bezeichnet ist, auf der die verkauften Grundstücke liegen? 9, 1.

Unrichtige und unvollständige Bezeichnung der Vertragsgegenstände. Neurecht 10, 8.

Unvollständigkeit der Vertragsurkunde zur Zeit der Unterzeichnung. Frist und Form der Rücktrittserklärung gemäß Art. 9 Abs. 3 10, 265.

Irrtum über den Maßgehalt eines Grundstücks 4, 58.

Zum Begriff der Nebenabredungen eines Liegenschaftskaufvertrags 8, 1.

Zu Art. 1 und 11 des Liegenschaftsgesetzes 6, 146.

Zu Art. 2 lit. a Vertragsabschluss durch einen Stellvertreter 7, 1.

Tradition von Liegenschaften. Eigentumserwerb auf Grund eines wichtigen Liegenschaftskaufvertrags? 8, 265.

Die Einwendung, die über einen Liegenschaftskauf aufgenommene Urkunde entspreche dem Willen der Parteien nicht, ist nicht bloß dann statthaft, wenn eine Partei im Irrtum über den Inhalt der Urkunde befangen war 5, 133.

Einwand der Simulation gegenüber einem den formellen Erfordernissen des Gesetzes vom 23. Juni 1853 entsprechenden Kaufvertrage, Bestätigung des früheren nichtigen Vertrags durch Neuabschluß desselben 3, 313.

Möglichkeit der Fortgeltung einer Bestimmung eines schriftlichen Liegenschaftskaufvertrags, der im übrigen durch einen andern Kaufvertrag ersetzt ist? 10, 139.

Der Vertrag über Auflösung eines Liegenschaftskaufvertrags bedarf keiner Form. Auf die Bezeichnung des Vertrags kommt es nicht an 4, 12.

Bedarf eine Vereinbarung über künftige Zurückübertragung einer erkauften Liegenschaft der Schriftform des Liegenschaftsgesetzes? 10, 273.

Stückweise Wiederveräußerung von Liegenschaft (Art. 11 des Liegenschaftsgesetzes) 10, 274.

Umgehung der Art. 11 und 12 des Liegenschaftsgesetzes? 9, 269.

Vertrag über die Errichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage in einer Fabrik. Kaufvertrag oder Wertverdingung? Klage auf Zurücknahme der Anlage wegen mangelhafter Beschaffenheit derselben und wegen Verzugs 3, 338.

## III. Tausch.

Zum Begriff des Tauschs 10, 275.

## IV. Schenkung.

Ist für die Insinuation einer Schenkung nach gemeinem und württb. Rechte das persönliche Erscheinen des Schenkgebers vor der Behörde erforderlich? 7, 248.

## V. Miete. Pacht.

Löschung über den Mietvertrag eines Hauses beim Verkauf desselben 6, 69.

Hat der Vermieter oder der Mieter die Gefahr des Zufalls zu tragen, wenn zufolge eines bau- oder gewerbepolizeilichen Verbots die vermietete Sache dem Mieter nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden kann? Ist der Mieter in einem solchen Fall unter Umständen zum Rücktritt vom Vertrag berechtigt? 6, 185.

Pacht eines Steinbruchs. Eigentums-Erwerb an ausgebrochenen Steinen 6, 77.

Verpachtung der Ausbeutung e. Kiesbank in einem öffentlichen Fluß 5, 142.

Auflösung eines Mietvertrags 5, 144.

## VI. Dienstmiete.

Zulässigkeit der Uebertragung der Ansprüche aus einer Dienstmiete und der Klage auf Erfüllung eines Dienstmietevertrags gegen den Vermieter. Einseitige vorzeitige Aufhebung einer Dienstmiete aus wichtigen Gründen 4, 288.

Nichtigkeit eines zur Umgehung der Bestimmung des § 33 der Gewerbeordnung geschlossenen „Dienst- und Mietvertrags“. Folgen dieser Nichtigkeit für Entschädigungsansprüche eines Teils wegen Vertragsbruchs 8, 6. Vertrag zur Lehre vom Gesinde-rechte 2, 97. 7, 100. 241.

Die Rechte des Dienstherrn aus dem Dienstvertrag nach Württb. Rechte 2, 225.

## Lehrlingsvertrag.

Steht dem Fall, daß der Lehrling „ohne gesetzlichen Grund die Lehre verläßt“, der Fall gleich, daß er durch sein Verhalten die Auflösung des Vertrags verschuldet? 10, 40.

## VII. Werkverdingung.

Kauf oder Werkverdingung? 5, 136.

Honorarforderung für einen bei einem Wettbewerb für ein Bauwesen auf Aufforderung des Bauherrn eingereichten Bauentwurf 7, 274.

Einfluß nachträglicher Abänderung des Bauplans auf die Kostensumme 5, 138.

Vertrag über die Errichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage in einer Fabrik. Kaufvertrag oder Werkverdingung? Klage auf Zurücknahme der Anlage wegen mangelhafter Beschaffenheit derselben und wegen Verzugs 3, 338.

## VIII. Darlehen.

Erfüllungsort bei Zurückzahlung eines Darlehens 4, 208.

## IX. Mäflervertrag.

Mäflergebühr 6, 13.

Auslegung der Vertragsbestimmung, der Mäfler solle die Provision für den Verkauf eines Hauses erhalten „sofort wenn das Angeld bezahlt ist“ 9, 29.

## X. Auftrag.

Handeln in fremdem Auftrag oder für fremde Rechnung 5, 84. Verpflichtung eines Beauftragten 3, 223.



Haftung eines Beauftragten aus unrichtiger Declaration einer Geldsendung 8, 18.

Ist der Vollmachtgeber berechtigt, den Widerruf der Vollmacht geltend zu machen, wenn dieser Widerruf nicht zur Kenntnis des dritten Kontrahenten gekommen ist? 1, 1.

Ueber die Frage, ob im Falle der Bestellung mehrerer Bevollmächtigter die nur von einem derselben Namens des Vollmachtgebers mit Dritten vorgenommenen Rechtsgeschäfte für und gegen den Vollmachtgeber wirksam sind 3, 310.

#### XI. Geschäftsführung ohne Auftrag.

Unter welchen Voraussetzungen kann der Geschäftsführer vom Geschäftsherrn Ersatz für Auslagen verlangen, welche der erstere gegen Verbot d. letzteren für diesen gemacht hat? 3, 249.

Haftung desjenigen, der als Bevollmächtigter handelt, ohne es zu sein 4, 54.

Beitrag zur Lehre von den Verwendungsklagen (actio de in rem verso) 4, 245.

#### XII. Hinterlegung.

Haftet der Hinterleger für jeden, auch ohne sein Verschulden eingetretenen Schaden, den die hinterlegte Sache dem Verwahrer verursacht hat? 7, 12.

#### XIII. Gesellschaft.

Haftung eines Gesellschafters für schuldhafte Handlungen oder Unterlassungen seines Mitgesellschafters? 8, 299.

Inwieweit sind Majoritätsbeschlüsse innerhalb einer Gesellschaft zulässig? 5, 54.

1. Auflösung eines Vereins oder bloße Aenderung des Statuts?
2. Inwiefern ist eine Veränderung des Statuts in Betreff der Be-

dingungen der Angehörigkeit zu einem (Unterstützungs-) Verein mit Wirkung für die derzeitigen Mitglieder zulässig? 6, 319.

Haftung dessen, der sich als Gesellschafter geriert hat, aus einem von der angeblichen Gesellschaft geschlossenen Vertrag über den Kauf eines successiv zu liefernden Gegenstands? 10, 171.

#### XIV. Leibgebing.

Kann der Käufer einer Liegenschaft Aufhebung des Kaufs verlangen, weil die Liegenschaft mit einem Leibgebing belastet ist, ohne daß er es bei Abschluß des Kaufs wußte? 10, 152.

#### XV. Spiel.

Unflagbarkeit der Spielschulden u. eines zum Spielen gegebenen Darlehens 6, 87.

#### XVI. Bürgschaft.

Verhältnis der Bürgschaftsübernahme für eine Forderung zu einem für diese bestellten Unterpfand 3, 256.

Fortdauer der Haftung eines Bürgen, der sich für die Verbindlichkeiten eines Wirtschaftspächters gegen den Verpächter und Bierlieferanten verbürgt hat, wenn an Stelle d. verstorbenen Wirtschaftspächters dessen Ehefrau getreten ist? 8, 35.

Haftung eines Bürgen für die Schulden einer „Wirtschaftsführerin“, die in Wirklichkeit die Wirtschaft für eigene Rechnung betrieben hat? 9, 150.

Befreiung des Selbstschuldners durch außergerichtlichen Nachlaßvertrag d. Hauptschuldners mit seinen Gläubigern 9, 149.

Kreditbürgschaft 7, 136.

Auslegung des Versprechens, für alle aus dem Kreditvertrag dem Kreditgeber erwachsenden An-

sprüche und zwar sowohl hinsichtlich des Kapitals als der Zinsen haften u. sich dafür verbindlich machen zu wollen, wenn sich der Saldo durch Wechsel, die in Rechnung gegeben werden u. mit Protest zurückgehen, erhöhe 6, 20.

Zur Lehre vom beneficium divisionis. Abhandlung 5, 333.

Die Abtretung einer Forderung an den Bürgen kann auch nach der durch diesen geleisteten Zahlung geschehen 4, 129.

Bürgschaft auf bestimmte Zeit 6, 301.

Die Haftung des Gläubigers gegenüber dem Selbstschuldnerbürgen für Verschäumnisse in der Ausklagung des Hauptschuldners. Abhandlung 2, 239.

Ist d. Gläubiger dem Selbstschuldner-Bürgen gegenüber verpflichtet, seine Forderung im Konkurs des Hauptschuldners anzumelden? 6, 306.

Bezieht sich Landr. II tit. 5 § 9 auch auf den Fall einer bloß thatsächlichen Nichteinlagung nach Ablauf des Zahlungstermins? 1, 257.

Biegt eine Interzession vor, wenn eine Frau, welche eine Forderung jediert, sich für diese Forderung als Bürgin haftbar macht? 1, 257.

Die Uebernahme einer Bürgschaft für ein Handelsgeschäft ist nicht für sich schon Handelsgeschäft 3, 258.

#### XVII. Vergleich.

Biegt ein gerichtlicher Vergleich vor, wenn dessen Widerruf nachträglich widerrufen wird? 10, 345.

#### XVIII. Anweisung.

Verpflichtung eines Angewiesenen aus der Annahme einer Anweisung 6, 83.

#### XIX. Ungerechtfertigte Bereicherung.

Zurückforderung einer irrtümlich erstatteten Armenunterstützung. Voraussetzung ist Entschuldbarkeit des Irrtums. Einrede des Wegfalls der Bereicherung 10, 105.

#### XX. Verköstigungsvertrag.

Auslegung eines Vertrags über Verköstigung von Arbeitern 5, 139.

#### XXI. Bierabnahmevertrag.

Gültigkeit und Auslegung eines Vertrags, durch welchen ein Wirt sich verpflichtet, sein Bier aus einer bestimmten Brauerei zu beziehen, wenn sie ihm stets gutes Bier liefert. Pflicht, die schlechte Beschaffenheit d. Biers zu rügen 8, 303.

#### XXII. Obligationen aus unerlaubten Handlungen.

##### Aquilisches Gesetz.

Haftung für Unterlassung der durch eine vorausgegangene Thätigkeit gebotenen Schutzmaßregeln 8, 299.

Zum Begriff des widerrechtlichen und schuldhaften Handelns im Sinn der Lex Aquilia. Haftung für nicht vorherzusehende Folgen konkurrierendes Verschulden 8, 49.

Haftung eines Kutschereibesizers für eine durch Verschulden seines Fahrknechts einem Fahrgast zugeföhrte Verletzung. Beweis des Verschuldens des Fuhrmanns 10, 52.

Ist ein obligatorisch Berechtigter zur Anstellung der aquilischen Klage legitimiert? 1, 137.

Haftung nach dem Aquilischen Gesetz. § 367 Ziff. 12 des A. St. G. B. 1, 139.

Bemessung der den Hinterbliebenen zukommenden Entschädigung nach der wahrscheinlichen Lebensdauer des getödteten Ernährers 3, 345.

Haftung a) des Vorstandes einer Schützengilde, b) des Polizeiamtmanns, c) des Ortsvorstehers für die bei einem Probe-schießen infolge mangelhafter Schutzvorrichtungen vorgekommene Verletzung einer Person? 7, 145.

Verpflichtung einer Stadtgemeinde, einen öffentlichen Staffelweg derart zu verwahren, daß das Abstürzen kleiner Kinder verhindert wird? 10, 184.

Eigenes Verschulden bei einer durch einen Fall auf einer unbeleuchteten Treppe erlittenen Körperverletzung 8, 48.

Erfazpflicht einer obrigkeitlich genehmigten Straßenbahn-Unternehmung für den durch Hängenbleiben der Pferde in der Schienenlage auf öffentlichen Straßen bewirkten Schaden? 8, 48.

Wirkung der Ablehnung einer Operation auf den Schadenersatzanspruch des Verletzten? 6, 339.

Haftung eines Wundarztes für Kunstfehler 4, 186.

### B e t r u g .

Subsidiarität der Betrugsklage? Erfordernis einer Vermögensverminderung 1, 5.

Kausal-Zusammenhang zwischen Betrug und Schaden 7, 60.

Regreßklage wegen unrichtiger amtlicher Beurkundung der Vermögens- und Kreditverhältnisse 4, 283.

Custodia. Haftung eines Kassiers für Diebstahl? 10, 42.

### N a c h d r u c k .

Teilnahme. Gewerbsmäßige Verbreitung des nachgedruckten Werks. Schadenersatz 4, 196.

Rechtswirkungen eines Vertrags, durch welchen jemand einem Andern die Nachbildung eines Kunstwerks gestattet, während in Wirklichkeit einem Dritten das Recht, diese Erlaubnis zu erteilen, zusteht 8, 173.

Richtigkeit eines Vertrags wegen Unsitlichkeit, durch den der Einsender eines beleidigenden Zeitungsartikels dem Redakteur Tragung aller Unkosten einschließlich einer etwaigen Geldstrafe zugesagt hat? 10, 162.

Ein auf einen unsittlichen Zweck gerichtetes Rechtsgeschäft ist nichtig, sofern dieser Zweck auch dem Vertragsgegner bekannt war 3, 220.

Ungültigkeit des Vertrags, durch welchen ein Beamter einer Berufsgenossenschaft gegen Entgelt verspricht, eine gewisse Person als seinen Nachfolger zu empfehlen 6, 171.

Ist die Verabredung zur Umgehung ausländischer Zollgesetze ein unsittliches Geschäft? 5, 311.

### W u c h e r .

Zulässigkeit der Einrede des Buchers gegen eine vor dem Inkrafttreten des Reichsgesetzes vom 24. Mai 1880 kontrahierte Schuld. Begründung der Einrede. Eideszuschiebung über einzelne Thatbestandsmerkmale des Buchers 4, 258.

Schadenersatzklage gegen einen Rechtsanwalt 4, 132.

XXIII. Aufsechtung von Rechtshandlungen eines Schuldners außerhalb des Konkursverfahrens.

Nach welchem örtlichen Recht ist die Aufsechtung einer Rechtshandlung auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Juli 1879, betr. die Aufsechtung von Rechtshandlungen eines Schuldners außerhalb des Konkursverfahrens, zu beurteilen? 2, 137.

§§ 2 und 3 Ziff. 1 des Anfechtungsgesetzes. Vorempfang von Vatergut bei fortgesetzter allgemeiner Gütergemeinschaft als anfechtbare Rechtshandlung 6, 192.

Anfechtung einer behufs Sicherstellung des Veibringens der Ehefrau erfolgten Unterpfandsbestellung? 9, 314.

Anfechtung einer mittels Aufrechnung gegen eine Schuld des Kindes erfolgten Heiratsgutsbestellung? 9, 320.

Anfechtbarkeit des bei der Teilung über den Nachlaß eines verstorbenen Ehegatten erklärten Verzichts auf das statutarische Ruhe-niehungsrecht? 9, 323.

Anfechtung der Zahlung einer fälligen Schuld an den Schuldner des Anfechtungsgläubigers 8, 199.

Die Anfechtung einer Rechtshandlung ist auf die Gültigkeit und Wirksamkeit von Rechten, welche inzwischen Dritte von dem Anfechtungsgegner erworben haben, ohne Einfluß 4, 1.

Verkauf der letzten verfügbaren Sachen an einen der Gläubiger um wertentsprechenden Preis unter Aufrechnung seiner Forderung, behufs Abwendung der drohenden Zwangsvollstreckung. Ist die Benachteiligungsabsicht ausgeschlossen durch den Umstand, daß der Gläubiger durch diesen Kauf nicht mehr erlangt und den übrigen Gläubigern nicht mehr entzogen hat, als was er mittels Zwangsverkaufs hätte erreichen und den Gläubigern entziehen können? Anfechtungsges. § 3 Nr. 1 1, 38.

#### XXIV. Haftpflichtgesetz.

Betriebsunfall. Eigenes Verschulden 8, 309.

Einrede eigenen Verschuldens bei einem Eisenbahnunfall 5, 151. Wird ein bayerischer Kondukteur dadurch württembergisch. Hilfs-

beamter oder ein im württb. Eisenbahndienst beschäftigter Arbeiter, daß er gemäß einem zwischen Bayern und Württemberg getroffenen Abkommen in einem durchgehenden Zug einen bayerischen Wagen durch Württemberg begleitet? 7, 88.

Trifft der Gerichtsstand des § 22 oder der des § 32 der C.P.O. auf Klagen aus § 1 des Haftpflichtgesetzes zu, welche gegen die K. Württ. Staatsfinanzverwaltung, vertreten durch die K. Generaldirektion der Eisenbahnen, erhoben werden? 1, 12.

Liegt ein Vermögensnachteil im Sinne des § 3 Ziff. 2 des Haftpflichtgesetzes für einen Verletzten vor, der trotz verminderter Arbeitsfähigkeit denselben Lohn bezieht wie vor der Verletzung? 6, 220.

#### XXV. Krankenversicherung.

Zwangsbetritt zur Orts- oder Fabrik-Krankenklasse für Mitglieder eingeschriebener Hilfsklassen, falls diese freie ärztliche Behandlung nicht gewähren. Krankenversicherungsgesetz vom 15. Juni 1883 § 75 Schlußsatz 2, 334.

#### XXVI. Lebensversicherungsvertrag.

1. Abschluß eines Lebensversicherungsvertrags zu Gunsten der Frau und der Kinder des Versicherten.

2. Zahlung der Prämien aus dem gemeinschaftlichen Vermögen. Folgen hievon.

3. Recht der Frau an den Anteilen der Kinder (K.O. § 54 Ziff. 5).

4. Fortsetzung der ehelichen Gütergemeinschaft. Einfluß auf das nicht in der Gemeinschaft begriffene Vermögen der Kinder. Abhandlung. Ein Rechtsfall 2, 364. Entscheidung des Oberlandesgerichts 2, 391.

Lebensversicherung zu Gunsten einer Ehefrau. Fortdauer der Ehe bis zum Tode des Versicherten, Voraussetzung des Fortwirkens dieser Zuwendung 1, 81.

### Drittes Buch.

## Sachenrecht.

### Einleitung.

#### Besitz.

Voraussetzungen einer Klage auf Schutz im Besitz einer Fischereigerechtigkeit 6, 232. Steht dem Detentor die Spolienklage zu? 1, 255.

### Erster Abschnitt.

## Eigentum.

Begriff der jagdbaren Tiere. Ist der Buffard in Württemberg ein solches? 9, 14.  
 Eigentumserwerb durch Stellvertreter 1, 166.  
 Tradition von Liegenschaften. Eigentumserwerb auf Grund eines nichtigen Liegenschaftskaufvertrags? 8, 265.  
 Sicherungsübereignung. Umgehung von Gesehen 9, 6.  
 Zum Begriff der „Hecke“ 9, 140.  
 Abstand früher gepflanzter Bäume von der Grenze im Fall einer Aenderung der Grenze 9, 140.  
 Was ist unter dem „Inventarwert“ einer industriellen Anlage zu verstehen? 7, 129.

Fällt die Legung von Röhren unterhalb der Oberfläche des Bodens unter den Art. 72 der Bauordnung? 4, 23.  
 Negatorische Klage 4, 81.  
 Negatorische Klage gegen das Eindringen von Bienen 4, 25.  
 Negatorische Klage wegen übler Gerüche 4, 28.  
 Negatorische Klage. Miteigentum 4, 83.  
 Klage eines Fischereiberechtigten auf Untersagung der kraft Gemeingebrauchs ausgeübten Gewinnung von Kies und Sand aus einem öffentlichen Flusse 10, 119.  
 Verhältnis der negativen Feststellungs- und der Negatorienklage 5, 31.

#### Wasser.

Wird durch eine in einem öffentl. Fluß vorgenommene Grabarbeit einem Nachbar eine Quelle abgegraben, so wird hiedurch der Unternehmer nicht Schadensersatzpflichtig, 1, 290.  
 Öffentliches u. Privatgewässer. Zuständigkeit zur Entscheidung der Frage über die rechtliche Natur des betr. Wassers. Beweislast. Unvordenkliche Verjährung. Natur eines Regals 3, 206.

#### Miteigentum.

Recht des Miteigentümers, unter Umständen auch ohne Zustimmung des andern Miteigentümers über die Substanz der gemeinschaftlichen Sache zu verfügen? 8, 280.  
 Wirklung eines Vergleichs über die Ausübung des Miteigentums gegen Sonderrechtsnachfolger 6, 265.  
 Inwieweit ist ein Miteigentümer

befugt, über die gemeinschaftliche Sache zu verfügen? 5, 56.  
 Teilungsflage (actio communi dividundo) in Beziehung auf gemeinschaftliche Liegen-

schaft 4, 37.  
 Zeitung eines Hauses 4, 36.  
 Zeitung unter einigen der Theilhaber 6, 269.

## Zweiter Abschnitt.

### Dienstbarkeiten.

Hat derjenige, der das dingliche Recht hat, zu einem bestimmten Zweck einen fremden Hofraum zu betreten, einen Anspruch auf einen Schlüssel zum Thor dieses Hofraums? 6, 274.  
 Uebertragung eines Fischereirechts durch bloßen Vertrag? 6, 150.  
 Möglichkeit einer einer Gemeinde im Interesse der Einwohner zustehenden Dienstbarkeit. Rechts-

ausübungsabsicht. Aus der Belassung eines gewissen Zustands folgt noch nicht die Anerkennung der Verpflichtung hierzu 3, 197.  
 Der öffentliche Glauben des Güterbuchs in Beziehung auf die Erwerbung bereits bestehender Dienstbarkeitsrechte auf Grundstücken Dritter. Art. 15 des württb. Pfandentwicklungsgesetzes 1, 156.

## Dritter Abschnitt.

### Reallasten.

Verpflichtung zur Führung des Bahnschlittens als privatrecht-

liche Reallast? 8, 285.

## Vierter Abschnitt.

### Pfandrecht.

#### I. Unterpfandreht.

Verhältnis der Bürgschaftsübernahme für eine Forderung zu einem für diese bestellten Unterpfand 3, 256.  
 Zur Frage der Verpfändung von Zugehörungen 6, 1.  
 Unterpfandreht an beweglichen Zubehörden einer Liegenschaft. Kann ein Zubehörverhältnis entstehen oder fortbauern, auch wenn Hauptsache und Hilfsache nicht denselben Eigentümer haben?  
 Wird das Zubehörverhältnis beendet durch thatsächliche Trennung oder durch Wegveräußerung der Zubehörde von der Hauptsache oder dieser von jener? 5, 253.

Zur Frage der Pfändbarkeit der beweglichen, mit einer Immobilie verpfändeten Zugehörungen derselben. Ist für den Anspruch des Unterpfandgläubigers auf vorzugsweise Befriedigung aus dem Erlöse der Zugehörungen der Fortbestand des hypothekarischen Pfandrechts an denselben bis zur Klageerhebung erforderlich? 8, 129.  
 Hat der Pfandgläubiger an dem Erlös aus den mitverpfändeten, vom dritten Besitzer des Pfandes veräußerten beweglichen Zubehörden ein Pfand- und Absonderungsrecht? 5, 278.  
 Die nach Art. 3 und 51 des Pfandgesetzes verpfändeten beweglichen Zugehörungen von Immobilien bleiben hinsichtlich der

- Zwangsvollstreckung im allgemeinen bewegliche Sachen und sind nur gegenüber dem Unterpfandsgläubiger als unbewegliche Sachen anzusehen 1, 280.
- Verpfändung der in einer Kunstwollenfabrik vorhandenen Vorräte an fertigen, halbfertigen und in rohem Zustande befindlichen Wollwaren mit den Fabrikgebäuden nach württembg. Recht. Hauptinstruktion §§ 66 und 67 1, 22. 159.
- Ergreift das Pfandrecht an dem als Zubehörde einer Liegenschaft mitverpfändeten Warenlager auch die von dem dritten Besitzer dieses letzteren hinzuerworbenen Waren?
- Hat derselbe der Pfandklage gegenüber an diesen Waren nicht wenigstens ein Zurückbehaltungsrecht hinsichtlich des auf ihre Erwerbung von ihm gemachten Aufwands oder ein Wegnahmerecht? 5, 269.
- Erlischt das Pfandrecht an beweglichen Zubehörden eines Grundstücks durch deren Verarbeitung (Spezifikation)? 3, 275.
- Haften die Früchte einer Mehreren verpfändeten Sache ausschließlich demjenigen Pfandgläubiger, der vor Absonderung der Früchte die Schuld- oder Pfandklage erhoben hat? (Pfandgesetz Art. 49, Ziffer 3, Art. 112) 1, 168.
- Haftung des Unterpfands für die Zinsen im Fall der Bestellung unterpfändlicher Sicherheit für einen im Kontokorrentverkehr oder in laufender Rechnung bis zu einer bestimmten Summe gewährten Kredit 3, 1.
- Kann der Pfandgläubiger im Falle der freiwilligen Veräußerung des Unterpfands sofortige Befriedigung einer betagten Pfandforderung verlangen, oder muß sich derselbe damit begnügen, daß das Unterpfandrecht von dem neuen
- Erwerber in dem seitherigen Umfang übernommen wird? 6, 43.
- Negativanspruch eines beim Verkauf des Unterpfands verkürzten Unterpfandsgläubigers gegen den zu Unrecht vor ihm befriedigten Nachpfandgläubiger 10, 281.
- Bezahlung eines Liegenschaftskaufschillings durch Tilgung einer (nicht fälligen) Pfandschuld des Verkäufers? 10, 302.
- Uebergang des ganzen Pfandrechts auf den Cessionar als Folge der Cession eines Teils einer unterpfändlich gesicherten Forderung 7, 5.
- Die Pfandklage des württb. Unterpfandsrechts und ihr Verhältnis zu § 710 der C.P.O. 4, 338.
- Steht der Antrag eines Pfandgläubigers auf Anordnung der Zwangsvollstreckung in das ihm verpfändete unbewegliche Vermögen der Erhebung der Pfandklage gleich? (Art. 49 Ziffer 3 des Pfandgesetzes) 1, 286.
- Anfechtung einer Unterpfandsbestellung für das Weibbringen einer Ehefrau, die unter Anrufung der weiblichen Freiheiten ihr Weibbringen, „aber nicht i. natura, sondern Sicherstellung“ verlangt hat? 8, 192.
- Zu Art. 109 des Pfandgesetzes 3, 59.
- Zu Art. 119 des Pfandgesetzes 3, 58.
- Pfandentwickelungsgesetz vom 21. Mai 1828, Art. 53 Abs. 2 10, 1.
- Haftung der Unterpfandsbehörde für ein von ihr ausgestelltes Zeugnis. Kausalsammenhang zwischen Verschuldung und Schaden 6, 277.
- Haftung der Unterpfandsbehörde für ein von ihr ausgestelltes Zeugnis. Betrag des Schadens 3, 17.
- Zu Art. 232 Abs. 3 des Pfandgesetzes. Irreleitung der Unterpfandsbehörde 3, 22.

Regressklage wegen unrichtiger Ausstellung eines Vermögenszeugnisses 3, 30.

Haftung der Pfandbehörde für unrichtigen Anschlag der Unterpfänder 4, 44.

Zu Art. 225 des Pfandgesetzes. Muß unter Umständen vor Erhebung der Schadensersatzklage gegen die Unterpfandsbehörde der dritte Besitzer des verpfändeten Grundstücks belangt werden? Ist dieser Erwerber gegen die Klage des Unterpfandsgläubigers durch Art. 15 des Pfandentwicklungs-Gesetzes geschützt, wenn eine unstatthafte Löschung des Unterpfands stattgefunden hat? Steht dem Pfandgläubiger, den die verklagten Mitglieder der Unterpfandsbehörde an den dritten Besitzer des Unterpfands verweisen, die Replik der Arglist zu? 6, 153.

Regressklage gegen die Unterpfandsbehörde wegen unrichtiger Schätzung des Pfandobjekts. Ursächlicher Zusammenhang zwischen dieser und dem Schaden

des Pfandgläubigers. Hat der letztere die Nichtigkeit der Schätzung der Unterpfandsbehörde zu kontrollieren? 1, 149.

## II. Faustpfandrech.

Erfordernisse einer Faustpfandurkunde 4, 51.

Recht des Faustpfandgläubigers gegenüber dem Absonderungsanspruch des Eigentümers einer beweglichen Sache, die von einem nichtberechtigten Dritten zu Faustpfand bestellt worden ist. (Art. 53 Abs. 2 des Pfandentwicklungs-Gesetzes vom 21. Mai 1828) 10, 1.

Erstreckt sich das Faustpfandrecht an einer Forderung auch auf deren Zinsen? 8, 185.

Verlust des Besizes an einem Faustpfand 4, 21.

Verpfändung der in einer Privatjollniederlage (§ 108 des Vereinsjoll-Gesetzes) befindlichen Waren 3, 291.

Retentionsrecht des Faustpfandgläubigers 1, 298.

## Viertes Buch.

### Familienrecht.

#### Erster Abschnitt.

#### Ehe.

##### I. Verlöbuis.

Eingehung eines Verlöbnisses 4, 159.

Kompensation beiderseitiger Untreue der Verlobten? 7, 22.

Schadensersatz wegen Verlöbnißbruchs 5, 160.

Begründung der Klage auf Schadensersatz wegen Verlöbnißbruchs. Veugnung von Klagehauptungen oder Einrede? 10, 206.

Kann gegen eine Klage auf Schadensersatz wegen Verlöbniß-

bruchs ein Grund des Rücktritts geltend gemacht werden, der dem Verlobten bei Aufhebung der Verlobung noch nicht bekannt war? 7, 22.

Erfüllungsort für Entschädigungsansprüche wegen Verlöbnißbruchs 6, 36.

##### II. Heiratgutsbestellung.

Heiratgutsbestellung 4, 161.

Die Pflicht zur Ausstattung gemeinschaftlicher Kinder ist eine Errungenschaft 5, 26.



## III. Alimentationspflicht.

Alimentationspflicht des Ehemanns 4, 162.  
Ist der Anspruch der Ehefrau auf Erhöhung der ihr von dem Ehemann während faktischer Trennung der Ehe zu reichenden vertragsmäßigen Alimente gegründet, wenn sich das im Besitze des Ehemanns befindliche gemeinschaftliche Vermögen vermehrt hat, oder wenn die Alimente für das Bedürfnis der Ehefrau nicht mehr ausreichen? 4, 165.

## IV. Ehehindernisse.

Ist die Ehe verboten zwischen einem wegen grober Verletzung der ehelichen Treue Geschiedenen und seinem Mitschuldigen? 10, 102.

## V. Eheliches Güterrecht.

Welches Gesetz ist nach württb. Recht bei Statutenkollision in Betreff des ehelichen Güterrechts und des ehelichen Erbrechts anzuwenden? 8, 145.  
Was ist unter unbeschränktem Verwaltungsrecht zu verstehen? 4, 168.  
Die Solidarhaft des Ehemanns bei Sozialschulden 8, 248.  
Ueber die nach außen bestehende gesetzliche Haftung beider Ehegatten für Sozialschulden der

landrechtlich. Errungenschaftsgesellschaft. Abhandlung 1, 340.

## Widerspruch gegen Zwangsvollstreckung.

Steht der in landrechtlicher Errungenschaftsgesellschaft lebenden Ehefrau während der Dauer dieser Gesellschaft hinsichtlich ihres in der gesetzlichen Verwaltung des Ehemanns stehenden beweglichen Sondervermögens ein die Veräußerung hinderndes Recht im Sinne des § 690 der C.P.O. zu? Abhandlung 1, 237.

Der Ehefrau steht eine Klage nach § 690 C.P.O. nur wegen ihres Sonderguts, nicht wegen ihrer Errungenschaftshälfte zu 3, 196.  
Anrufung der weiblichen Freiheiten auch außerhalb des Konkurses. Voraussetzungen derselben 1, 253.

Voraussetzungen und Wirkungen der Anrufung der weiblichen Freiheiten 9, 55.

## Scheidung.

Ausschweifender Lebenswandel als Scheidungsgrund bei den Israeliten 5, 7.  
Inwiefern ist nach Scheidung der Ehe derjenige Gatte, dem das Recht der Erziehung der Kinder nicht zulommt, zum Zutritt zu und Umgang mit den Kindern berechtigt? 10, 208.

## Zweiter Abschnitt.

## Rechtsverhältnisse zwischen Eltern und Kindern.

Zur Frage der Dispositionsbefugnis des Hausvaters über das adventizische Vermögen des Hauskinds nach württb. Recht. Bedarf ein von dem Hausvater abgeschlossener Vergleich über zum bonum adven-

titium regulare eines minderjährigen Hauskinds gehörige Forderungen der Genehmigung der Vormundschaftsbehörde? 6, 188.

Ist das Verwaltungsrecht des Hausvaters in Betreff

- des ordentlichen Eigenguts des Kindes ein die Veräußerung hinderndes Recht im Sinne des § 690 C.P.O.? 9, 343.
- Sicherstellung elterlichen Vermögens der Kinder durch den überlebenden Ehegatten 5, 15.
- Zum Erfordernis des gerichtlichen Erkenntnisses über einen zwischen Hausvater und Haussohn abgeschlossenen Vertrag 3, 61.
- Zuständigkeit hinsichtlich des in Landr. II. II Tit. 28 § 5 erforderten gerichtlichen Erkenntnisses 3, 63.
- Der Hausvater ist für sein Hauskind die Kosten eines Prozesses zu bestreiten schuldig 4, 209.
- Auch die Großeltern sind gemeinsam zur Alimentation der Enkel verpflichtet 5, 14.
- Der überlebende Elternteil hat an dem Vermögen, welches das Kind von dem vorverstorbenen Elternteil ererbt hat, keine *Ruhnießung*, wenn ihm die *statutarische* Ruhnießung an diesem Vermögen nicht zusteht 5, 1.
- Vermögensrechtliche Verpflichtungen minderjähriger Kinder, deren Vater noch am Leben ist, sind, wenn für die Kinder ein besonderer, das Vermögen derselben verwaltender *Vormund* aufgestellt worden ist, ohne Zustimmung des *Vormunds* ungültig 1, 154.
- Vermutung für die Vaterschaft eines Kindes bei einer *Putativehe* 4, 175.
- Reichung von Alimenter. Absicht der *Ersahleistung* aus den Umständen gefolgert 1, 35.
- Rechtliche Natur des *Ersahanspruches* eines *Ortsarmenverbands* für geleistete Alimenter gegenüber von dem *Alimentationsverpflichteten*. Voraussetzung der *Alimentationsverbindlichkeit* d. Kinder 1, 3.
- Klage gegen den *Ortsarmenverband* auf Feststellung des Nichtbestehens der Verbindlichkeit des von dem letzteren auf *Ersah* der von ihm nach Maßgabe des *Unterstützungsgesetzes* geleisteten *Unterstützung* in Anspruch genommenen Dritten zur *Unterhaltung* des *Unterstützten* 4, 7.
- Legitimation per subsequens matrimonium* bei einer *Putativehe* 3, 191.
- Legitimation* eines im *Ehebruch* erzeugten Kindes. *Abhandlung* 6, 106.
- Annahme an Kindesstatt*.
- Kann die *Bestätigung* eines *Adoptionsvertrags* im Wege der *Dienstaussicht* aufgehoben werden? 4, 210.
- Ungültigkeit eines *Arrogationsvertrags* wegen mangelnder *Erfolgslichkeit* des *Willens* der *Kontrahenten* und wegen *Nichtübereinstimmung* des *Inhalts* der über den Vertrag aufgenommenen, dem *Gericht* zur *Bestätigung* vorgelegten *Urkunde* mit dem *Inhalt* des wirklich abgeschlossenen *Vertrags* 5, 178.
- Recht zur *Erziehung* eines *gemeinschaftlichen* Kindes nach *Scheidung* der *Ehe*. Können mit der *Geschäftsführungsklage* *Alimenter* für die *Zukunft* verlangt werden? 4, 172.
- Inwieweit ist nach *Scheidung* der *Ehe* derjenige *Gatte*, dem das *Recht* der *Erziehung* der *Kinder* nicht *zukommt*, zum *Zutritt* zu und *Umgang* mit den *Kindern* berechtigt? 10, 208.
- Zur *Paternitätsklage*. *Abhandlung* 1, 328.
- Anspruch* aus *unehelichem* *Beischlaf* auf *Ausstattung* 3, 194.
- Vergleich* zwischen den *unehelich-*

lichen Eltern über die Ansprüche des Kindes? 9, 33.  
Anfechtung eines solchen Ver-

gleichs wegen mangelnder Voraussetzung oder Anerkennung einer Nichtschuld? 9, 33.

### Dritter Abschnitt.

#### Vormundschaft.

Zur Frage der Bevormundung minderjähriger Württemberger, welche im Ausland ihren Wohnsitz haben 4, 378.

Zuständigkeit für Bestellung eines Vormunds für den Seitenverwandten eines dem ritterschaftlichen Adel angehörigen Rittergutsbesitzers 3, 287.

Zur Lehre vom *decretum de alienando* 7, 379.

Haftung des Vormunds im Fall der Verpfändung von Vermögensstücken der Mündel zum Besten ihres Vaters ohne Einholung der erforderlichen amtsgewerkschaftlichen Entscheidung (§§ 117, 118 der Hauptinstruktion). Umfang der Diligenzpflicht des Vormunds 7, 14.

Haftung des Vormunds im Fall des Verzichts auf ein erstes

Pfandrecht gegen Einräumung eines zweiten Pfandrechts. Kaufalzusammenhang zwischen Verschuldung und Schaden 7, 164.

Verschulden eines Vormunds 6, 31. Haftung des Vormunds für Fahrlässigkeit 5, 20.

Ungültigkeit der Bestellung eines Vormunds im Fall des Mangels der gesetzlichen Voraussetzungen der Anordnung einer Vormundschaft 4, 255.

Kann eine gegen den Beklagten als Pfleger eines Minderjährigen erhobene Klage nachträglich gegen ihn ohne Ansehen seiner Eigenschaft als Pfleger gerichtet werden? 8, 223.

Rechtsstellung des Pflegers nach beendeter Pflegerschaft gegenüber einem angeblichen Cessionar des Pfleglings? 10, 100.

### Vierter Abschnitt.

#### Erbrecht.

##### Statutenkollision.

Nach welchem Recht richtet sich die Beerbung eines in Württemberg verstorbenen Nichtwürttemberger's?

Welches Gesetz ist nach württb. Recht bei Statutenkollision in Betreff des ehelichen Güterrechts und des ehelichen Erbrechts anzuwenden? 8, 145.

Welches Recht ist für das Erbrecht des überlebenden Gatten und für die Form eines Erbverzichts maßgebend? 6, 199.

##### Erbchaftsantritt.

Liegt in der Erklärung, zu Gunsten eines Andern auf die Erbchaft verzichten zu wollen, der Antritt einer Erbchaft? 4, 190.  
Thatsächlicher Erbchaftsantritt 5, 26.

Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen den Ablauf der Antretungsfrist? 10, 70.

Voraussetzungen der Verwirkung des statutarischen Nießbrauchs (L.R. IV, 11 § 2) 6, 199.

Ueber die Behandlung von Erb-

schaften, welche Verschollenen anfallen, Abhandlung 5, 80.

Passivlegitimation des Abwesendheitspflegers gegenüber einer Klage gegen den Abwesenden auf Herausgabe einer Erbschaft 7, 24.

Erbrecht des unehelichen Vaters an dem unehelichen Kind. Wiedereinsetzung gegen einen Vergleich. Fehlende obervormundschaftliche Genehmigung 4, 176.

Zur Frage über die Behandlung über Schuldeter erbloser Verlassenschaften. Abhandlung 1, 93.

### Privat testament.

Erfordernisse eines gemeinrechtlichen, mündlichen Privattestaments (Willenserklärung des Testators durch Beantwortung an ihn gerichteter Fragen. Nachweis der Vollständigkeit der Willenserklärung) 10, 57.

### Testamentsformen.

Siebente Testamentsform. Ist es erforderlich, daß bei dieser Form das Testament verschlossen den Zeugen zur Solennisation übergeben wird? 1, 273.

Einheit der Handlung bei der Testamenterrichtung. Aus der Unabänderlichkeit einer Zuwendung an das Kind folgt noch nicht ein Recht des Vaters auf die Nutznießung an derselben 4, 184.

Wirksamkeit der Kodizillarklausel, wenn der eingesezte Erbe vor Anfall der Erbschaft gestorben ist 7, 24.

Privatorische Klausel 9, 62.

Auslegung eines letzten Willens. Ist eine Erbeinsetzung von einer Bedingung abhängig gemacht, welche nicht in der Absicht des Testators

lag, so gilt sie für nicht beigelegt 1, 7.

Auslegung eines Testaments bezüglich des Ausdrucks „nächste Verwandte“ 4, 192.

Sind unter „sämtlichen Enkeln“ (oder Kindern) auch die nachgeborenen mitbegriffen? 10, 310.

Erbeinsetzung 8, 55.

Conjunctio. Bedeutung der Aufführung der Erben unter besondern Ziffern, wobei mehrere Erben unter einer Ziffer verbunden sind? 10, 63.

Wie die ausdrücklich erklärte Pupillar substitution, so enthält auch die ausdrücklich erklärte Quasipupillar substitution jedenfalls nach württb. Recht eine stillschweigend gewollte Vulgar substitution 5, 3.

Erbeinsetzung oder Vermächtnis? Teilung des Nachlasses unter Descendenten 4, 187.

Successives Vermächtnis oder Stiftung? 6, 353.

Vermächtnisvertrag oder unverbindliche Versicherungen 6, 51.

Zum Begriff der „Früchte“, wenn es sich um Einrechnung der Früchte der Zwischenzeit bei Herausgabe einer Fideikommiss-Erbschaft unter Abzug der trebellianischen Quart handelt 8, 138.

Fideicommissum superfuturi oder obligatorische Auflage? Auslegung einer Vertragsbestimmung, nach welcher das beim Tod des überlebenden Ehegatten noch vorhandene Vermögen unter die Verwandten der Ehegatten je hälftig verteilt werden soll? 9, 66.

Steht dem Universalvermächtnisnehmer ein gesetzlicher Pfandrechts titel zu? 6, 151.

Anerkennung eines nichtigen Testaments 3, 296. Anerkennung eines Testaments, Aufhebung desselben durch Errichtung eines Erbvertrags,

durch ein späteres Testament, durch ausdrücklichen und stillschweigenden Widerruf 3, 301.

#### Noterbfolge.

Ein Beitrag zur Lösung einer Kontroverse aus Novelle 115. 8, 94.

Ungültigkeit einer testamentarischen Enterbung wegen nachträglicher Verzerrung? 9, 294.

Anspruch des zum Erben eingesetzten, mit einem Erbschaftsvermächtnis belasteten noterbberechtigten Enkels auf Abzug des Pflichtteils und der trebellianischen Quart. Verbot des Abzugs der Quart. Verzicht auf den Abzug des Pflichtteils und der Quart. Sozinische Kautel. Einrechnung des Vorempfanges der Tochter des Erblassers auf künftige

väterliche Erbschaft und einer von dem letzteren der ersteren gemachten Schenkung in den Pflichtteil des Sohns dieser Tochter 5, 292.

#### Eventualteilung.

Steht einem Gläubiger, welchem das Anteilsrecht seines Schuldners an einer ungetheilten Erbmasse überwiesen worden ist, das Recht zu, Nachholung der Eventualteilung zu verlangen? 1, 305.

Zu Art. 3 c des Erbschaftssteuergesetzes vom 24. März 1881 6, 230.

Unterliegt ein Vermächtnis an eine katholische Pfarrstelle zum Zweck der Abhaltung von Seelenmessen und Seelenämtern der Erbschaftsteuer? 6, 231.

### Fünfter Abschnitt.

#### Handelsrecht.

##### Handelsgebräuche.

Bedeutung einer Arbitragekaufel im Getreidehandel, namentlich in Betreff der Feststellung der Probemäßigkeit der Ware 7, 33.

Pflicht zur Anmeldung der Firma zum Handelsregister seitens eines Gewerbetreibenden (H.G.B. A. 10) 6, 45.

Zu Art. 16 des H.G.B. 4, 215.  
Haftung des Prinzipals für die Handlungen ein. Handlungsbevollmächtigten (H.G.B. Art. 47) 5, 67.

##### Handlungsgehilfen. (H.G.B. Art. 57 ff.)

Sind die Ansprüche des Prinzipals gegen den Handlungsgehilfen aus dessen Dienstvertrag übertragbar? 10, 14.

Zulässiger Inhalt des einem früheren Handlungslehrling, jetzigen Handlungscommis erteilten Lehrzeugnisses 9, 161.

##### Handlungsreisende.

Anspruch auf sog. Platzspesen 4, 65.

Umfang der Vollmacht eines Handlungsreisenden 3, 68.

##### Handelsgesellschaften. (H.G.B. Art. 85 ff.)

Auch eine Handelsgesellschaft kann unter verschiedenen Firmen mehrere Geschäfte betreiben 5, 74.

##### Offene Handelsgesellschaft.

Nach Art. 110 des H.G.B. tritt

die rechtliche Wirksamkeit einer offenen Handelsgesellschaft im Verhältnis zu dritten Personen mit dem Zeitpunkt ein, in welchem die Errichtung der Handelsgesellschaft in das Handelsregister eingetragen ist, oder die Gesellschaft auch nur ihre Geschäfte begonnen hat. Zu dem Geschäftsbeginn im letzteren Sinn kann auch schon der Abschluß eines einzelnen Geschäfts genügen 10, 172.

**Haftet**, wenn bei Auflösung einer offenen Handelsgesellschaft der eine Gesellschafter das Geschäft mit Aktiven und Passiven übernommen hat, der andere Gesellschafter ihm für den Eingang der Ausstände? 8, 28.

**Einrede der Rechtshängigkeit** gegenüber einer wider den Teilhaber einer offenen Handelsgesellschaft erhobenen Wechselklage, wenn die Klage aus dem Wechsel gegen die offene Handelsgesellschaft noch anhängig ist 6, 47.

**Einrede des Betrugs**, gestützt darauf, daß der Teilhaber einer offenen Handelsgesellschaft den eingeklagten Wechsel für eine Privatschuld aus den Namen der Gesellschaft acceptiert habe 6, 47.

**Kommanditgesellschaft.**  
(H.G.B. Art. 150 ff.)

**Vertretung einer Kommanditgesellschaft** durch einen Gesellschafter und einen Prokuristen. **Thatsächliche Handhabung der Vertretung** 5, 71.

**Aktiengesellschaft.**  
(H.G.B. Art. 207 ff.)

**Anfechtung ein. Generalversammlungsbeschlusses.** Der Zweck eines Aktienunternehmens hört dadurch noch nicht auf, daß der Betrieb dieses Unternehmens einer andern Fabrik übertragen

Generalregister zu Band 1—10 der Jahrbücher.

wird 3, 72.

**H.G.B. bezw. Nov. v. 10. Juli 1884 Art. 241 Abs. 2 und 3.** **Haftung des technischen Leiters einer Brauerei** für den Verderb von Bier. **Beweislast** in Betreff der Ursache dieses Verderbs 6, 291.

**Haftung eines Banthausers** aus dem Verkauf von Aktien für unrichtige, zu deren Empfehlung gemachte Angaben? 7, 72.

**Stille Gesellschaft.**

**Stiller Gesellschafter** oder **Commis interessé?** Der letztere hat kein Recht auf abschriftliche Mittheilung der Bilanz 5, 77.

**Die Uebernahme einer Bürgschaft** für ein Handelsgeschäft ist nicht für sich schon Handelsgeschäft (H.G.B. Art. 271 ff.) 3, 258.

**Zu Art. 280 H.G.B.** **Schweigen als Willenserklärung** 6, 212.

**Haftung eines Loshändlers** dafür, daß der von ihm für ein geliefertes Loß angelegte Preis dem Tageskurs entspricht (H.G.B. Art. 290. 360 Abs. 3. 376 Abs. 2) 7, 70.

**Kaufmännischer Verpflichtungsschein** oder **Uvis** (H.G.B. Art. 301) 6, 17.

**Hat der Schuldner im Fall des Art. 310 Abs. 2 des H.G.B. ein Recht der Beschwerde** gegen die Anordnung des Handelsgerichts? 9, 305.

**Unrichtige Art der Messung einer Ware** als **Handelsbrauch?** (H.G.B. Art. 279. 336) 7, 257.

**Bahnamtlicher Verkauf** oder **Versteigerung** auf Grund des Art. 343 H.G.B.? 10, 181.

**Anwendbarkeit des Art. 347 H.G.B. bei einem Kauf nach Probe?** 7, 33.

**Notwendiger Inhalt einer Mängelanzeige** 7, 33.

**Mängel einer Ware.**

**Grundsätze hinsichtlich Festsetzung**

der Kosten eines handelsgerichtlichen Verfahrens betr. Feststellung von Mängeln einer Ware (Art. 348 H.G.B.) 10, 337.

Voraussetzungen eines handelsrechtlichen Notverkaufs, Folgen eines ungerechtfertigten Notverkaufs (H.G.B. Art. 348) 9, 296.

Die Anwendung des Handelsgesetzbuchs auf die Haftung für Viehmängel 7, 109.

Bedeutung der Klausel: „Versandt prompt vor Schluß der Rheinschiffahrt“ (H.G.B. Art. 355) 6, 62.

Teilbarkeit von Gütern, die nur in Wagenladungen u. dgl. geliefert werden? (H.G.B. Art. 359) 9, 302.

Kommissionsgeschäft (H.G.B. Art. 360 ff.) 10, 87.

Erfordernisse der Klage eines Exportkommissionärs auf Bezahlung des aus dem Kommissions-

verhältniß zu seinen Gunsten sich ergebenden Saldos 8, 30.

Differenzgeschäfte (H.G.B. Art. 376) 6, 161.

Zur Auslegung von Art. 408 H.G.B. 6, 235.

### Frachtgeschäft.

Haftung der Eisenbahn für Gegenstände, welche die Reisenden auf der Reise bei sich tragen (H.G.B. Art. 425) 5, 147.

Bedeutung der Einrede, daß der Käufer die Verladungsdokumente nicht rechtzeitig erhalten habe 7, 33.

Gewährsam an den Waren einer in landrechtlicher Errungenschaftsgesellschaft lebenden Handelsfrau (Art. 11 Abs. 1 des württb. Einf. Ges. zum H.G.B.) 6, 96.

## Sechster Abschnitt.

### Wechselrecht.

#### Indossament.

Setzt § 16 Abs. 2 der Wechselordnung nur das Vorhandensein eines formgerechten Protestes oder auch die Gültigkeit dieses Protestes voraus? 1, 163.

Kann die Uebertragung einer Wechselforderung, die im Weg der Indossamentierung des Wechsels hätte erfolgen sollen, als mittels Fessien erfolgt gelten, wenn die Indossamentierung aus Versehen unterblieben ist? 9, 73.

1. Durch die Begebung des vom Aussteller auf seinen Schuldner gezogenen Wechsels wird die der Wechselziehung zu Grunde liegende civilrechtliche Forderung des Ausstellers gegen seinen Schuldner nicht an den Wechselnehmer abgetreten.
2. Der Wechselaussteller kann die in der Wechselziehung enthal-

tene Anweisung zur Erhebung der Wechselsumme von dem Bezogenen vor der Acceptierung oder der Bezahlung des Wechsels durch den letzteren gegenüber dem Bezogenen, dagegen nicht gegenüber dem Wechselnehmer widerrufen 3, 6.

Annahme (Acceptation).  
(B.O. A. 21 ff.)

Im Zweifel ist anzunehmen, daß ein Prokurist, welcher den gleichen Namen führt, wie die von ihm vertretene Firma, durch Unterzeichnung seines Namens einen auf die Firma gezogenen Wechsel für diese auch dann acceptiert, wenn er das Accept ohne einen die Procura andeutenden Zusatz unterzeichnet 1, 163.

Zu Art. 74 der Wechselordnung

und zum Begriff grober Fahrlässigkeit 3, 265.

### Wechselverjährung. (W.O. N. 77 ff.)

Gilt die 40jährige Frist der Litispendenz-Verjährung auch bei Wechselforderungen? 7, 48.

Klagerecht des Wechselgläubigers. (W.O. Art. 81 ff.)

Legitimation des Wechselinhabers als Wechselgläubigers, wenn der Aussteller und Indossant seinen Namen auf den Wechsel erst nach der Unterzeichnung desselben durch den Indossatar und Vormann des Wechselinhabers gesetzt hat. Absicht dieses Vormanns, sich gegenüber seinem Nachmann wechselfähig zu verpflichten 3, 184.

Ist zur Begründung der Klage des Wechselformstellers gegen den Acceptanten vorgängige Präsentation des Wechsels zur Zahlung erforderlich? 7, 177.

Schadensersatzanspruch wegen Nichtbefolgung des Auftrags, Wechsel zum Accept zu präsen-

tieren. Kausalzusammenhang. Verpflichtung u. Substitutionsrecht des Beauftragten 6, 176. Zulässigkeit einer Feststellungsklage, wenn der beklagte Wechselformsteller in Betreff einer vom Kläger beanspruchten Wechselforderung gegen den Acceptanten behauptet, sie stehe dem Kläger nicht zu, ohne sie aber für sich zu beanspruchen? 9, 73. Haftung des mit dem Wechselformzug Beauftragten für Verschulden in der Auswahl des Substituten 2, 330.

Bürgschaft für die im Kontokorrentverkehr von dem einen Kontrahenten an den andern zu begebenden und von dem letzteren zu diskontierenden Wechsel und deren richtigen Eingang 3, 177.

Wechselprotest. (W.O. Art. 87 ff.)

Gültigkeit des von dem Gehilfen eines auswärtigen Gerichtsnotars im Fall der Verhinderung des letzteren ausgenommenen Wechselprotestes 3, 183.

## Siebenter Abschnitt.

### Genossenschaftsrecht. Patentrecht. Gebrauchsmusterschutz.

#### Markenschutz. Versicherungsrecht.

Haftung eines Genossenschaftsverbands aus einem Vertrag, den sein Vorstand (angeblich) in Ueberschreitung seiner statutenmäßigen Befugnisse abgeschlossen hat 7, 261.

Verpflichtung eines landwirtschaftlichen Konsumvereins zur Anmeldung des Vereins behufs Eintrags in das Genossenschaftsregister 4, 217.

#### Patentrecht.

Hat der Patentinhaber, welcher

einen Lizenzvertrag abgeschlossen hat, im Fall der späteren Vernichtung seines Patents dem Lizenznehmer den hiedurch erwachsenen Schaden zu ersetzen? 2, 1.

Verletzung des Patentschutzes 4, 203.

#### Markenschutzgesetz.

Erlischt das durch die Anmeldung des Warenzeichens erlangte Recht, wenn die Aenderung der Firma, für welche dasselbe an-



- gemeldet worden ist, und die Beibehaltung des Zeichens für die geänderte Firma nicht angemeldet wird? Wie lange kann diese Anmeldung nachgeholt werden?
- Finden die auf die Eintragung der Firma im Handelsregister sich beziehenden Bestimmungen des Markenschutzgesetzes Anwendung auf die Warenzeichen von Gewerbetreibenden, welche im Inlande eine Handelsniederlassung nicht besitzen? 1, 133.
- Unter welchen Voraussetzungen ist ein aus Wort, Zahl und figürlicher Darstellung zusammengesetztes Zeichen ein eintrags- und schutzfähiges Warenzeichen im Sinne des Markenschutzgesetzes? 3, 13.
- Zu § 14 des Reichsgesetzes zum Schutz der Warenbezeichnungen vom 12. Mai 1894. 8, 180.
- Gebrauchsmusterschutzgesetz vom 1. Juni 1891.
- „Offenkundige Benutzung“ im Sinne des § 1 Absf. 2 10, 312.
- Zu § 6 des Gebrauchsmusterschutzgesetzes vom 1. Juni 1891 9, 53.
- Arbeiterversicherung.
- Zulässigkeit der Schadenersatzklage eines Fabrikarbeiters gegen den Fabrikanten wegen von letzterem verschuldeter Verschämung der Anmeldung eines Anspruchs des Arbeiters gegen die Berufsgenossenschaft 9, 163.
- Unfallversicherung.
- Begriff des Unfalls, angebliche unwahre Angaben und eigenes Verschulden des Versicherten 8, 167.
- Unter welchen Voraussetzungen kann der dritte, der für einen unter das württemb. Fürsorgegesetz vom 23. Mai 1890 fallenden Unfall aufgenommen hat, gegenüber dem Erfahsanspruch des Staats aus Art. 10 Absf. 2 dieses Gesetzes sich auf einen mit dem Verletzten oder dessen Erben geschlossenen Vergleich berufen? 6, 308.
- Entschädigung nach dem Viehseuchengesetz.
- Zur Auslegung der §§ 57 u. 62 des Reichsgesetzes betr. Abwehr und Unterdrückung der Viehseuchen vom 23. Juni 1880 in der Redaktion vom 1. Mai 1894 (vgl. Art. 2 des württb. Ausf.-Ges. vom 20. März 1881). 9, 307.
- Versicherungsvertrag.
- Siltigkeit von Vertragsbedingungen, wonach mündliche, den Agenten oder Beamten der Gesellschaft gemachte Angaben als nicht gemacht gelten sollen und die Unrichtigkeit bezw. Unvollständigkeit der Angaben des Versicherten den Vertrag ungiltig machen soll ohne Rücksicht darauf, ob seitens des Versicherten ein Irrtum, Fahrlässigkeit oder böse Absicht vorliegt? 7, 28.
- Auslegung von Versicherungsbedingungen 8, 61.
- Was ist unter „offenbarer Trunkenheit“ zu verstehen? Beweislast 8, 158.
- Lebensversicherung.
- Verwirklichungsklausel 8, 161.
- Papiere auf den Inhaber.
- Werden auf den Inhaber lautende Schuldverschreibungen durch Einschreibung auf den Namen in gewöhnliche Schuldurkunden verwandelt? Abhandlung 5, 347.

## Zweiter Teil.

## Freiwillige (nichtstreitige) Gerichtsbarkeit.

- Beweiskraft eines Weibringens-Inventars 6, 95.  
 Besportelung einer Weibringens-Inventur 4, 211.  
 Zuständigkeit für Bestellung eines Vormunds für den Seitenverwandten eines dem ritterschaftlichen Adel angehörigen Rittergutsbesizers 3, 287.  
 Zuständigkeit der Vormundschaftsbehörde zur Beaufsichtigung sog. reiner Familienstiftungen 4, 331.  
 Wem ist von der Teilungsbehörde die Erhebung der Klage aufzugeben, dem Testaments- oder dem Intestat-Erben? 5, 46.  
 Gebühren eines Notars für Einzug des Fahrnis-Erlasses in einer Verlassenschaftssache 4, 213.  
 Die civilrechtliche Verpflichtung zur Leistung des Offenbarungseids bestimmt sich nach Art. 16 des württb. Ausführungs-gesetzes vom 18. Aug. 1879 zur R.G.P.D. 5, 154.  
 Abänderung gerichtlicher Entscheidungen in Sachen der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit im Wege der Dienstaufsicht? 10, 21.  
 Haftung eines Richters für Fahrlässigkeit im Gebiete der freiwilligen Gerichtsbarkeit 3, 38.  
 Syndikatsklage gegen einen Notar, der bei Leitung einer Teilungsverhandlung einen Theiligten über das ihm kraft Versendung zustehende Erbrecht nicht belehrt hat 10, 70.  
 Anfechtung einer anerkannten Teilung wegen angeblicher Forderung durch den die Teilung leitenden Notar? 10, 69.

## Dritter Teil.

## Strafrecht.

- St.G.B. § 4.  
 Amtsvergehen eines in ägyptischen Diensten stehenden deutschen Reichsangehörigen. Konsulargerichtsbarkeit. Exterritorialität 4, 306.  
 St.G.B. § 55.  
 Umfang der Feststellungen im Falle der Geltendmachung vermeintlicher Notwehr 2, 30.  
 Strafantrag.  
 Ist nach dem Tode des Vaters die eheliche Mutter als gesetzliche Vertreterin des Kindes im Sinne des § 65 des St.G.B. anzusehen? 1, 187.  
 Zusammentreffen strafbarer Handlungen. (St.G.B. § 73 ff.)  
 Reale oder ideale Konkurrenz zwischen Hausfriedensbruch, Körperverletzung und Bedrohung? 3, 81.  
 Widerstand gegen d. Staatsgewalt.  
 Rechtmäßigkeit der Amtsausübung

- ung bei dem Betreten einer mit Militärverbot belegten Wirt-  
schaft behufs deren Revision  
durch eine Militärpatrouille?  
St.G.B. § 113 Abs. 3 1, 197.
- Thätlicher Angriff auf einen Poli-  
zeidiener bei Vollstreckung einer  
nicht unter den gesetzlichen Vor-  
aussetzungen erlassenen ortspo-  
liceilichen Verordnung. Umfang  
der Feststellungen im Fall gel-  
tend gemachter vermeintlicher  
Notwehr. §§ 113 und 53 des  
St.G.B. Art. 51 ff. d. Pol. St.  
G. vom 27. Dezember 1871, in  
Verb. mit der R.V.D. von dem-  
selben Tage, betr. die bürgerl.  
Feier der Sonn-, Fest- und  
Feiertage 2, 30.
- Irrtum des einem Vollstreck-  
ungsbeamten in der rechtmä-  
ßigen Ausübung seines Amtes  
Widerstand Leistenden bezüglich  
der Rechtmäßigkeit der Amts-  
handlung 1, 313.
- St.G.B. § 166. Vergl. § 360. 3. 11.
- Vergehen der Verübung bes-  
chimpfenden Unfugs in  
einer Kirche oder Uebertre-  
tung der Verübung groben Un-  
fugs? 3, 93.
- Verbrechen und Vergehen  
wider die Sittlichkeit.
- Fällt ein Amtsgerichtsschreiber,  
welcher mit einer beidem Amtes-  
gericht in Untersuchungshaft be-  
findlichen Person den Beischlaf  
vollzieht, unter den § 174 des  
St.G.B.? 1, 192.
- Beleidigung.
- Erfordert der Begriff der Be-  
leidigung (St.G.B. § 185) einen  
Angriff auf den sittlichen Wert  
des Andern? 4, 303.
- Beleidigung durch eine Post-  
karte 4, 304.
- Schutz des § 193 bei Wahrneh-  
mung fremder Interessen 3, 87.
- „Umstände“, „Form“ im Sinne  
des § 193 des St.G.B., Fest-  
stellung derselben 1, 189.
- Genügt die Annahme, daß eine  
Aeußerung nicht ausschließlich  
zur Wahrnehmung berechtigter  
Interessen geschehen sei, zur  
Verurteilung wegen Beleidig-  
ung? §§ 186 und 193 des St.-  
G.B. 2, 38.
- Zur Frage der Anwendung des  
§ 193 auf Fälle des § 187 des  
St.G.B. 2, 351.
- Voraussetzungen der Verurteilung  
auf § 193 des St.G.B. im Fall  
von Anzeigen strafbarer Hand-  
lungen bei einer Behörde. Muß  
der Anzeigende in Betreff der  
Wahrheit der angezeigten That-  
sachen sich in gutem Glauben  
befinden? Einfluß des Beweg-  
grunds zu der Anzeige 2, 354.
- Körperverletzung.
- Vorsätzliche Körperverletzung:  
Feststellung der Rechtswidrig-  
keit des Handelns 4, 74.
- Kann ein zum Stoßen mit seiner  
Spitze verwendeter Stiefel als  
eine Waffe, bezw. ein gefähr-  
liches Werkzeug im Sinne des  
§ 223 a des St.G.B. gelten?  
1, 71.
- St.G.B. §§ 242. 263.
- Diebstahl oder Betrug? 1, 194.
- Urkundenfälschung.
- Findet § 271 des St.G.B. An-  
wendung, wenn ein Beschuldig-  
ter bei seiner Vernehmung vor  
der Strafbehörde sich einen fal-  
schen Namen beilegt und hie-  
durch herbeiführt, daß die über  
seine Verurteilung an das Reichs-  
justizamt überfandene Strafna-  
richt auf jenen falschen Namen  
lautet? 2, 62.
- Jagdvergehen: Fallwild,  
Schonzeit, Einziehung des Ge-  
wehrs. St.G.B. §§ 292, 293, 295.

Der Thatbestand des § 360 Nr. 13 des St.G.B. 4, 323.

Sind unter den Ausdrücken „Arzneien“ in § 367 Ziff. 3 St.G.B. und „Heilmittel“ in § 1 der Kaiserl. Verordnung vom 27. Januar 1890 betr. den Verkehr mit Arzneimitteln auch Heilmittel für Tiere begriffen? 6, 362.

Zu § 367 Ziff. 3 St.G.B. § 9 des der Kaiserl. Verordnung vom 27. Jan. 1890 anliegenden Verzeichnisses und § 7 der Verfügung des Ministeriums des Innern vom 19. Dezbr. 1891. Homöopathische Vereinsapotheken 6, 364.

### Reichspreßgesetz.

Muß von Bekanntmachungen, Plakaten und Aufrufen, welche öffentlich angeschlagen, ausgestellt oder unentgeltlich verteilt werden sollen, ein Pflichtexemplar an die Ortspolizeibehörde jedes Orts, wo der Anschlag, die Ausstellung oder Verteilung stattfindet, abgeliefert werden, oder genügt die einmalige Ablieferung an die Ortspolizeibehörde des Ausgabeorts? 10, 357.

### Impfgesetz.

1. Kann eine Uebertretung des § 14 Absf. 2 des Impfgesetzes durch Nichtbeachtung einer Anforderung zur Impfung außerhalb der im § 6 Absf. 2 bestimmten Zeit begangen werden?
2. Kann in Einem Jahre wiederholt auf Grund des § 14 Absf. 2 gegen dieselbe Person Strafe verhängt werden?
3. Schließt eine Bestrafung aus dem ersten Absatz des § 14 eine spätere Bestrafung derselben Person aus dem zweiten Absatz dieses Paragraphen aus? 1, 62.

Die Zulässigkeit wiederholter Bestrafung auf Grund des § 14 Absf. 2 des Impfgesetzes vom

8. April 1875 8, 125.

### Viehseuchen.

Versehlungen gegen das Reichsgesetz betr. die Abwehr und Unterdrückung von Viehseuchen vom 23. Juni 1880 4, 297.

Württembergisches Polizeistrafrecht.

Art. 7 Ziff. 3 des württb. Pol.-St.G. vom 27. Dez. 1871 4, 75.

### Konkubinats.

Sind landesrechtliche, den Konkubinats mit Strafe bedrohende Bestimmungen mit dem geltenden Reichsrecht im Widerspruch? Dauer des Zusammenlebens. Begriff der Erregung öffentlichen Aergernisses.

Art. 14 des Württb. Polizeistrafgesetzes vom 27. Dez. 1871 2, 356.

Der Thatbestand der Uebertretung im Sinne des Art. 17 Ziffer 4 des Landesgesetzes betr. die Regelung der Jagd v. 27. Okt. 1855 4, 72.

Erfordert Art. 32 Ziff. 5 des Pol.-St.Ges. vom 27. Dez. 1871 ein wissenschaftliches Zuwiderhandeln? 10, 353.

Ist das unerlaubte Anbieten auswärtiger Lose in Württemberg an verschiedene Personen als eine einzige Uebertretung zu behandeln, wenn dasselbe auf einen einheitlichen Entschluß zurückzuführen ist? 8, 227.

Der Verkauf, das Anbieten oder Feilhalten von Losen auswärtiger, in Württemberg nicht genehmigter Lotterien an verschiedene Personen dieses Staats ist eine einheitliche Gesamtthat. Abhandlung 4, 108.

### Abgabe von Arzneien.

Ist auch die ohne polizeiliche Er-

laubnis erfolgte unentgeltliche Abgabe von Arzneien, wenn der Handel mit denselben nicht freigegeben ist, strafbar? 1, 69.

1. Müssen in Württemberg die von einem Bierbrauer an seine Kunden gelieferten Bierfäßchen gezeichnet sein?
  2. Gilt der bayerische Eichungsstempel auf Fässern auch für das übrige Reichsgebiet? Abhandlung 6, 116.
- Kann die Polizeibehörde im Falle realer Konkurrenz mehrerer Uebertretungen eine Strafe von mehr als 14 Tagen Haft verhängen? Abhandlung 5, 121.

#### Verjährung.

Wird die Verjährung der Strafverfolgung durch Erlassung einer polizeilichen Strafverfügung oder erst durch deren Bekanntmachung an den Beschuldigten unterbrochen? 10, 353.

Zu widerhandlungen gegen die Zoll- u. Steuergesetze.

Zur Auslegung von § 10 des Reichsgesetzes über den Spielfartenstempel, vom 3. Juli 1878 (R.G.Bl. S. 133). Abhandlung 1, 219.

Besteuerung des Hausiergewerbebetriebs.

Begründet der Karussellbetrieb im Umherziehen die Pflicht zur Entrichtung der sog. Ausdehnungsabgabe nach Maßgabe des Art. 2 des Ges. v. 23. Mai 1890 betr. die Kommunalbesteuerung des Hausiergewerbebetriebs? 6, 373.

Welche Verpflichtungen legt die zur Vollziehung des württemb. Malzsteuergesetzes vom 8. April 1856 (Reg.Bl. S. 99)

in § 32 Z. 1 u. 3. 5 den Bierbrauern u. s. w. bezüglich der vom Steuerpersonal vorzunehmenden Visitationen auf? 2, 152.

#### Wirtschaftsabgabengesetz.

Fällt eine unkontrollierte Weineinlage eines Wirts unter Art. 50 des Wirtschaftsabgabengesetzes nur dann, wenn sie zum Zwecke des Ausschanks erfolgt? 1, 66.

Kontrolle vergehen 10, 215.

Kann auf Grund des Art. 11, letzter Absatz, des württ. Gesetzes vom 19. Sept. 1852, betr. die Steuer von Kapital-, Renten-, Dienst- und Berufs-einkommen ein Strafverfahren stattfinden? 2, 52.

Die Steuerdefraudation nach dem Tode des Defraudanten. Abhandlung 2, 111.

Das württ. Forststrafgesetz vom 2. Sept. 1879. Abhandlung 3, 126.

Art. 14 des württ. Forststrafgesetzes vom 2. Sept. 1879. Abhandlung 1, 374.

Ist der Art. 54 des württ. Forststrafgesetzes vom 2. Sept. 1879, nach welchem auf die Begünstigung und die Hehlererei bezüglich eines Forstdiebstahls das für den Forstdiebstahl selbst vorgeschriebene Verfahren Anwendung findet, mit den Bestimmungen der St.P.O. vereinbar? Abhandlung 3, 109.

#### Ordnungsstrafen.

Zustellung eines Ordnungsstrafe gegen einen Rechtsanwalt verhängenden Beschlusses an dessen gemäß §§ 29, 25 R.A.O. bestellten Vertreter? 10, 351.

Hat die nach dem Gesetz vom 13. März 1881, betr. die Einführung von Ordnungsstrafen

bei Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften des Accise-gesetzes vom 18. Juli 1824, des Wirthschaftsabgabengesetzes vom 9. Juli 1827 und

des Hundeabgabengesetzes vom 8. Sept. 1852 (Reg.Bl. S. 171) zu erkennende Ordnungsstrafe eine subjektive Verschuldung zur Voraussetzung? 2, 150.

## Vierter Teil.

### Gerichtsverfassung.

Zuständigkeit der Amtsgerichte.

Zur Auslegung des § 23 Ziff. 2 G.B.G. 9, 350.

Rechtshilfe.

Zur Frage des Verbots einer im Rechtshilfsweg vorzunehmenden Handlung. Ger.-Verf.-Ges. § 159

und 160. 3, 85.

Findet § 160 Satz 1 des Ger.-Verf.-Ges. Anwendung auf Beschwerden wegen Verweigerung der Rechtshilfe in Beziehung auf Akte der Strafvollstreckung? 1, 322.

Weiterübertragung eines Ersuchens um Rechtshilfe. Beschl. vom 27. Juni 1888 (Nr. 213) 2, 41.

## Fünfter Teil.

### Civilprozeß.

#### Allgemeines.

Zulässigkeit des Rechtswegs 2, 127.

Zur Frage der Zulässigkeit des Rechtswegs. Abhandlung 2, 184.

Zur Frage der Zuständigkeit der Civilgerichte. Abhandlung 2, 81.

Sachliche Zuständigkeit der Gerichte.

Berechnung des Streitwertes, wenn Streitgegenstand die Teilung eines den Parteien gemeinschaftlich gehörigen Grundstücks ist? 9, 356.

Streitwert, wenn nur über die Fälligkeit der eingeklagten Forderung gestritten wird 3, 137. 6, 356.

Streitwert nach dem Kurs- oder

Nominalwert eines Wertpapiers 3, 138.

C.P.D. § 4. Futterkosten als Nebenforderung. Abhandlung 3, 100.

Zu § 6 der C.P.D. 3, 138.

Gerichtsstand. (C.P.D. § 13 ff.)

Welches Recht ist für das Erbrecht des überlebenden Gatten und für die Form eines Erbverzichts maßgebend? Begriff des Wohnsitzes 6, 199.

C.P.D. § 17. Teilt die Ehefrau den allgemeinen Gerichtsstand d. Ehemanns oder nur den Gerichtsstand des Wohnsitzes desselben? 1, 42. Gerichtsstand des § 24 der C.P.D.

- Der Einzelkaufmann hat an demjenigen Ort, an welchem er unter einer Firma ein Handelsgeschäft betreibt, ohne diesen Ort als Mittelpunkt seiner häuslichen oder geschäftlichen Verhältnisse zum regelmäßigen Aufenthalt zu nehmen, keinen Wohnsitz im rechtlichen Sinn 1, 295.
- Ist der Gerichtsstand des § 25 C.P.D. begründet für eine Klage, mit welcher der Verzicht auf ein Pfandrecht gegenüber dem Eigentümer der verpfändeten Liegenschaft angefochten wird? 6, 225.
- Gerichtsstand der Klage auf Anerkennung des statutarischen Ruheungsrechts an Liegenschaften 6, 199.
- Gerichtsstand des Erfüllungsorts 5, 80.
- Erfüllungsort bei Klagen auf das Interesse wegen Nichterfüllung einer Verpflichtung 7, 53.
- Erfüllungsort für die Bezahlung eines Kauffchillingsrests, wenn ein Teil des Kaufpreises gegen Uebergabe der Ware am Ort der Uebergabe bezahlt worden ist? 7, 67.
- Der § 33 C.P.D. setzt den Zusammenhang des widerklagend erhobenen Gegenanspruchs mit einem statthaftern Verteidigungsmittel gegen die Klage voraus 3, 188.
- Zur Frage der Zulässigkeit eine eventuelle Widerklage 9, 343.
- Voraussetzungen der Gerichtsstände der §§ 686 und 29 der Civilprozessordnung 1, 267.
- Prozessfähigkeit. (C.P.D. § 50.)
- Voraussetzungen der Prozessfähigkeit einer Personenvereinigung 9, 173.
- Beteiligung Dritter am Rechtsstreite. (C.P.D. § 69.)
- Voraussetzungen einer gültigen Streitverkündung 7, 5.
- §§ 77, 162. Kann durch den Parteiwillen ein Substitutionsbevollmächtigter zum eigentlichen Prozessbevollmächtigten im Sinn des §§ 77, 162 der C.P.D. werden? Abhandlung 3, 355.
- Prozesskosten. (C.P.D. § 87 ff.)
- Ueber den Umfang der Prozesskostenerfordderung 3, 358.
- Die Kosten des persönlichen Erscheinens des Klägers bei der mündlichen Verhandlung sind nicht unter allen Umständen zu erstatten 3, 140.
- Kosten eines Vergleichs und des durch Vergleich erledigten Rechtsstreits. Zur Auslegung des § 94 der C.P.D. 6, 336.
- Unter welchen Voraussetzungen läßt sich eine Berufung noch begründen, die eingelegt wird, nachdem der Berufungskläger den Gegner in der Hauptsache befriedigt hat? 7, 56.
- C.P.D. § 98. Darf ein Antrag auf Kostenfestsetzung in demselben Rechtsstreit nur einmal gestellt werden? 4, 9.
- Festsetzung von Kosten auf Grund eines rechtskräftigen Urteils, dessen Vollstreckung gemäß § 10 des Anfechtungsgesetzes vom Eintritt der Rechtskraft der gegen den Schuldner ergangenen Entscheidung abhängig gemacht wird 4, 222.
- Rückgabe der dem Gericht vorgelegten Handakten eines Anwalts 5, 87.
- Kostenfestsetzungsverfahren in gemeindegewichtlichen Prozessen? 10, 346.
- C.P.D. § 99. Zulässigkeit einer Beschwerte gegen einen Kostenfestsetzungs-Beschluss, wenn kein zur Zwangsvollstreckung geeigneter Titel vorhanden ist 3, 145.
- § 100 der C.P.D. hat nur den Fall im Auge, wenn beide

Parteien an den Prozeßkosten nach Quoten zu tragen haben 3, 147.

Sind die Vorschriften des 5. Titels 2. Abschnitts des 1. Buchs der C.P.D. (§§ 87—100, insbesondere § 94) auch auf Entscheidungen über den Kostenpunkt Anwendung, welche im Zwangsvollstreckungsverfahren ergehen? 1, 29.

### Sicherheitsleistung.

Zu Abs. 2 Ziff. 1 § 102 C.P.D.

Ist ein in Deutschland als Kläger im Civilprozeß auftretender ungarischer Staatsbürger kautionspflichtig? 7, 254.

Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten in der Türkei 5, 118.

C.P.D. § 138. Kumulation von Prozessen 9, 173.

C.P.D. § 143. Besteht ein Beschwerderecht gegen einen Beschluß, der den „Antrag“ auf Zurückweisung eines Bewollmächtigten (§ 143 Abs. 2 C.P.D.) ablehnt? Zur Frage der Zulässigkeit der weiteren Beschwerde 10, 97.

### Zustellung.

Zu § 164 der C.P.D. (Zustellung eines Schriftsatzes, durch welchen ein Rechtsmittel eingelegt wird) 1, 176.

Zu der Verfügung des R. Justizministeriums vom 11. Mai 1892, betr. die f. g. Ersahzustellung, C.P.D. § 166 ff. (Amtsblatt von 1892 S. 21) 5, 111.

Zu § 173 Abs. 3 C.P.D. 3, 289.

C.P.D. § 177 ff. 165. Zustellung durch die Post an einem andern Ort als dem in der Adresse des Briefs bezeichneten 1, 174.

Zur Auslegung des § 190 C.P.D. Ist derselbe im Fall des § 4 des Anfechtungsgesetzes anwendbar? 9, 177.

Ladungen, Termine und Fristen. (C.P.D. § 193.)

Ist dem obliegenden Kläger die von dessen Anwalt an den Gerichtsdienner für das Zurückbringen der Urschrift der Klage mit Terminsvermerk bezahlte Ganggebühr zu erstatten? 6, 227.

Folgen der Versäumung. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.

Zur Auslegung des § 214 Abs. 3 C.P.D. 9, 182.

Die Nachholung der versäumten Prozeßhandlung kann in den Fällen des § 214 Abs. 3 der C.P.D. durch mündlichen Vortrag des Inhalts des zuzustellenden Schriftsatzes erfolgen 2, 9.

Verfahren bis zum Urteil. Klagschrift.

Bestimmte Angabe des Grundes des erhobenen Anspruchs in der Klagschrift (C.P.D. § 230 Z. 2) 5, 305.

Zur Auslegung des § 230 Ziff. 1 C.P.D. bezüglich der Bezeichnung einer als Partei auftretenden offenen Handelsgesellschaft 9, 325.

Teilung von Klagen 4, 238.

C.P.D. § 231. Voraussetzungen der Zulässigkeit einer Feststellungsklage 9, 347.

Feststellungsklage. Rechtliches Interesse 3, 66.

F. in Beziehung auf einen künftig entstehenden Schaden 3, 335.

C.P.D. § 232. Unstatthafte Klagenhäufung b. eventueller Verbindung der Klage aus dem Recht mit der Feststellungsklage? 8, 206.

C.P.D. § 234. Einlassungsfrist, Berechnung 10, 94.

C.P.D. § 235. Rechtshängigkeit 4, 28.



Klageänderung (C.P.D. § 235)  
9, 165.

Klageänderung, wenn der Anspruch auf Bezahlung einer Vertragsstrafe in zweiter Instanz auf Verletzung einer andern Vertragsbestimmung gestützt wird, als der in erster Instanz bezeichneten? 8, 225.

C.P.D. § 240. Nachträgliche Verbesserung von Mängeln der Klagerhebung 7, 291.

C.P.D. § 251. Zeugnung einer Einredebehauptung od. Replik? 6, 329.

§ 259. Verpflichtung des Beklagten zur Duldung richterlicher Handlungen auf seinem Grundstück? 9, 335.

C.P.D. § 268, vgl. §§ 317, 335. Hat Anberaumung eines Termins zur Fortsetzung der mündlichen Verhandlung von Amts wegen stattzufinden, wenn in einer zur Vergleichsverhandlung vor dem Richterstatler verwiesenen Rechtsache ein Vergleich nicht zu Stande gekommen ist? 9, 327.

### Urteil.

Zwischenurteil im Sinne des § 276 C.P.D. über eine teils im Weg der Aufrechnung, teils in dem der Widerklage geltend gemachte Forderung? 9, 328.

C.P.D. § 293. Umfang d. Rechtskraftwirkung eines Urteils 9, 55.

Verfäumnisurteil. (C.P.D. § 296.)

Kann ein Verfäumnisurteil für vorläufig vollstreckbar erklärt werden, wenn der Antrag auf vorläufige Vollstreckbarkeit der ausgebliebenen Partei nicht rechtzeitig mittels Schriftsatzes mitgeteilt worden ist? Abhandlung 2, 102.

### Verhandlung.

Begriff der Verhandlung im Sinne der §§ 298, 488, 504 der C.P.D. Wenn die zum Verständnis der Berufungsanträge und zur Prüfung der Richtigkeit der angefochtenen Entscheidung erforderlichen Thatsachen von den Parteien in dem Verhandlungstermin vor dem Berufungsgericht nicht vorgetragen werden, kann ein kontradiktorisches Urteil nicht erlassen werden 5, 207.  
C.P.D. § 300. Ist unter „Antrag“ in Nr. 3 des § 300 C.P.D. auch der Antrag auf vorläufige Vollstreckbarkeit mit begriffen? Abhandlung 3, 233.  
Zum Begriff der „Thatsachen“ im Sinne des § 410 C.P.D. 6, 332.

### Beweis durch Eid.

Anwendung des § 433 C.P.D., wenn sich herausstellt, daß der Schiedsleid einer Person als gesetzlichem Vertreter einer Partei auferlegt ist, die zur Zeit des in Frage stehenden Vorgangs nicht gesetzlicher Vertreter war 10, 318.

Sind in einem Fall, wo der Rechtsstreit gemäß § 467 C.P.D. vor das Landgericht verwiesen worden ist, dem obliegenden Kläger die Kosten des amtsgerichtlichen Verfahrens unbedingt zu erstatten? 6, 358.

Sühneversuch. (C.P.D. §§ 471, 571.)

Kann der zum Prozeßbevollmächtigte bestellte Rechtsanwalt die Gebühr des § 37 der Rechtsanwaltsgebührenordnung für die Mitwirkung b. einem Sühneversuch in Anspruch nehmen? 2, 143.

Rechtsmittel. Berufung. (C.P.D. § 479.)

Zulässigkeit der Berufung bei un-

richtiger Bezeichnung der Parteien in der Berufungsschrift 9, 165.

Zur Auslegung des § 501 C.P.O. 9, 328.

Wiederaufnahme des Verfahrens. (C.P.O. § 541 ff.)

Ist eine Klage auf Ersatz des dem Kläger durch eine Zwangsvollstreckung zugefügten Schadens, die sich darauf stützt, daß der Beklagte das vollstreckbare Urteil durch Betrug erschlichen habe, noch möglich, wenn die Rechtskraft zur Erhebung einer Restitutionsklage abgelaufen ist? 7, 60.

Urkundenprozeß.

(C.P.O. § 556.)

Müssen im Urkundenprozeß die dem Beklagten mit der Klageschrift zugeestellten Abschriften von Urkunden beglaubigt sein? Folgen der Unterlassung der Beglaubigung 9, 188.

C.P.O. § 568 ff. Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens 2, 275, 276.

Die Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens ist unzulässig gegen einen mit unbekanntem Aufenthalt abwesenden Ehegatten 2, 253.

Ernstlichkeit der Absicht des Klagenden, der Absicht der Wiedervereinigung 2, 256, 260.

Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens unter Katholiken. Gestattung des Getrenntlebens wegen unsittlichen Verhaltens des andern Theils 2, 265.

Israelitisches Recht 2, 262.

Wird die Berechtigung des Ehegatten, auf Herstellung des ehelichen Lebens zu klagen, dadurch ausgeschlossen, daß derselbe sich eines Ehebruchs schuldig gemacht hat, und zwar auch dann, wenn der unschuldige Teil nicht auf Scheidung klagt? 2, 269.

Der getrennt lebende Ehegatte

kann sich auch noch nach Ablauf eines Jahres von der Rechtskraft des die Pflicht zur Herstellung des ehelichen Lebens aussprechenden Urteils an zur Rückkehr erbieten 2, 279.

Erbieten zur Rückkehr. Ernstlichkeit dieser Absicht 2, 284.

Vollziehung eines von einem nicht württembergischen Gericht behufs Vollstreckung eines Urteils auf Herstellung des ehelichen Lebens erlassenen Haftbefehls in Württemberg? 9, 192.

Quasidesertion u. Ehebruch 2, 287.

Die Klage wird durch einen vom Kläger begangenen Ehebruch ausgeschlossen 2, 289.

Verhältnis der Quasidesertion und des Ehebruchs. Ist die Erhebung einer Widerklage auf Scheidung der Ehe wegen Ehebruchs in zweiter Instanz zulässig? 2, 292.

Ehebruch.

Kompensation 5, 160.

Verzeihung 2, 307.

Scheidung wegen grober Verletzung der ehelichen Treue 2, 309, 315.

Versuch des Ehebruchs und unsittliche Handlungen als Scheidungsgründe 2, 317.

C.P.O. § 577. Eideszuschiebung über einen nicht spezialisierten Ehebruch 8, 208.

Zur Frage: Ist, wo Scheidung wegen Ehebruchs nicht begehrt wird, eine auf den Ehebruch gestützte Einrede der Klage auf Herstellung des ehelichen Lebens, bezw. der Scheidungsklage wegen Quasidesertion gegenüber mit peremptorischer Wirkung statthaft? 7, 115.

Scheidung der Ehe wegen Weischlafs eines der Ehegatten mit einem Dritten während der Zeit der Verlobung 6, 26.

Scheidung der Ehe wegen

- bösllicher Verlassung. Der Scheidungsklage steht nicht entgegen, daß ein Nichtigkeitsgrund vorliegt 5, 7.
- Böslliche Verlassung seitens einer von ihrem Ehemann mit dessen Einverständnis getrennt lebenden Ehefrau 6, 28.
- Scheidung wegen bösllicher Verlassung 2, 301.
- Die Scheidung wegen bösllicher Verlassung setzt eine schuldhafte Verlassung voraus 2, 298.
- Voraussetzungen der Scheidungsklage wegen bösllicher Verlassung 2, 299.
- Ehebruch des klagenden Theils 2, 304.
- Durch die Weigerung des unschuldigen Theils, mit dem andern Ehegatten zusammenzuleben, wird ein Ehebruch nicht entschuldigt 2, 306.
- Zur Lehre von der zeitlichen Trennung der Ehe (Toleramus) nach dem protestantischen Eherechte Württembergs. Abhandlung 4, 80.
- Klage auf ein Toleramus 2, 273.
- Voraussetzungen f. ein Toleramus. 2, 275. 276.
- Ungiltigkeit der Ehe wegen Geisteskrankheit eines der Ehegatten, welche schon zur Zeit der Eingehung der Ehe vorhanden gewesen sein soll 2, 323. 324.
- Fortsetzung des ehelichen Lebens in Kenntnis dieses Zustandes 2, 324.
- Ungiltigkeit der Ehe wegen Beischlafunfähigkeit eines Theils. Beweis durch körperliche Untersuchung 6, 24.
- Ehe-Ungiltigkeitsklage.**
- Voraussetzungen einer Ehe-Ungiltigkeitsklage wegen mangelnder Jungfräulichkeit der Ehefrau 2, 6.
- Ungiltigkeit der Ehe wegen Irrtums des Ehemanns über die sittliche Integrität der Ehefrau.
- Dieser Irrtum muß ein für die Entschließung des Ehemanns erheblicher gewesen sein 2, 319.
- Ungiltigkeit der Ehe wegen Irrtums eines Ehegatten über eine von dem andern Teil vor Eingehung der Ehe erlittene Freiheitsstrafe 2, 322.
- Verfahren in Entmündigungssachen. (C.P.O. § 593 ff.)**
- Ist der Staatsanwalt verpflichtet, ein durch den Tod des Antragstellers unterbrochenes Entmündigungsverfahren wegen Verschwendung wieder aufzunehmen? Landgerichtliche Entscheidung 3, 97.
- Pflicht zur Erstattung der Kosten, insbesondere der Anwaltsgebühren im amtsgerichtlichen Entmündigungsverfahren wegen Verschwendung 1, 43.
- Ist für die gleichzeitige Entscheidung (einschließlich des Verfahrens) über Anträge auf Entmündigung oder Wiederaufhebung derselben wegen Verschwendung und Geisteskrankheit nur der einmalige Ansat der Gerichtsgebühr § 34 Ziff. 1 (früher Ziff. 2) des G.R.G. begründet oder ist der Wert der Anträge zum Zwecke des Gebührenansatzes zusammenzurechnen? 4, 327.
- Mahnverfahren.**  
(C.P.O. § 628 ff.)
- Behandigung der Vollstreckungsbefehle des Vorstands des Gemeindegerichts an den Schuldner (Ausf.-Gef. zur C.P.O. Art. 13 Absf. 7). Abhandlung 3, 228.
- Zwangsvollstreckung. Allgemeine Bestimmungen.**  
(C.P.O. § 649.)
- Ueber die vorläufige Vollstreckbarkeit der in End-

- urteilen enthaltenen Kostenentscheidung. Abhandlung 5, 227.
- C.P.D. § 650. Voraussetzungen der Rückgabe der behufs vorläufiger Vollstreckung eines Urteils geleisteten Sicherheit vor eingetretener Rechtskraft des Urteils 8, 210.
- Können Gebühren für die Hinterlegung einer Sicherheit behufs Vollstreckbarkeit des Urteils von der Gegenpartei ersetzt verlangt werden? 3, 168.
- Die Auslagen eines Anwalts behufs Beschaffung einer Sicherheitsleistung zum Zweck der Vollstreckbarerklärung eines Urteils gehören zu den zu erstattenden Prozeßkosten 3, 170.
- Widerspruchsklage gegen Zwangsvollstreckung.
- Voraussetzungen der Exekutions-Interventionsklage 10, 86.
- Widerspruchsklage (§ 690 C.P.D.) auf Grund eines Retentionsrechts an d. gepfändeten Sache 2, 329.
- Interventionsklage eines in Erzungenschaftsgemeinschaft lebenden Ehemanns, der zur Duldung der Zwangsvollstreckung in das Vermögen seiner Ehefrau verurteilt ist, auf Grund seines Miteigentums an einer erzungenschaftlichen Liegenschaft, in die der Gläubiger die Zwangsvollstreckung beantragt 8, 319.
- Die §§ 690 u. 710 der C.P.D. und das Zivilrecht. Abhandlung 9, 257.
- Erinnerung nach § 685 C.P.D. oder Beschwerde nach § 701 eod.? 3, 275.
- Steht dem Schuldner eine Einwendung gegen die Art der Zwangsvollstreckung mittelst Pfändung beweglicher körperlicher Sachen auch dann zu, wenn er nicht Eigentümer derselben ist, sondern solche nur in Gewahrsam hat? 2, 125.
- Zwangsvollstreckung in körperliche Sachen.
- Pfändung von in Gewahrsam ein. Dritten befindlichen Sachen gegen den Willen des letzteren 5, 165.
- Pfändung der beweglichen Pertinenz einer unbeweglichen Sache. Kann die Pertinenz durch den Pfändungsakt einem bestehenden Unterpfandsverband entzogen werden? 5, 171.
- Zu § 715 Ziff. 1 C.P.D. 8, 213.
- Zur Auslegung des § 716 Abf. 2 C.P.D. 8, 214.
- Unzulässigkeit der Pfändung des ausbezahlten Arbeitslohns am Tage der Auszahlung 6, 39.
- Pfändungsgebühr in dem Fall, da gleichzeitig für zwei Gläubiger gepfändet wird 7, 308.
- Zwangsvollstreckung i. Forderungen und andere Vermögensrechte.
- Bedeutung eines Beschlusses, durch welchen eine Forderung gepfändet wird. Wird der Drittschuldner unter allen Umständen befreit, wenn er an den Pfändungsgläubiger bezahlt? 10, 327.
- Kann der dem Arbeiter oder Diensthöten bereits ausbezahlte Arbeits- oder Dienstlohn an dem Tag, an welchem derselbe gefesslich, vertrags- oder gewohnheitsmäßig zu entrichten war, gepfändet werden? C.P.D. § 749 Ziff. 1, Reichsgesetz vom 21. Juni 1869 betr. die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohns § 1. Abhandlung 1, 229.
- Verpflichtung einer Oberamtsparlasse zur Ausbezahlung einer Spareinlage ohne Vorlegung d. Sparfassenbuchs 7, 80.

Zwangsvollstreckung in das Recht auf die in einem Leibgedingsvertrag bedungenen Naturalleistungen 9, 337.

Zwangsvollstreckung in Ansprüche aus Lebensversicherung. Abhandlung 4, 366.

Die Pfändung einer Brandentschädigungsforderung gegen die allgemeine Gebäudebrandversicherungsanstalt in Stuttgart 5, 310.

Bei Berechnung der nach § 749 Ziff. 3 C.P.D. freizulassenden Bezüge sind nur solche Einkünfte in Rechnung zu nehmen, auf welche der Schuldner einen Anspruch hat 3, 279.

Wann ist die Zwangsvollstreckung in Forderungen beendet? 10, 87.

Kosten der Zwangsvollstreckung 3, 145.

Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen.

Wird ein im Zwangsvollstreckungsweg erfolgender Liegenschaftsverkauf nach der württ. Subhastationsordnung vom 18. Aug. 1879 perfekt mit der Zeichnung des höchsten Angebots oder mit der Erteilung des Zuschlagsbescheids? Ist für die Anfechtung des Zuschlagsbescheids der Rechtsweg zulässig? Ist die Vollstreckungsbehörde, auch soweit sie ihre Befugnisse überschreitet, noch gesetzliche Vertreterin des Vollstreckungsschuldners? 6, 251.

Zwangsvollstreckung z. Erwirkung einer Handlung, die durch einen Dritten nicht vorgenommen werden kann.

Muß nach § 774 C.P.D. sofort eine Strafe angezettelt werden, oder kann eine Frist zur Vornahme der Handlung unter An-

drohung einer Strafe erteilt werden? 3, 282.

Offenbarungseid und Haft.

Kosten, welche durch die Haft entstehen. Einfluß der Bewilligung des Armentrechts auf die in § 792 C.P.D. dem Gläubiger auferlegte Verpflichtung? 9, 192.

Arrest. (C.P.D. § 803.)

Besteht an dem zwecks Abwendung eines Arrests hinterlegten Geldbetrag ein gesetzliches Pfandrecht des Arrestklägers? 7, 282.

C.P.D. §§ 807, 809. Ist ein Arrestbefehl wegen veränderter Umstände aufzuheben, wenn seine Vollziehung wegen Fristablaufs nicht mehr möglich ist? 10, 335.

Die Grundlosigkeit einer Arrestanlage ist zur Begründung eines Ersatzanspruchs nicht genügend 1, 271.

Schiedsrichterliches Verfahren. (C.P.D. § 851 ff.)

Schiedsgericht oder Schadensabschätzung durch Schiedsmänner? Folgen des Unterbleibens einer solchen Schadensabschätzung? 9, 195.

Gerichtskosten.

Zur Auslegung des § 6 des Gerichtskostengesetzes 9, 355.

§ 11. Zur Frage der Gerichts- und der Anwaltsgebühren bei Trennung der Verhandlung im Sinne der §§ 136 u. 274 der C.P.D. 3, 190, 8, 342.

Zu § 19 des Gerichtskostengesetzes 9, 352.

Die Vorschrift des § 20 Ziff. 1 des Gerichtskostengesetzes ist nicht anwendbar auf eine Klage auf Leistung des Offenba-

- rungsseids 3, 150.
- Gerichts- und Anwaltsgebühr** im Falle einer Verhandlung, in welcher lediglich die gegenseitigen Anträge zur Verlesung gelangen 5, 211.
- Gebühren eines Gerichtsvollziehers** bei einem mehrere Rechtsangelegenheiten umfassenden Auftrag 5, 43.
- Rechtsanwaltsgebühren.**
- Voraussetzung der Anrechnung einer Gebühr nach § 7 u. nach § 44 der R.A.G.O. 3, 160.
- Zu § 10 der Rechtsanw.-Geb.-O. und § 11 des Gerichtskostengesetzes 3, 139.
- Für die Prozeßgebühr des Anwalts des Beklagten ist der Zeitpunkt der Uebernahme des Mandats entscheidend 3, 147.
- Anspruch auf eine Verhandlungsgebühr 5, 41, 6, 99.
- Berechnung der Verhandlungsgebühren, wenn über einen Teil des Streitgegenstands kontradiktorisch und über einen Teil nicht kontradiktorisch verhandelt wird 6, 101.
- Verhandlungsgebühr d. Anwalts, wenn Streitgenossen belangt werden 5, 42.
- Gerichts- und Anwaltsgebühr** im Falle einer Verhandlung, in welcher lediglich d. gegenseitigen Anträge zur Verlesung gelangen 5, 211.
- Berechnung der Anwaltsgebühren im Fall der Anordnung der Verhandlung mehrerer in einer Klage erhobener Ansprüche in getrennten Prozessen gemäß § 136 Abs. 1 C.P.O. (R.A.G.O. § 10, G.R.G. § 11) 3, 190, 8, 342.
- Beweisgebühr** 5, 42.
- Voraussetzungen der Berechnung der Beweisgebühr des § 13 Ziff. 4 R.A.G.O. 9, 357.
- Zulässigkeit der Anrechnung einer Beweisgebühr u. erhöhten Verhandlungsgebühr** (R.A.G.O. § 13 Z. 4 u. § 17) im Fall der Ermittlung des in einem Rechtsstreit zur Anwendung kommenden fremden Rechts gemäß § 265 C.P.O. 3, 151.
- Anrechnung einer Beweisgebühr und erhöhten Verhandlungsgebühr (R.A.G.O. § 13 Z. 4 u. § 17) im Falle der Feststellung von Thatsachen aus Akten, welche in der mündlichen Verhandlung vorgelegt worden sind 3, 15.
- Zulässigkeit der Anrechnung der Beweisgebühr und der erhöhten Verhandlungsgebühr** (R.A.G.O. § 13 Z. 4 u. § 17), wenn von dem Prozeßgericht ohne förmlichen Beweisbeschluß Akten, auf deren Inhalt sich die Parteien zum Nachweis bestrittener Thatsachen in der mündlichen Verhandlung berufen haben, beigebracht und aus denselben diese Thatsachen in einer weiteren mündlichen Verhandlung festgestellt werden 3, 156.
- Neben der Beweisgebühr kann nicht noch eine Gebühr für Anwohnen im Schwurtermin verlangt werden 3, 156.
- Berechnung der Vergleichsgebühr, wenn der Vergleich über einen nur teilweise bei Gericht anhängigen Anspruch geschlossen worden ist? 8, 217.
- Zur Auslegung des § 14 Abs. 1 R.A.G.O. 8, 215.
- Zu § 17 der R.A.G.O. 6, 228.
- Steht der Anspruch auf die in den §§ 13 Nr. 2—4, 16—18 der Gebührenordnung für Rechtsanwälte bestimmten Gebühren — Verhandlungsgebühr, Vergleichsgebühr, Beweisgebühr — dem Rechtsanwalt zu, welcher die Vertretung in der mündlichen Verhandlung, die Mitwirkung bei dem Vergleiche, die Vertretung in dem Beweisnahmeverfahren oder in dem

- Termine zur Leistung des durch Urteil auferlegten Eids einem zwar 2 Jahre im Vorbereitungsdienste beschäftigten, aber nicht gemäß § 25 Abs. 2 der Rechtsanwaltsordnung zum Stellvertreter des Rechtsanwalts bestellten Rechtskundigen übertragen hat? Abhandlung 2, 217.
- Der Rechtsanwalt, welcher einen Referendar zur mündlichen Verhandlung und zum Beweisverfahren substituiert, ist nicht berechtigt, die Gebühren des § 13 Nr. 2 u. 4 und die Vergütung des § 78 eod. zu liquidieren 3, 165.
- Zu § 20 der R.A.G.O. 3, 157.
- R.A.G.O. § 23 Ziff. 1. Die Gebühr für ein Gesuch um Zulassung zum Armenrecht in II. Instanz ist nicht in den Bauschgebühren der I. Instanz enthalten 3, 148.
- Steht dem Anwalt für Wahrnehmung des Termins zur Leistung des Offenbarungseids eine Gebühr aus § 23 Ziff. 2 der R.A.G.O. zu? 10, 339.
- Vergleichsgebühr eines für die Beweisaufnahme von dem beauftragten Richter substituierten Rechtsanwalts? 10, 341.
- Schreibgebühr für eine dritte Abschrift der Kostenrechnung 10, 344.
- Wechsel in der Person des Rechtsanwalts (R.A.G.O. § 26) 3, 141.
- Beziehung eines nicht am Orte d. Gerichts wohnhaften Rechtsanwalts 3, 142.
- Zuziehung eines auswärtigen Anwalts 3, 143.
- Beziehung eines Rechtsanwalts zur Eidesleistung 3, 144.
- R.A.G.O. § 44. Gebühr für den Korrespondenzmandatar 3, 158.
- Kosten eines Korrespondenzmandatars 3, 159.
- R.A.G.O. § 76. Schreibgebühren 5, 317.
- Für ein dictando geschriebenes Konzept ist eine Schreibgebühr nicht zulässig 3, 161.
- Schreibgebühr für Vollmachten 3, 162.
- Eine Gebühr für die Abschrift eines Schriftsatzes zu den Handakten des Anwalts ist dann nicht statthaft, wenn es sich nicht um eine schwierigere Arbeit desselben handelt 3, 162.
- Die Anrechnung einer Schreibgebühr für die Adresse von Briefen u. f. w. ist nicht gerechtfertigt 3, 163.
- Berechnung von Schreibgebühren für Urschriften, welche von dem Anwalt selbst geschrieben sind (R.A.G.O. § 76) 4, 10.
- Gebühr für Besorgung der Briefe innerhalb des Wohnorts des Anwalts durch einen Gehilfen 3, 164.
- R.A.G.O. § 78. Taggelder u. Auslagen eines Anwalts für Uebernachten 3, 167.
- Berechnung der Taggelder des § 78 R.A.G.O. 9, 358.
- Zu § 79 Abs. 3 der R.A.G.O. 3, 167.
- R.A.G.O. § 86, R.A.O. § 32. Ueber den Umfang der Verpflichtung d. Rechtsanwalts zur Ausantwortung der Handakten an die Partei. Abhandlung 3, 370.
- Zu § 98 Abs. 2 C.P.O. Die zur Rechtfertigung der Ansätze einer Kostenrechnung dienenden Belege sind im Einzelnen zu bezeichnen 5, 40.





- sendeten und an den Käufer abgelieferten Waren im Konkurse des letzteren. Einrede des Eigentums-Übergangs durch Tradition 1, 16, 158.
- Bedeutung der Versäumung rechtzeitiger Mängelanzeige und der Klage auf Bezahlung des Kaufpreises für die Frage vom Eigentumsübergang 1, 16.
- Absonderung. (R.O. § 39 ff.)
- Hat der Pfandgläubiger an dem Erlös aus den mitverpfändeten, vom dritten Besitzer des Pfands veräußerten beweglichen Zubehörten ein Pfand- und Absonderungsrecht?
- Ist § 38 der R.O. auf Veräußerung von Gegenständen eines Absonderungsrechts entsprechend anwendbar? 5, 278.
- Aufrechnung. (R.O. § 46 ff.)
- Kompensation im Konkurs. Rückforderung eines bezahlten Vertrags wegen irrtümlich unterlassener Aufrechnung 8, 185.
- Teilungsmasse. (R.O. § 107 ff.)
- Liegt es in der gesetzlichen Befugnis des Konkursverwalters, Forderungen, welche in dem von ihm verwalteten Konkurse eines Mitschuldners festgestellt sind, zu einem die mutmaßlich auf sie entfallende Dividende übersteigenden Preise für die Konkursmasse aus vorhandenen Massmitteln zu dem Zwecke zu erwerben, um dieselben gegen die andern Mitschuldner zum Vorteil der Masse verwerten zu können? 5, 218.
- Kann ein Konkursverwalter die Bewertung einer zur Masse gehörigen veräußerten Forderung unter allen Umständen nur nach Maßgabe der Vorschriften über die Zwangsvollstreckung betreiben? (§ 117 R.O.) 6, 337.
- Verteilung. (R.O. § 153.)
- Eintragung einer Forderung, die zur Konkursmasse gehört hätte, aber nicht dazu gezogen worden ist, durch den vormaligen Gemeinschuldner nach Aufhebung des Konkursverfahrens? 8, 335.
- Verjährung.
- Beginn des Laufs der Verjährung einer im Konkursverfahren festgestellten Forderung nach Maßgabe des Gesetzes vom 6. Mai 1852. Unterbrechung der Verjährung durch Anerkenntnis 4, 218.

## Siebenter Teil.

### Verwaltungsrechtspflege.

#### Zuständigkeit.

- Zu Art. 10 Ziff. 7 des Gesetzes vom 16. Dezember 1876 über die Verwaltungs-Rechtspflege. Grenzen der Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte zur Entscheidung von Streitigkeiten über Beziehung zur Gemeindegemeinschaft (Art. 10 Abs. 2 Ziff. 3 des Ges. vom 17. Sept. 1853) 9, 380.
- Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte zur Entscheidung über einen Anspruch auf Erfüllung einer im Rahmen des Unterstützungswohnsitzes erteilten Zusicherung des Prozeßkosten-Ersatzes 9, 370.

- Art. 10 Ziff. 24 des Ges. über die Verwaltungs- = Rechtspflege vom 16. Dezember 1876. Unzulässigkeit des Rechtswegs für einen Antrag eines Fischereiberechtigten auf Unterfassung der kraft Gemeingebrauchs ausgeübten Gewinnung von Sand und Kies aus einem öffentlichen Fluß 8, 202.
- Zulässigkeit des Rechtswegs für eine Klage auf Anerkennung des Eigentums an einer Quelle, die der Gegner als öffentliches Gewässer betrachtet wissen will? 8, 313.
- Zulässigkeit des Rechtswegs für eine Klage, die sich auf einen Vergleich stützt, der ein dem öffentlichen Recht angehöriges Rechtsverhältnis regelt? 10, 81.
- Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte zur Entscheidung über einen Anspruch aus einer im öffentlichen Interesse erfolgten Geschäftsführung 7, 230.
- Art. 43 ff. des Gesetzes vom 16. Dezember 1876. Gegen die nur über die Prozesskosten ergangene Entscheidung ist die Berufung an den Verwaltungsgerichtshof nach Art. 72 des Gesetzes vom 16. Dezbr. 1876 vgl. mit § 94 der E.P.O. nicht zulässig 8, 235.
- Erweiterung des Klageantrags in der Berufungsinstanz seitens des Klägers Berufungsbeklagten, dessen Antrage gemäß das erstinstanzliche Urteil ergangen war 9, 219.
- Art. 13, 59 ff. des Gesetzes vom 16. Dezbr. 1876. Rechtsbeschwerde eines Gemeindebeamten gegen eine ihm von einer hiezu nicht zuständigen Behörde zuerlaute Disziplinarstrafe 7, 333.
- Zur wirksamen Einlegung des Rekurses des Art. 79 Abs. 2—7 des Gesetzes vom 16. Dez. 1876 durch einen Vertreter ist der Nachweis der Vollmacht innerhalb der fünfjährigen Rekursan-

meldungsfrist erforderlich. Zur Wahrung der Rechtsfrist für die Erhebung der Rechtsbeschwerde an dem Verwaltungsgerichtshof (Art. 60 und 79 letzter Absatz des Gesetzes vom 16. Dez. 1876) ist der Nachweis der Vollmacht innerhalb der Rechtsfrist nicht unbedingt erforderlich 9, 221.

### Bauordnung.

- Zur Auslegung des Art. 7 Abs. 4 der Bauordnung 9, 131.
- Zu Art. 15 Abs. 1 der Bauordnung. Maß der Verpflichtung zur Leistung der Straßenkostenbeiträge 8, 355.
- Streit über die Verpflichtung zur Leistung eines Straßenkostenbeitrags. Aufrechnung einer Gegenforderung (§ 274 E.P.O.) 8, 364.
- Zum Begriff Hintergebäude 9, 373.
- Zu Artikel 28 der Bauordnung (Abstand der Hintergebäude) 7, 361.
- Zu Artikel 28 der Bau-Ordnung (Planierung der Einfahrten, Herstellung von Zäunen und Anpflanzungen in denselben) 8, 76.
- Berechnung des in Stuttgart nach der ortstatutarischen Vorschrift vom 14. Sept. 1863 für Hintergebäude (Doppelhintergebäude) zu entrichtenden Kanalbeitrags 9, 385.
- Dem Nachbar des Baulustigen ist durch die baupolizeilichen Bestimmungen der Bauordnung über die Konstruktion der Bauten zc. ein Rechtsanspruch darauf, daß dieselben in einer seinem besonderen Interesse entsprechenden Richtung gegenüber dem Baulustigen zum Vollzuge gebracht werden, nicht eingeräumt. Es kann jedoch dem Nachbar des Baulustigen gleichwohl die Rechtsbeschwerde in solchen Fällen, in denen es sich

- um Anwendung des Art. 28 Absf. 1 der Bauordnung oder die Anwendung von auf Grund der Absätze 3 und 4 des Art. 28 erlassenen ortsbaustatutarischen Vorschriften über Gebäudeabstände handelt, zustehen wegen Beschränkung in der Ausübung des eigenen Baurechts 9, 224.
- Die Bauordnung kennt — abgesehen von den Fällen, in welchen die Ertheilung der Bauerelaubnis in das Ermessen der Baupolizeibehörden gestellt ist — nur unbedingte und gegen jeden Bauwichtigen wirksame Bauverbote, von denen nur im Wege der Dispensation nach Art. 76 Ausnahmen zulässig sind 10, 219.
- Die Rechtsbeschwerde des Art. 13 des Gesetzes vom 16. Dez. 1876 greift gegen eine auf Grund des Art. 76 der Bauordnung erfolgte Dispensations-Ertheilung nur dann Platz, wenn der Beschwerdeführer durch die Dispensations-Ertheilung in einem ihm zustehenden Rechte verletzt ist 7, 233.
- Zu dem Stuttgarter Ortsbaustatut von 1874 §§ 42 und 44 (Gebäudeabstand bei schief zur Baulinie verlaufender Eigentums-grenze) und § 67 Absf. 1 (Frontlänge der Gebäude an Hauptstraßen) 8, 393.
- Zu § 6 des revidierten Ortsbau-statuts der Stadt Stuttgart vom 22. Juli 1897. Von der Ver-pflichtung zur Herstellung der Gehwege sind die Eigentümer solcher Grundstücke nicht befreit, welche, ohne mit Bauverbot belegt zu sein, nach der ihnen vom Eigentümer gegebenen Zweckbestimmung der Ueberbauung entzogen sind 10, 246.
- Zu § 12 des revidierten Ortsbau-statuts der Stadt Stuttgart vom 22. Juli 1897. Seitliche Mes-sung der Vorgartenfläche 10, 249.
- Vertikale und zeitliche Begrenzung der Anwendbarkeit ortsbau-tatutarischer Vorschriften über die Verwendung von Dachkammern zu Schlafräumen 8, 400.
- Gebäudebrandversiche-rungsaustalt.
- Zur Auslegung des Art. 34 und 35 des Gesetzes vom 14. März 1853 betr. die veränderte Ein-richtung der allgemeinen Brand-versicherungsanstalt 10, 142.
- Gehen auf die württbg. Gebäude-brandversicherungsaustalt durch Leistung der Vergütung an einen Versicherten von selbst dessen Rechte gegen den ersatzpflichti-gen Dritten über? 6, 341.
- Gewerberecht.
- Vertragsmäßige Beschränkung der Gewerbefreiheit 5, 281.
- Geräuschvolle Anlagen.
- Zu § 27 der Gewerbeordnung 10, 255.
- Ist ein württembg. Wundarzt zweiter Abteilung befugt, sich als Zahnarzt zu bezeichnen? Gewerbeordnung §§ 29, 147 3, 3 2, 64.
- Unstatthafteit der Rechts be-schwerde gegen einen auf Grund der Gewerbeordnung er-gangenen Re k u r s b e s c h e i d d. K r e i s r e g i e r u n g, durch welchen die Erlaubnis zur Ver-legung d. persönlichen Schan k-wirtschaftsrechts ver sagt wurde 7, 309.
- P f a n d l e i h e r 10, 1.
- § 56 a 3. 1 der Gewerbeordnung in der Fassung des Gesetzes v. 1. Juli 1883. Gehört das Aus-ziehen und Plombieren der Zähne zur Ausübung der Heil-kunde? Ist eine vor dem In-krafttreten der Gewerbeordnung im Großherzogtum Baden er-theilte Ermächtigung zu den Ver-richtungen des Badergewerbes

- als Approbation im Sinne der Gewerbeordnung anzusehen? 2, 22.
- Ist das Verföhren von Bier aus einer Brauerei an Aichsenkunden die Verrichtung einer Arbeit des Gewerbebetriebs im Sinne des § 2 Z. 1 der K. B. V. D. vom 27. Dez. 1871 betr. die bürgerliche Feier der Sonn-, Fest- und Feiertage (Reg. Bl. S. 412)? 2, 27.
- Gewerbebesteuerungspflicht der Konsumvereine 7, 314.

## Jagd.

- Ausübung der Jagd durch den Grundeigentümer. Zusammenhängender Grundbesitz von mehr als 50 Morgen. Pafswillegitimation der Gemeinde 7, 355.
- Rechtliche Stellung des Teilhabers und des Stellvertreters eines Jagdpächters. Rechte derselben gegenüber einem an Stelle des bisherigen Jagdpächters auf dessen Betreiben getretenen neuen Jagdpächter, der entgegen einer von ihm mit dem bisherigen Jagdpächter getroffenen Abrede ihre Eintragung als Teilhaber bzw. Stellvertreter außer Wirkung gesetzt hat? 6, 285.

## Krankenversicherung.

- Die Vorschrift des § 1 Absatz 1 Ziff. 2a des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 10. April 1892 erstreckt sich nicht auf die geprüften Assistenten der würtib. Gerichts- und Amtsnotare 7, 218.
- Zu §§ 20, 54a und 57 Absatz 2 des Krankenversicherungsgesetzes und zu den bayerischen Gesetzen vom 29. April 1869 und 26. Mai 1892 9, 362.
- Unterlassung der rechtzeitigen An-

- meldung eines landwirtschaftlichen Arbeiters zur Krankenversicherung. Befreiung von der Haftbarkeit nach § 50 b K. V. G. wegen entschuldbaren Irrtums über die Meldestelle 8, 86.
- Krankenverf.-Ges. § 57 Absf. 4. Kann ein Verletzter für die Zeit, während er auf Grund seiner Beteiligung an einer Krankenkasse in einem Krankenhaus unentgeltlich versorgt und versköstigt worden ist, Ersatz des gesamten ihm entgangenen Arbeitsverdienstes v. dem Verleher verlangen? 6, 238.

- Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen Veräumung der Frist des § 58 Absf. 1 des Krankenverfich.-Ges. vom 15. Juni 1883 10. April 1892 und des Art. 15 des Ausführungsgesetzes vom 16. Dez. 1888 12. Mai 1893 7, 311.

- Zu § 76 c des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 10. April 1892 Anspruch der das Heilverfahren übernehmenden Berufsgenossenschaft auf das Krankengeld 7, 342.
- Unzulässigkeit eines Verwaltungsrechtsstreits zwischen einem Ortsarmenverband und der Krankenpflegeversicherung ebendesselben Kommunalverbandes 7, 226.

## Steuern.

- Zu Art. 21 des Gesetzes vom 23. Juli 1877 über Besteuerungsrechte der Amiskörperschaften und Gemeinden (Besteuerung von Speck, der zur Schmalzbereitung verwendet wird) 10, 234.
- Befreiung öffentlichen Zwecken dienender, einen ökonomischen Nutzen nicht abwerfender Ge-

bäude von der Gemeindesteuer (Art. 8 des Gesetzes v. 18. Juni 1849, Art. 2 des Gesetzes vom 23. Juli 1877) 8, 388. 10, 229.

Arbeiterkolonien, Gebäudesteuer 10, 229.

### Malzsteuergesetz.

Enthält § 35 Abs. 2 der Vollziehungsverfügung zum Malzsteuergesetz eine Kontrollvorschrift? 10, 213.

Ansatz der Accise aus dem Verkauf des Anteils an einem Handelsgeschäft nach dem Gesetze vom 18. Juli 1824 7, 326.

### Sporteln.

Der Art. 19 Abs. 3 des Sportelgesetzes vom 24. März 1881 bewirkt ein Ruhen, nicht eine Unterbrechung der Verjährung dinglicher Wirtschaftsberechtigungen 8, 406.

Zu Art. 32 Z. 1 des Tarifs des Allgemeinen Sportel-Gesetzes „Gesellschaftsverträge über die Errichtung einer auf Gewinn berechneten Aktien-Gesellschaft“, Rechtsbeschwerde nach Art. 5 Abs. 5 des Sportelsges. gegen den Sportelantritt 7, 371.

### Radfahrergebühr.

Berechtigung der Gemeinde zur Erhebung einer Radfahrergebühr (Statut der Stadt Stuttgart vom 1. Mai 1897) 10, 237.

Radfahrerkarte 10, 238.

### Unterstützungswohnsitz.

Zu § 29 des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz 9, 360.

Zu Art. 30 lit. b zweiter Fall des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz. Berufungssache des Landarmenverbands

Crailsheim, Beklagten, Berufungsklägers, gegen den Ortsarmen-Verband Treffelhausen, O. L. Geislingen, Kläger Berufungsbeklagten, Uebernahme des Anton Blesing und Kostenersatz betr. 1, 80.

Zu § 33 des Unterstützungswohnsitzgesetzes und Art. 27 des Ausführungsgesetzes vom 17. April 1873 zu demselben, und zu dem deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrage vom 31. Mai 1890 10, 110.

Auf ein auf Grund des Art. 4 des am 17. April 1873 erlassenen württbg. Ausführungsgesetzes zum Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz ergangenes Urteil findet § 53 dieses Reichsgesetzes keine Anwendung 1, 83.

Auf den Landarmenverband, der einem Ortsarmenverbande die Kosten der vorläufigen Unterstützung erstattet hat, geht dessen Anspruch gegen den endgültig verpflichteten Armenverband über 8, 350.

Rückwirkung der Novelle vom 12. März 1894 zum Unterstützungswohnsitzgesetz 7, 340. 8, 344; in Bezug auf die Armenmündigkeit eines Landarmen 7, 216.

Beschränkte Rückwirkung der Novelle vom 12. März 1894 zum Unterstützungs-Wohnsitz-Gesetz (der Verlust des Unterstützungswohnsitzes kann sich frühestens am 1. April 1894 vollziehen und setzt deshalb eine bis zu diesem Tage fortdauernde Abwesenheit voraus) 9, 100. 376.

Voraussetzung für die Zurückforderung einer irrthümlich erstatteten Armenunterstützung ist Entschuldbarkeit des Irrthums. Einrede des Wegfalls der Bereicherung 10, 105.

### Bersammlungsrecht.

Volkerversammlungen. Zu dem

Gesetz vom 2. April 1848 betr. die Volksversammlungen. Wegen Auflösung der Versammlung findet Rechtsbeschwerde an den Verwaltungsgerichtshof nicht statt 10, 226.

### Öffentliche Gewässer.

Streit über Benützung öffentlichen Wassers (Recht der Benützung von Quellen) 8, 375.

Vertragsmäßige Begründung und Regelung des Nutzungsrechts an einem öffentlichen Gewässer. Zuständigkeit der Verwaltungsgerichte 7, 347.

Streit über die Baulast an einer Brücke 8, 384.

Ein Anspruch auf unentgeltliche Benützung öffentlicher Brunnen für den Haushalt und Viehstand steht den Gemeindegürgern, welche nicht innerhalb der Gemeindegemarkung selbst wohnen, nicht zu 8, 242.

Verbot der Einleitung von Fabrikwasser in ein öffentliches Gewässer 9, 236.

Zuständigkeit der Kreisregierungen zur Erteilung flusspolizeilicher Genehmigungen 9, 228.

Kollision zwischen dem Wasserbenützungsrcht des Mühlebesizers und der Benützung

des Wassers für Feuerlöschzwecke. Schadensersatz-Anspruch 7, 350.

Anspruch auf Benützung öffentlicher Gewässer; die Abgrabung von Wasseradern bildet keinen Eingriff in das Benützungsrecht 7, 210.

Nachgeholtte Auflage von Wasserregalzinzen 8, 68.

### Bege.

Verpflichtung einer Stadtgemeinde, einen öffentlichen Staffweg derart zu verwahren, daß das Abstürzen kleiner Kinder verhindert wird? 10, 184.

Klage auf Anerkennung und Unterhaltung eines öffentlichen Verbindungswegs (für leichten Fuhrwerksverkehr) 8, 237.

### Zwangsentziehung.

Zu Art. 1, 2 und 25 des Gesetzes vom 20. Dezbr. 1888 über die Zwangsentziehung von Grundstücken. (Wahrung der Nothfrist zu Einlegung und Begründung der Beschwerde durch den Bevollmächtigten ohne gleichzeitige Weibringung der Vollmacht) 9, 80.

Zu Art. 25 und 46 Ziffer 3 des Ges. vom 20. Dez. 1888 9, 95.

## Achter Teil.

### Strafverfahren.

#### Gerichtsstand.

Ist die Zuständigkeit der bürgerlichen Gerichte oder der Militärgerichte begründet, wenn ein dem Weurlaubtenstand angehöriger Landwehrmann nach Ablauf

der Uebungszeit, für die er zum Dienst eiderufen war, wegen unerlaubter Entfernung (§ 64 Mil.St.G.B.) strafrechtlich verfolgt werden soll? 9, 208.

Gerichtsstand der zu einer Kontrollversammlung ein-

berufenen Personen des Beurlaubtenstandes 4, 313.  
 St.P.O. § 11. Konsulargerichtsbarkeit. Exterritorialität 4, 306.  
 Zur Auslegung des Art. 5 Ziff. 3 des Landesgesetzes betr. die Aufhebung der befreiten Gerichtsstände vom 17. Aug. 1849 I, 308.  
 Ist Art. 5 Ziff. 3 des Landesgesetzes betr. die Aufhebung der befreiten Gerichtsstände vom 17. Aug. 1849 auf die Fälle der Begünstigung und Hehlerei anzuwenden? 2, 167.

Bekanntmachung gerichtlicher Entscheidungen.

Zustellung eines eine Ordnungstrafe gegen einen Rechtsanwalt verhängenden Beschlusses an dessen gemäß §§ 22, 25 R.N.O. bestellten Vertreter? 10, 351.

Vereinfachte Zustellung.

Beschränkung der in Württemberg für die Fälle des § 39 R.St.P.O. und für Forstfügesachen geltenden vereinfachten Zustellungsweise auf Zustellung innerhalb des Landes. Abhandlung 4, 116.

Zu der Verfügung des R. Justizministeriums v. 11. Mai 1892, betr. die vereinfachte Zustellungsweise in den Fällen des § 39 der St.P.O. u. s. w. (Amtsblatt von 1892 S. 21) 5, 111.

Verhaftung und vorläufige Festnahme. (St.P.O. § 112 ff.)

Festnehmung zum Zweck der Verhinderung von Rechtsverletzungen 1, 313.

Voraussetzungen für die Zulässigkeit weiterer, eine Verhaftung betreffender Be-

scheidungen 4, 311.

Vernehmung des Beschuldigten. (St.P.O. § 133 ff.)

Ueber die Vernehmung des Beschuldigten durch den Staatsanwalt. Abhandlung 3, 131.  
 Befugnis der Staatsanwaltschaft zur Vornahme von Verhören mit verhafteten Beschuldigten im Ermittlungsverfahren 2, 43.

Verteidigung. (St.P.O. § 137 ff.)

Bitte um Bestellung eines Verteidigers im Fall der Wahl eines solchen St.P.O. § 140 Abs. 2 Nr. 2, 11.

Bedarf es in den Fällen des § 140 der St.P.O. eines Gerichtsbeschlusses? 2, 12.

Anrechnung von Reisekosten eines bestellten Verteidigers zur Ausbezahlung aus der Staatskasse 2, 163.

Verteidigung im Vorverfahren. Gebührenordnung für Rechtsanwälte § 67 u. 70. 3, 83.

1. Enthält ein nach Einreichung der Anklageschrift vom Verteidiger gestellter Antrag, einen Angeeschuldigten außer Verfolgung zu setzen, eine Verteidigung im Vorverfahren im Sinne der Gebühren-Ordnung für Rechtsanwälte § 67?

2. Ist eine solche auch in der gleichzeitigen Erklärung, bezüglich der übrigen Angeeschuldigten eines Antrags sich zu enthalten, zu finden? 1, 55.

„Verteidigung im Vorverfahren“. Gebührenordnung für Rechtsanwälte § 67, 70. 1, 199.

§ 76 der W.O. für R.N. 4, 68.

Steht einem freigesprochenen Angeklagten ein Recht zu, von den Untersuchungsakten zu dem Zweck, gegen einen in der Sache vernomme-

nen Zeugen eine Anzeige wegen Meineids und anderer Verbrechen anzubringen, durch einen Rechtsanwalt Einsicht zu nehmen? 1, 77.

Vernehmung des Beschuldigten. (St.P.O. § 134.)

Gelten die in der Strafprozessordnung enthaltenen Bestimmungen über die Voraussetzungen eines Vorführungsbefehls für eine Vorführung, die von einer Polizeibehörde zur Ausführung einer von ihr innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnung als Zwangsmittel wider eine gegen diese Anordnung ungehorjame Person verfügt worden ist?

Art. 2 des Ges. v. 12. Aug. 1879 betr. Aenderungen des Landespolizeistrafgesetzes vom 27. Dez. 1871. 2, 348.

Erhebung der öffentlichen Klage. (St.P.O. § 151 ff.)

Welche Stellung hat die Staatsanwaltschaft bei ihrem Beschluß über die Erhebung der öffentlichen Klage? Abhandlung 4, 96.

Vorbereitung der öffentlichen Klage.

§ 170 der St.P.O. Einhaltung des Instanzenzugs. Nachweis der Bevollmächtigung zur Beschwerdeerhebung, bezw. zur Stellung eines Antrags auf gerichtliche Entscheidung 2, 45.

Entscheidung über die Eröffnung des Hauptverfahrens.

Unstatthaftigkeit von Beschwerden gegen die Begründung eines Beschlusses. Umfang des durch § 209 der St.P.O. gewährten

Beschwerderechts 4, 71.

Wo ist die befristete Beschwerde des Verletzten wider den die Erhebung der öffentlichen Klage ablehnenden Bescheid der Staatsanwaltschaft einzureichen? 5, 318.

Hauptverhandlung. Einstellung des Verfahrens.

Genügt zur Begründung der Einstellung des Verfahrens gemäß § 259 der St.P.O. die Feststellung des Instanzrichters, daß die Einhaltung der Antragsfrist (§ 61 des St.G.B.) nicht erwiesen sei? 1, 310.

Verfahren gegen Abwesende.

Die Vermögensbeschlagnahme nach R.St.P.O. § 325. Abhandlung 9, 104.

1. Gestatten die §§ 325 und 326 der St.P.O. Verfügung von Vermögensbeschlagnahmen auch nach einem rechtskräftigen Urteil?

2. Kann nach eingetretener Rechtskraft des Urteils eine rechtswirksam verfügte Vermögensbeschlagnahme noch wirksam vollzogen werden?

3. Ist das Strafgericht zuständig, Verfügungen zur Vollziehung einer von ihm verfügten Vermögensbeschlagnahme zu erlassen? 1, 57.

Beschwerde. (St.P.O. § 346 ff.)

Einmalige Beschwerde im Kostenfestsetzungsverfahren in Strafsachen 2, 348.

Verufung. (St.P.O. § 354 ff.)

1. Ist gegen die Ablehnung des Antrags der Staatsanwaltschaft, die Verufung eines in der Hauptverhandlung nicht erschienenen bzw. nicht vertretenen Angeklagten sofort zu verwerfen, Beschwerde zulässig?

2. Findet § 40 der St.P.O. An-



wendung auf die Ladung eines Angeklagten zur Hauptverhandlung vor dem Berufungsgericht? 1, 72.

Revision. (St.P.O. § 374 ff.)

Inwieweit ist der Beweis von Thatsachen, von welchen die Berechtigung zur Stellung eines Strafverfolgungsantrags abhängt, in der Revisionsinstanz zu prüfen? 2, 35.

Sind in der Revisionsinstanz neue Beweiserhebungen über die rechtzeitige Stellung des Straf-antrags zulässig? (St.P.O. §§ 376, 260) 1, 310.

Wird Verletzung einer Rechtsnorm über das Verfahren gerügt, wenn die Revision sich darauf stützt, daß durch das Urteil die Klage nicht erschöpft werde? §§ 263 und 264 der St.P.O. 1, 318.

Ne bis in idem.

Zulässigkeit des Einwands in der Revisionsinstanz 4, 305.

Bezugnahme auf die Entscheidungsgründe der früheren Instanz 1, 313.

Privatklage. (St.P.O. § 414 ff.)  
Sühneversuch.

Kommt in § 420 Abf. 2 der St.P.O. der bürgerliche Wohnsitz in Betracht? 2, 16.

Ist die Nachholung des Sühneversuchs im Privatklageverfahren zulässig? Abhandlung 2, 73.

Hängt in Privatklagefachen die Rechtsgültigkeit der Stellung des Antrags auf strafrechtliche Verfolgung (St.G.B. § 61) von der Erhebung einer zulässigen Privatklage ab? 1, 184.

Zurücknahme der Privatklage und Zurücknahme des Straf-antrags. Prozessuale Natur der in §§ 359 und 368 der St.

P.O. enthaltenen Bestimmungen 2, 345.

Feststellung und zwangsweise Beitreibung der Kosten der Parteien im Privatklageverfahren und der Kosten des Nebenklägers 1, 88, 2, 71.

Streit über die Notwendigkeit von Auslagen des freigesprochenen Angeklagten in einer Privatklage-sache. Beschwerde gegen eine ergangene Entscheidung 2, 161.

Die Entscheidungen über den Er-satz der dem Privatkläger erwachsenen notwendigen Auslagen werden nach den Vorschriften über die Vollstreckung der Urteile der Civilgerichte voll-zogen, und zwar erfolgt die Vollstreckung aus der nach St.P.O. § 496 Abf. 2 erlassenen Kostenfestsetzung 2, 138.

Beschwerde gegen Festsetzung der in Privatklagefachen dem Gegner zu erstattenden Aus-lagen 2, 166.

Wann beginnt im Privatklage-verfahren für den Angeklagten, wenn die Verkündung des Ur-teils nicht in seiner Anwesenheit stattgefunden hat, die Frist zur Einlegung der Berufung 3, 89.

Wann beginnt im Privatklage-verfahren für den Angeklagten, wenn die Verkündung des Ur-teils nicht in seiner Anwesenheit stattgefunden hat, die Frist zur Einlegung der Re-vision? 3, 89.

Revision wegen Verletzung der Vorschrift des § 420 St.P.O.

Die Frage des Sühneversuchs in der Revisionsinstanz. §§ 420 und 380 der St.P.O. 2, 13.

Revision wegen mangelnder Un-ter-schrift der Privat-klage. St.P.O. §§ 156 Abf. 2, 421, 380, 384, 389 Abf. 1. 2, 154.

Nebenklage. (St.P.O. § 435 ff.)

Kann eine zum Auftreten als

- Nebenkläger berechnigte Person Akteneinsicht für ihren Rechtsanwalt verlangen, nachdem die Eröffnung des Hauptverfahrens durch einen nicht mehr anfechtbaren Beschluß abgelehnt ist? 1, 76.
- Notwendigkeit der gerichtlichen Entscheidung über den Anspruch des Nebenklägers. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen Fristveräumung des Nebenklägers 4, 316.
- Feststellung und zwangsweise Beitreibung der Kosten der Parteien im Privatklageverfahren und der Kosten des Nebenklägers 1, 88. 2, 71.
- Notwendige Auslagen des Nebenklägers 4, 78.
- Können die in zweiter Instanz dem Nebenkläger erwachsenen notwendigen Auslagen dem Angeklagten aufgebürdet werden, wenn dieselben durch eine neue von der Staatsanwaltschaft, wenn auch zu Gunsten des letzteren ohne Erfolg eingelegte Berufung entstanden sind? 1, 52.
- Amtsrichterliche Strafbesehle. (St.P.O. § 447 ff.)
- Ist gegen Personen, welche zur Zeit der Begehung der That das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, die Erlassung eines amtsrichterlichen Strafbesehls statthaft? Abhandlung 1, 200.
- Ist öffentliche Zustellung amtsrichterlicher Strafbesehle zulässig? Abhandlung 1, 209.
- Polizeiliche Strafverfügung. (St.P.O. § 453 ff.)
- Muß eine polizeiliche Strafverfügung bekannt gemacht sein, um die Verjährung zu unterbrechen? 4, 69.
- Verfahren b. Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Erhebung öffentlicher Abgaben und Gefälle. (St.P.O. § 459 ff.)
- Bekanntmachung der Strafbescheide der Verwaltungsbehörden in dem Verfahren wegen Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Erhebungen öffentlicher Abgaben und Gefälle 4, 224.
- Ueber die Form der Eröffnung von Strafbescheiden der Verwaltungsbehörden bei Zuwiderhandlungen gegen b. Zoll- und Steuergesetze. Abhandlung 5, 322.
- Antrag auf gerichtliche Entscheidung gegen einen im Strafverfahren der Verwaltungsbehörden wegen Zuwiderhandlungen gegen die Steuergesetze erlassenen Strafbescheid bei der denselben bekanntmachenden Behörde 2, 157.
- Verfahren gegen Abwesende, welche sich d. Wehrpflicht entzogen haben. (St.P.O. § 472.)
- Inwiefern hat im Verfahren gegen Abwesende, welche sich der Wehrpflicht entzogen haben, auf Grund der von der Kontrollbehörde auszustellenden Erklärung die Erhebung der Anklage und die Eröffnung der Untersuchung zu erfolgen? 3, 95.
- Strafvollstreckung. (St.P.O. § 481 ff.)
- Legitimation des Ortsvorstehers zur Vertretung der Gemeinde bezüglich des Anspruchs auf Zuweisung einer gerichtlich erkannten Geldstrafe an die Gemeindefasse 4, 310.

Kosten des Verfahrens.  
(St. P. O. § 496 ff.)

Beitreibung der Gerichtskosten. Abhandlung 1, 360.

Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige vom 30. Juni 1878. Kann die Staatsanwaltschaft zu Gunsten eines Zeugen Beschwerde wegen zu niederer Festsetzung seiner Gebühren erheben? Geb. D. für Zeugen § 17. 1, 323.  
§ 17 der Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige.

§ 30 der Verf. des R. Justizministeriums betr. die Behandlung der Gerichtskosten in Strafsachen v. 22. März 1882. 2, 40.

Auslieferungsverträge.

Zur Auslegung des deutsch-englischen Auslieferungsvertrags. Vorläufige Haft im Auslieferungsverfahren. Anwendung der Normen der Strafprozessordnung 2, 47.

## Neunter Teil.

### Staatsrecht. Staatsverträge. Kirche und Schule.

Ist gegen einen Landtagsabgeordneten eine Strafverfolgung zulässig, solange der Landtag vermöge königlicher Entschliebung vertagt ist? 9, 201.

Zur Auslegung des Art. 2 § 33 des Reichsgesetzes vom 22. Mai 1893, betr. einige Abänderungen u. Ergänzungen der Militär-Pensionsgesetze 9, 42.

Passivlegitimation bei dem Anspruch der Witwe eines Offiziers auf Pension. Bezieht sich die Ausschlussfrist auch auf die nach württb. Bestimmungen zu gewährende Pension? 6, 90.

Deutsch-schweizerischer Niederlassungsvertrag vom 31. Mai 1890. 10, 110.

Streit zwischen Kirchengemeinde u. bürgerlicher Gemeinde über Ausfol-

gung e. Stiftung 9, 212.  
Beitragspflichtigkeit zu kirchlichen Umlagen 7, 187.

Filial.

Verteilung des gemeinsamen kirchlichen Auswands zwischen Mutterort und Filial. (Art. 49 des Ges. v. 14. Juni 1887 betr. die Vertretung der katholischen Pfarngemeinden etc.) 10, 257.

Konfessionsschule der Minderheit. Verpflichtung der Gemeinde zur Errichtung und Unterhaltung 10, 81.

Anspruch auf Errichtung u. Unterhaltung einer besondern konfessionellen Volksschule 7, 183.

Patronatrecht. Erfordernisse der Zulässigkeit des Rechtswegs für die Klage auf Anerkennung eines solchen 3, 321.

## Zehnter Teil.

### Mitteilungen des Vorstands der Anwaltskammer.

Beschlüsse des Vorstands der Anwaltskammer betr. die den

Mitgliedern desselben obliegenden Pflichten (R. U. O.)

- § 49 Ziff. 1) 1, 324.  
 Prozeßvollmachten und deren Inhalt 5, 125.  
 Die Substitution von Rechtsanwaltsgehilfen zu mündlichen Verhandlungen 5, 124.  
 Beiordnung der am Sitz eines Amtsgerichts wohnenden, nicht bei demselben zugelassenen Rechtsanwälte als Armenanwälte in amtsgerichtlichen Prozessen 1, 86.  
 Zurückbehaltungsrecht des Armenanwalts bei stelltem Rechtsanwalts an den Handakten 6, 243.  
 Zur Frage der Stellvertretung der Amtsgerichtsanwälte während des Ferienurlaubs 7, 95.  
 Entscheidungen des Ehrengerichtshofs.  
 Mitteilung des Vorstands der Anwaltskammer, betr. die Veröffentlichung der Entscheidungen des Ehrengerichtshofs 4, 325.

## Elfter Teil.

## Literarische Anzeigen.

- Bälz, das Recht an Bienen. Stuttgart 1890. 3, 377.  
 Böhm, Handbuch des Rechtshilfeverfahrens im deutschen Reich und gegenüber dem Ausland 1, 377.  
 Segler, die Grundzüge des bürgerlichen Verfahrens in Württemberg 2, 251.  
 Das Bürgerliche Gesetzbuch nebst Einführungs-gesetz mit den Motiven und sonstigen gesetzgeberischen Vorarbeiten, herausgegeben von L.G.R. Dr. Haidlen 9, 129, 389.  
 Weitere Bearbeitungen 10, 133.  
 Das gerichtliche Geständnis von Rechtsverhältnissen, Tübinger Inauguraldissertation von Constantin Demmler, Rechtsanwalt beim kgl. Landgericht Stuttgart 7, 392.  
 Formularbuch zu den deutschen Prozeßordnungen für den Gebrauch der Gerichte und Staatsanwaltschaften. Erste Abteilung: Formulare zur Civilprozeßordnung und zur Konkursordnung. Auf der Grundlage des Formularbuchs von Felix Vierhaus auf amtliche Veranlassung neu bearbeitet von Hugo Weissfäcker, Amtsrichter. Berlin 1895. 7, 392.  
 L.R. Dr. Gmelin, die Vollstreckbarkeit nach Reichscivilprozeßrecht 10, 384.  
 L.G.R. Dr. Haidlen, Reichsgesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Textausgabe mit Einleitung, Anmerkungen und Sachregister 10, 384.  
 J. Kapp. Zur Auslegung des § 300 der Civilprozeßordnung. Tübinger Inaugural-Dissertation 8, 411.  
 L.G.R. Klumpp, das deutsche Grundbuchrecht 10, 383.  
 Dr. S. v. Lang, die wesentlichsten Mängel der deutschen Reichscivilprozeßordnung und Vorschläge zu ihrer Revision 6, 247.  
 Leske u. Löwenfeld: Die Rechtsverfolgung im internationalen Verlehr. Rußland. Unter Mitwirkung von Professor Dr. C. Erdmann in Dorpat und Advokat W. Haus-

brandt in Warschau von Dr. J. Engelmann, Professor an der Universität in Dorpat. 8, 410.  
 Dr. M. Scherer, Rechtsanwalt beim Reichsgericht: Die Entscheidungen des Reichsgerichts und des Bayerischen Obersten Landesgerichts zum gemeinen Recht. Geordnet nach der Reihenfolge der Paragraphen des Entwurfs I des Bürger-

lichen Gesetzbuchs 1895. 8, 410.  
 A. D. Stein und F. v. Rübel, Handbuch des württemb. Erbrechts, neu bearbeitet und mit Zusätzen versehen von C. v. Hohl. 6. Aufl. 5, 128.

#### Miszellen.

Ludwig Uhlands Advoka-  
 ten-Examen 8, 108.





